Nr. 150. 25. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 50 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das erste (fettgedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 30. Juni 1908.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Arbeiter, Angestellte und Arbeitgeber.

I.

Als sich in den letzten Jahren in der Angestelltenbewegung eine radikalere Strömung bemerkbar machte, eine Abkehr von den rein fachwissenschaftlichen Vereinen und Wohlfahrtsorganisationen zu modernen Gewerkschaftsbildungen, hatte die Sozialdemokratie prophezeit, daß den Angestellten dieselben Kämpfe bevorstehen, wie sie die Arbeiter zum größten Teil nun schon hinter sich haben.

Wir kannten den Großmachtskoller der führenden Leute unserer Industrie und wußten, daß das Unternehmertum jede wirklich freie Regung in der Angestelltenbewegung rücksichtslos niederringen wird. Hat man sich schon widerwillig an die Arbeitergewerkschaften gewöhnen müssen, so blieb für die Werkherren wenigstens immer noch der Trost, in den Angestellten gefügige Untergebene zu haben. Diese wurden mit den eigentlichen Ausbeutungsfunktionen betraut und ließen sich in Konfliktsfällen auch als Streikbrecher gebrauchen. Das Organisationsleben in den maßgebenden Verbänden war den Unternehmerinteressen schon deshalb höchst ungefährlich, da man es verstanden hatte, sich hier den genügenden Einfluß zu sichern. Entweder ließen sich Direktoren selbst als Mitglieder aufnehmen oder gefälligeUnternehmergünstlinge sorgten dafür, daß die Phraseologie von der Interessenharmonie zwischen Werkherrn und Angestellten nicht ihre Wirkung verlor. Dem Angestellten wurde eingeredet, daß er ein „geistiger Mitarbeiter" sei, daß er sich nicht auf eine Stufe mit dem Arbeiter stellen darf. So entstand jener bornierte Standesdünkel, den wir oft in den wunderlichsten Formen beobachten konnten.

Eine entscheidende Aenderung trat vor ungefähr vier Jahren ein. Von einer kleinen Gruppe von Ingenieuren wurde erkannt, daß der Proletarisierungsprozeß des industriellen Kopfarbeiters nicht durch die zahme Sozialpolitik der maßgebenden Verbände aufgehalten werden kann. Und die Einsicht wuchs, daß nur die gewerkschaftliche Organisationsform für den Angestellten die Möglichkeit bietet, seine soziale Lage zu verbessern.

Es ist kein Zufall, daß diese neue Richtung ihre mächtigste Förderung durch die Technikerschaft gefunden hat.

Der technische Beamte steht durch seinen Bildungszwang und seine Tätigkeit in der Praxis inmitten der Produktionsvorgänge. Er kommt mit der Arbeiterschaft ganz anders in Berührung wie der Handlungsgehilfe im Großbetrieb, dessen Tätigkeit in die eigentliche Produktion nicht unmittelbar eingreift. Aus diesem Grunde wird gerade der technische Beamte den fortgeschrittenen Flügel der gesamten Angestelltenbewegung bilden, die Lehren der Arbeiterbewegung werden hier am nachhaltigsten ihre Spuren hinterlassen.

Will man die Technikerbewegung aber in allen ihren Formen verstehen, dann ist es notwendig, die Spaltung in Akademiker und Nichtakademiker nicht unbeachtet zu lassen.

Die Akademiker entstammen meist Beamtenkreisen oder sind Angehörige des bemittelten Handwerkerstandes. Ihr technischer Bildungsgang vollzog sich auf der technischen Hochschule. Hier lernten sie eine interessante Wissenschaft kennen und lieben, mit großen Worten wurde ihnen der Berufsstolz eingeprägt, in schwungvollen Rektoratsreden nannte man sie die Pioniere der Technik und lehrte sie die Bedeutung der Technik für unser Wirtschaftsleben erkennen. Aber die schönen Illusionen verflüchtigten sich bald, wenn der junge Fuchs in die Praxis übertrat und die Hatz nach der Stellung begann. Der Unternehmer dokumentiert die Wertschätzung der technischen Arbeit dadurch, daß er dem Hochschulingenieur ein Anfangsgehalt von 80 bis 100 Mark pro Monat anbietet. Dabei wird ihm die offene oder geheime Konkurrenzklausel aufgelegt, er wird in eine monotone unbefriedigende und abhängige Stellung eingespannt. Gerade der Akademiker empfindet dieses Joch besonders stark, weil bei ihm der Gegensatz zwischen Einkommen und Lebensanspruch noch viel größer ist als beim Nichtakademiker.

Der Autodidakt im technischen Beruf ist zumeist direkt aus dem Arbeiterstand hervorgegangen. Der Ehrgeiz, das Gefühl der Unbefriedigung mit der einfachen, monotonen Handarbeit, lassen ihn das Ziel erstrebenswert erscheinen, eine höhere Funktion im Arbeitsprozeß auszufüllen. Er spart sich von seinem Wochenverdienst das Geld zu einer billigen Abendschule ab und ist nachher für den Unternehmer eine willkommene Arbeitskraft. Er wird nicht nur deshalb begehrt, weil er oft in seinem Schaffen im Durchschnitt tüchtiger, zäher und williger ist als der Bourgeoissohn, sondern weil er auch für bestimmte Funktionen, wie z. B. als Betriebsführer, Kalkulator usw., mehr rein praktische Kenntnisse mitbringt wie der nur akademisch gebildete Kollege. Der Massenbetrieb der höheren technischen Lehranstalten, der stetig wachsende Zustrom von Arbeitskräften zum technischen Beruf erhöhen das Angebot gegenüber der Nachfrage, so daß sich die soziale Lage des Technikers immer mehr verschlechtert.

In der Technikerbewegung wurde in den letzten Monaten wieder einmal besonders lebhaft Schulfragen diskutiert, man beklagte sich im Verein deutscher Ingenieure darüber, daß der Titel Ingenieur nicht mehr geschützt ist, daß der proletarische Einschlag des Nichtakademikers das Niveau herabzieht, daß dem Akademiker nicht nur eine schlecht bezahlte Stellung in Aussicht steht, sondern daß er auch in eine unselbständige und ununbefriedigende Tätigkeit hineingezogen wird. Dabei haben dieselben Kreise, die heute am liebsten Titelschutz, verschärfte Examina und beschränkende Zunftbestimmungen einführen möchten, durch ihre sozialpolitische Rückständigkeit in ihrem Verbandsleben den Tiefstand des heutigen Technikerstandes mit verschuldet.

Die Wirklichkeit, d. h. die Praxis, schafft keinen Unterschied zwischen Akademikern und Nichtakademikern; der Arbeitgeber fragt nicht nach sozialer Herkunft und bestandenen Prüfungen, sondern verwendet den Techniker dort, wo er sich als Arbeitskraft für die jeweiligen Funktionen am besten eignet. Deshalb ist es der „Bund der technisch-industriellen Beamten", die Technikerorganisation, die mit diesen durch die Zeit überwundenen Rangunterschieden in ihrem Verbandsleben zuerst aufgeräumt hat. Auch sonst hat die Bundesleitung der gesamten Angestelltenbewegung manche neuen Werte zu geben vermocht; in der Verfassung des Bundes wurde die gewerkschaftliche Organisationsform konsequent durchgeführt, die Agitation temperamentvoll und geschickt eingeleitet.

Nun hat man den Bund der technisch-industriellen Beamten als eine sozialdemokratische Gründung hinzustellen versucht. Von zwei Seiten wurde diese Behauptung ausgesprochen. In einer Flut von Artikeln in der „Post" wie in der „Arbeitgeberzeitung" waren zunächst die Unternehmer bemüht, den Bund als sozialdemokratisch hinzustellen. Ganz abgesehen davon, daß dabei an den Rotkoller der Arbeitgeber appelliert wird, um die ganze Stoßkraft auf diese Organisationsform zu lenken, sollen auch die noch gutgesinnten Angestellten von dem Eintritt in den Bund abgeschreckt werden.

Die gleiche Behauptung von den sozialdemokratischen Forderungen und Tendenzen des Bundes ist auch vom Deutschen Techniker-Verband, dem sozialpolitischen Gegenpol des Bundes, aufgestellt worden. Der Konkurrenzneid, die Angst um die Mitglieder, hat diese Politik hervorgerufen. Ein objektives Studium der Bundesschriften belehrt uns vielmehr darüber, daß der Bund trotz aller radikalen Anwandlungen im Grunde doch eine gut bürgerliche Organisation ist. Sehr treffend hat das auch Paul Lange in der „Neuen Zeit" nachgewiesen. Nicht nur offiziell wird vom Bund der Standpunkt der politischen Neutralität vertreten, sondern bekannte Bundesredner nahmen wiederholt Gelegenheit, selbst unter der Flagge der politischen Neutralität recht wacker auf die Sozialdemokratie zu schimpfen.

Trotzdem hat ihn nun doch sein Schicksal ereilt und das gibt dem Heldenstücklein der bayerischen Industriellen seine große Bedeutung. Der Gewaltstreich, durch Maßregelung der Mitglieder des Bundes hier einzugreifen, bedeutet deshalb eine schwere Gefahr für die gesamte Angestelltenbewegung überhaupt. Eine Niederlage des Bundes heißt eine Verflachung all der Bestrebungen, die dazu dienen sollten, dem Angestellten die Stellung, die er auf Grund der volkswirtschaftlichen Bedeutung seiner Arbeit haben müßte, zu verschaffen. Der neue Mittelstand steht deshalb vor einer folgenschweren Situation, wie sie wohl selten wiederkommt.

Der Gewaltakt der Unternehmer hat aber auch Verbände zu entschiedenen Abwehrmaßregeln gezwungen, die sonst in ruhigen Zeiten niemals den Mut dazu gefunden hätten. Der Deutsche Technikerverband und die vier größten Handlungsgehilfenverbände sind auf den Index gesetzt worden; aus eigenem Selbsterhaltungstriebe mußten sie sich daher mit dem Bund solidarisch erklären. So hat unser Scharfmachertum mit der wünschenswerten Deutlichkeit den Widersinn der Lehre von der Interessenharmonie zwischen Lohnarbeit und Kapital gerade den Leuten vor Augen geführt, für welche diese Belehrung am notwendigsten war.

Soweit die Situation jetzt zu überschauen ist, werden die Arbeitgeber in irgendeiner Form nach einem geordneten Rückzug suchen. Die rechtzeitige Veröffentlichung des Attentats auf das Koalitionsrecht hat eine Wirkung gehabt, die die Urheber gewiß nicht vermutet hatten. Der Krieg ist erklärt, mag nun ein offener Kampf in offener Schlacht, die öffentliche Maßregelung und Aussperrung, oder ein geheimes Ringen, die Abwürgung durch schwarze Listen erfolgen.

Die Aufgabe der Angestellten ist klar. Sie haben mit der gleichen Zähigkeit und Aufopferung um ihr Koalitionsrecht zu kämpfen, wie es von seiten der Arbeiterschaft in so erfolgreicher Weise geschehen ist.

Die gefährdete Sittlichkeit.

Unter Verbeugungen vor der Kritik und Kontrolle der Oeffentlichkeit und Presse haben die gelehrten Richter des Schwurgerichts zu Moabit, die den Prozeß über den Meineid des Fürsten Eulenburg zu führen haben, die Oeffentlichkeit ausgeschlossen. Im Interesse der Sittlichkeit!

Es war vorauszusehen. Scherls Journalisten und andere haben es denn auch ganz richtig vorausgesagt. Jeder andere, der preußische Politik und preußische Justiz kennt, hätte es ebenso gut tun können. Es konnte in Preußen nicht anders kommen. Daran ist nicht zu zweifeln. Aber besser wird die Sache dadurch nicht.

Wenn je ein Prozeß die Oeffentlichkeit notwendig hatte, so war es dieser, in dem ein aus der Herrenkaste, ein einstiger Günstling des Kaisers, unter der Anklage des Meineides steht, einer Straftat verdächtig, die mit Zuchthaus bedroht ist.

Herr Oberstaatsanwalt Isenbiel nimmt nicht an, daß im Publikum Mißtrauen gegen die Justiz herrsche. Herr Oberstaatsanwalt Isenbiel ist ein Optimist. (Er sah nach dem heute als Meineid verdächtigen Eid des Liebenbergers den Mann über allen Verdächtigungen erhaben und nannte ihn liebenswert.) Wenn aber doch das Publikum die Kontrolle der Oeffentlichkeit für notwendig halten sollte, so sei ja die Kontrolle durch die Volksrichter, durch die 12 Geschworenen da.

Herr Oberstaatsanwalt Isenbiel hat dabei eins vergessen. Daß nämlich Geschworene ihre Sprüche nicht begründen. Wenn also nach Schluß der Verhandlungen die Oeffentlichkeit wieder hergestellt wird, um das Urteil zu vernehmen, so wird sie nicht erfahren, welche Gründe die Geschworenen zum Schuldspruch oder zum Freispruch gebracht haben. Die Oeffentlichkeit ist schlechter daran als bei einem Prozeß vor der Strafkammer, wo sie wenigstens in der Urteilsbegründung erfährt, welcher einzelner Handlungen der Angeklagte schuldig oder nichtschuldig befunden wurde!

Die Oeffentlichkeit wird nicht erfahren, auf Grund welchen Materials der Spruch über Eulenburg gefällt wird!

Und das geschieht in einer Sache, die die Oeffentlichkeit aufs lebhafteste bewegt hat und die nicht nur das Interesse der Sensationshungrigen und nach perversen Genüssen Begierigen, sondern wegen der grellen Streiflichter, die sie auf unsere politischen und gesellschaftlichen Zustände wirft, auch das der ernsthaften Leute erwecken muß.

Aber die gefährdete Sittlichkeit! Die gefährdeten „keuschen Ohren"!

Wer einen solchen Prozeß besucht, der weiß, was er zu hören bekommen wird. Geht er trotzdem hin, so erscheint die Sorge für seine Sittlichkeit sehr sonderbar. Entweder wird ihm ernsthaftes Interesse an den für die Erkenntnis unserer Zustände bedeutsamen Begleiterscheinungen der Verhandlung treiben oder die Lust am Schmutz. Im ersteren Falle bedarf seine Sittlichkeit keines Schutzes, im zweiten ist nichts mehr daran zu schützen.

Aber sei es. Das Gesetz gebietet den Ausschluß der Oeffentlichkeit bei Gefährdung der Sittlichkeit. Mochte also der Gerichtshof den Zuschauerraum räumen lassen. Warum aber den Ausschluß der Oeffentlichkeit der Presse?

Weil durch die Presse eine viel größere Oeffentlichkeit der Verhandlung hergestellt wird, als durch die Oeffnung des Zuhörerraums wird entgegnet. Weil die Presse den Schmutz, den im Zuhörerraum nur wenige hören, zu Millionen trägt!

Das klingt überzeugend, ist aber nicht wahr. In den Reden des Oberstaatsanwalts und der Verteidiger kehren mehrmals die Hinweise wieder, daß in der Verhandlung unsittliche, normalwidrige Handlungen bis in alle Einzelheiten erörtert werden müßten. Gewiß! Aber in der Presse würde man nichts davon gelesen haben. Denn nicht nur weiß auch das schlimmste Sensationsblatt, das Nichts-als-Sensationsblatt, daß die Schilderung solcher Einzelheiten Anklage und Verurteilung wegen Verbreitung unzüchtiger Schriften zur Folge haben würde, es weiß auch, daß alle halbwegs anständigen Leute unter seinen Lesern aufkündigen würden, wenn ihnen derartiges geboten werden sollte.

Die Presse hätte nichts als die groben Umrisse gebracht, nicht die Details.

Man lese die Berichte über den Münchener Hardenprozeß, der den Meineidsverdacht wider Eulenburg weckte. Man lese, was in diesen Berichten über die Handlungen Eulenburgs mit den Riedel und Ernst steht. Man wird keine schmutzigen Einzelheiten finden. Ebensowenig wie die Presse seinerzeit beim Schöffengerichtsprozeß wider Harden die Einzelheiten der Orgien in der Adlervilla geschildert hat!

Es ist nicht wahr, daß die Zulassung der Presse Schmutzfluten entfesselt hätte. Daß Eulenburg Schmutzereien begangen hat, das weiß die Oeffentlichkeit, und ob sie von ein paar Fällen mehr oder weniger erfährt, das wird die öffentliche Sittlichkeit nicht beschädigen.

Der Bericht in der Presse hätte lediglich der Oeffentlichkeit eine geeignete Grundlage zur Bildung eines eigenen Urteils gegeben.

Aber er hätte sie zugleich wiederum einen Blick in den Sumpf auf den Höhen tun lassen, er hätte ihnen Fäulnis und Moder in den Kreisen der Edelsten und Besten aufgedeckt, er hätte sie sittlichen und intellektuellen Verfall in der Herrenkaste gezeigt und hätte sie abermals zu skeptischen Betrachtungen über das Thema veranlaßt, wie wir regiert werden.

Aber deshalb ist die Presse nicht aus dem Schwurgerichtssaal zu Moabit verwiesen worden.

Sondern nur wegen der Moral! Wegen der gefährdeten Sittlichkeit!

Freisinniger Terror.

Die offiziöse „Norddeutsche Allgemeine" schwatzt wieder einmal kindliches Zeug über den sozialdemokratischen Terrorismus in Moabit zusammen. Wer in Wirklichkeit Terror der skandalösesten Art übt, beweist der „Moabiter Bezirksanzeiger" vom Sonnabend, den 27. Juni. In diesem Blatte veröffentlicht Herr Hermann Schöler, der kläglich durchgerasselte freisinnige

Gegenkandidat Liebknechts im 11. Berliner Landtagswahlkreis eine ausführliche Boykottliste aller derjenigen Wahlmänner, die nicht so gestimmt haben, wie der Freisinn das gewünscht hätte. Daß es gerade Herr Schöler ist, der sich diese denunziatorische Aufforderung zum Boykott leistet, ist doppelt interessant. Hatte doch Herr Schöler am 2. Juni die Stirn besessen, in einer sozialdemokratischen Versammlung im 11. Landtagswahlkreise der Sozialdemokratie seine tiefste Verachtung über den von ihr verübten resp. angedrohten Terrorismus auszusprechen. Dieser selbe Herr Schöler hat sich nun selbst zum brutalsten Terrorismus bekehrt! In der genannten Nummer des Moabiter Blättchens veröffentlicht er einen mehrere Spalten langen Artikel, in dem er sich folgende Denunziation leistet:

Zunächst zählt er acht freisinnige Wahlmänner namentlich, unter genauer Mitteilung ihrer Adresse, auf, die am 23. Juni ihre Stimme nicht abgegeben haben. Ihnen wird eine

„Ehrentafel der treuen furchtlosen Männer"

gegenübergestellt, die trotz der angeblich von der Sozialdemokratie an die Häuser der betreffenden Wahlmänner geklebten Verrufsandrohung am 23. Juni ihre Stimme für den Freisinn abgegeben haben.

Aber damit nicht genug! Nicht nur über die freisinnigen Wahlmänner wird fürchterliches Gericht abgehalten, sondern auch über die konservativen und nationalliberalen Wahlmänner, die am 23., ja auch am 16. Juni ihrer Wahlpflicht nicht genügt haben!

Da werden 31 Wahlmänner namentlich in Fettdruck unter genauer Angabe ihrer Wohnung aufgeführt, die am 23. resp. 16. Juni nicht abgestimmt haben. Um ihnen dies Verbrechen recht tüchtig anzukreiden, heißt es:

„Unter diesen 31 Wahlmännern ist nicht einer, der am 23. Juni nicht noch besonders, und das wiederholt, in manchen Fällen wohl sechs-, sieben-, acht- oder noch mehrmal ersucht worden wäre, zur Wahl zu kommen, oder den unsere Schlepper, sofern die Herren wirklich oder angeblich verreist waren, nicht wiederholt den Versuch gemacht hätten, persönlich zu erreichen. Von weiterem glaube ich einstweilen absehen zu sollen.

Doch muß ich eines Wahlmannes noch besonders Erwähnung tun. Der

Schuhmacher Kampe, Kruppstr. 8,

der am 16. Juni seiner Pflicht als konservativer Wahlmann genügt hat, hat es fertig gebracht, am 23. Juni sozialdemokratisch zu wählen!"

Herr Schöler darf wirklich „von weiterem absehen". Der von ihm geübte Terrorismus, die von ihm verhängte Boykotterklärung, ist so evident, daß ihn auch ein Blinder mit dem Krückstock fühlen kann!

Ob aber nach diesem Heldenstückchen des Herrn Schöler, **nach diesem notorischen Terrorismusakt eines der führenden Männer des Berliner Blockfreisinns**, die blockfreisinnige Presse wirklich noch wagen wird, sich über den Terrorismus der — Sozialdemokratie zu echauffieren!? —

Eine staatsrechtliche Belehrung der Freisinnigen.

Bekanntlich hatte die sozialdemokratische Landtagsfraktion den Antrag eingebracht, daß Genosse Liebknecht auf Grund des § 84 der preußischen Verfassung während der Dauer der Session aus seiner Strafhaft zu entlassen sei. Der Freisinn hatte sich bereit erklärt, einen Antrag auf Haftentlassung Liebknechts zu unterzeichnen, um dadurch die Einbringung des Antrages ermöglichen zu helfen. Die Unterstützung des Antrages durch Mitglieder einer anderen Fraktion war ja notwendig, da die Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses bestimmt, daß ein Antrag nur dann eingebracht werden kann, wenn er von 15 Mitgliedern des Hauses unterstützt wird. Als bereits die Sitzung am Sonnabend begonnnn hatte und es höchste Zeit war, den Antrag einzureichen, erklärten die Freisinnigen, daß sie den Antrag nur dann unterstützen könnten, wenn darin die Berufung auf den § 84 der Verfassung gestrichen würde. Da keine Zeit mehr zu Verhandlungen war und die sozialdemokratische Fraktion den Antrag vor allen Dingen zur Verhandlung gestellt sehen wollte, erklärte der Vorsitzende unserer Fraktion seine Bereitwilligkeit, dem Antrage die vom Freisinn gewünschte Fassung zu geben. Leider ist dann durch die im höchsten Maße politisch unanständige Haltung des Zentrums der weitere Antrag abgelehnt worden, den Antrag während dieser Session auf die Tagesordnung zu setzen. Es ist dadurch auch der sozialdemokratischen Landtagsfraktion die Möglichkeit genommen worden, die beabsichtigte Darlegung darüber zu geben, weshalb sie sich nicht nur auf die von Herrn Fischbeck geltend gemachten allgemeinen Billigkeitsgründe, sondern gerade auch auf den § 84 der preußischen Verfassung in ihrem Antrag berufen hatte.

Daß die sozialdemokratische Landtagsfraktion in ihrer Formulierung staatsrechtlich das Richtige getroffen hatte, nicht aber der Freisinn, bestätigt die „Frankfurter Zeitung" in ihrer Sonnabendnummer Nr. 177 vom Sonnabend durch folgende Ausführungen:

„Mögen auch die Verfassungsbestimmungen in dieser Hinsicht unglücklich gefaßt sein, eine sinn- und vernunftgemäße Auslegung müßten ihren eigentlichen Zweck zur Ausführung bringen und das Recht der Wähler, durch ihren Abgeordneten auch wirklich vertreten zu werden, zur Geltung bringen. Das ist auch nachdrücklich in den früheren Debatten des Reichstages betont worden. 1873 kam zum erstenmal ein solcher Fall zur Sprache. Es handelte sich damals um die Entlassung von Bebel, der sich infolge seiner Verurteilung im berüchtigten Leipziger Hochverratsprozeß in Haft befand. Ein Antrag Schraps-Sonnemann verlangte die Aufhebung der Haft für die Dauer der Session. Die Gegner gebrauchten die Auslegung, daß die Verfassungsbestimmung sich nur auf noch schwebende Strafverfahren und nur auf die Aufhebung der Untersuchungs- oder Zivilhaft beziehe, nicht aber auf die schon verhängte Strafhaft. Sonnemann wies aber die Unrichtigkeit dieser Auslegung aus der Entstehung der Verfassungsbestimmungen und aus Präzedenzfällen nach. Als über den Artikel 31 der Reichsverfassung beraten wurde, der im wesentlichen eine Abschrift des Artikel 84 der preußischen Verfassung ist, da forderte, wie Sonnemann ausführte (vergleiche „Zwölf Jahre im Reichstage", Reichstagsrede von Leopold Sonnemann, herausgegeben von Alexander Giesen, Neuer Frankfurter Verlag, Frankfurt a. M.), ein Antrag Ausfeldt, daß die Befugnis, die Freilassung eines Abgeordneten zu verlangen, dem Reichstage auch in Betreff einer Verhaftung oder Untersuchung zustehe, die über ein Mitglied zur Zeit seiner Wahl verhängt gewesen oder nach dieser bis zur Eröffnung der Sitzung verhängt worden ist. Damit war also jede Verhaftung, auch die schon verfügte Strafhaft, gemeint. Man hat damals ohne Diskussion nicht diese, sondern die jetzt geltende Fassung gewählt, weil man beides für gleichbedeutend hielt, und hat darum die Schutzbestimmung für jede Form von Haftunterbrechung gelten lassen wollen. Und tatsächlich hat auch die Reklamation eines politischen Strafgefangenen schon früher einmal zu Recht bestanden. Sonnemann erinnerte in jener Sitzung vom 19. März 1873 daran, daß es in Art. 17 des Entwurfs der Erfurter Reichsverfassung, der der Frankfurter Reichsverfassung von 1849 entnommen war, hieß: „Jedes Haus ist befugt, für die Dauer einer Sitzungsperiode die Aufhebung derjenigen Verhaftung zu verfügen, welche über ein Mitglied zur Zeit seiner Wahl verhängt gewesen oder nach der Wahl verhängt worden ist." Es ist also tatsächlich schon zweifellos Rechtens gewesen, daß ein in Strafhaft Befindlicher während der Sitzungsperiode entlassen werden konnte. Ende 1874 wurde abermals über einen gleichen Fall verhandelt, der damals den Zentrumsabgeordneten Majunke betraf. Sonnemann und Windthorst verlangten die Entlassung des Verhafteten während der Sessionsdauer. Diesmal wies Sonnemann unter anderem auf folgenden Vorfall hin: Abg. Liebknecht — der Vater des jetzigen Landtagsabgeordneten — war 1869 von den preußischen Gerichten rechtskräftig verurteilt worden, konnte sich danach aber doch in Berlin unbehelligt die Session über aufhalten, weil die preußischen Gerichte damals auf Grund der Verfassung eine Verhaftung für unzulässig hielten. Diese frühere Rechtsauffassung will man jetzt nicht mehr gelten lassen, obgleich sie allein einer Anerkennung der Rechte des Parlaments und der Wählerschaft entspricht."

Der Antrag auf Aussetzung des Strafvollzuges gegen den Abgeordneten Liebknecht während der Dauer der Landtagssession wird bei dem neuen Zusammentritt des Landtages im Herbst selbstverständlich wieder eingebracht werden. Hoffentlich haben sich dann auch die Freisinnigen bis dahin darüber informiert, daß die Berufung auf den § 84 der Verfassung durchaus in der Ordnung war! —

Politische Uebersicht.

Berlin, den 29. Juni 1908.

Unsere preußische Landtagsfraktion

hat sich konstituiert und Borgmann zum Vorsitzenden, Hirsch zum Schatzmeister und Schriftführer gewählt. —

Von der Einbringung eines Antrags auf Einstellung des Disziplinarverfahrens gegen Liebknecht hat die Fraktion auf dessen ausdrücklichen Wunsch Abstand genommen. Es liegt unserem Genossen Liebknecht daran, vor aller Oeffentlichkeit sein Sicherheitsgefühl in Disziplinarsachen an den Tag zu legen. —

Der Flensburger Skandal.

Die „National-Zeitung" veröffentlicht aus den Akten der nationalliberalen Parteileitung für Schleswig-Holstein sehr merkwürdige Dinge über den freisinnigen Wahlschacher. Danach hätten die Nationalliberalen auf das Gerücht hin, daß zwischen den Konservativen und den Freisinnigen in Flensburg ein Wahlbündnis geplant sei, sich mit den Abgeordneten Struve und Waldstein und dem Chefredakteur Dr. Niepa in Kiel in Verbindung gesetzt, um die Versicherung freisinniger Gegenleistung in Flensburg für ihre Unterstützung der Freisinnigen in Kiel und Altona zu erhalten. Darauf erklärte Dr. Struve parteioffiziell, daß er an Duus in diesem Sinne geschrieben habe, und Duus telegraphierte am 15. Juni, 12 Stunden vor seiner Wahl: „Die Freisinnigen treten, wenn sie im ersten Wahlgange ausfallen, geschlossen für den Nationalliberalen Metger ein." Am selben Tage bestätigte Waldstein den Nationalliberalen schriftlich, daß Dr. Duus für den Fall einer Stichwahl die Unterstützung Metgers durch die Freisinnigen für selbstverständlich halte. Trotz dieser wiederholten Versprechungen bewährte sich dann am anderen Vormittag das offenbar schon früher abgeschlossene Bündnis zwischen Freisinnigen und Konservativen. Duus wurde Landtagsabgeordneter gegen die Verpflichtung der Freisinnigen, den Wahlkreis bei der nächsten Reichstagswahl dem Konservativen in die Hände zu spielen. Schließlich wird gegen Duus folgender Vorwurf erhoben: „Es unterliegt keinem Zweifel, daß die linksliberale Parteileitung von Dr. Duus absichtlich irregeführt und getäuscht und ohne deren Wissen zum Helfer seines Vorgehens gemacht worden ist." Die „National-Zeitung" bemerkt zu diesen Mitteilungen, daß die Flensburger Freisinnigen „ein unfaires Spiel" getrieben haben. Ihr Verhalten und das ihres Kandidaten kennzeichne sich „als nackter Mandatschacher, der unter bewußter Täuschung der oberen Parteiinstanzen durchgeführt" wurde. Dann fährt das Blatt fort:

„Man darf nun nachgerade darauf gespannt sein, ob die Fraktion der Freisinnigen Volkspartei diesen tüchtigen Freisinnigen wirklich aufnehmen wird, oder ob sie durch die Ablehnung eines solchen Mitgliedes, einen Pseudoliberalen, der zur Befriedigung persönlichen Ehrgeizes die eigene Partei hinter das Licht geführt, von sich abschütteln wird."

Wir teilen diese Spannung nicht. Wir kennen zwar die Ausrede noch nicht, aber wir zweifeln nicht, daß eine solche gefunden werden wird, denn wenn es sich um Rettung eines Mandates handelt, ist die Wiemergarde nicht minder erfinderisch, als ihre neueste Akquisition es beim Erschachern war.

Eine schwere Beschimpfung des Professors v. Liszt,

das ist das neueste, was sich die — — „Freisinnige Ztg." leistet! Wie wir mehrfach berichtet haben, ist Herr Professor v. Liszt der Urheber des Gedankens, daß der Freisinn im Reichstage seine Zustimmung zur Finanzreform abhängig machen solle von einer Reform des Wahlrechts in Preußen. In ihrer letzten Sonntagsausgabe behandelt nun die „Freisinnige Ztg." in einem Leitartikel die Frage „Freisinn und Reichsfinanzreform", selbstverständlich ganz in dem Sinne des Münchener Müller-Meiningen-Organs. Sie behauptet, das „demokratische Prinzip" erfordere es, daß der Freisinn auch für die von einer anderen Mehrheit geschaffene Finanzlage des Reiches die Verantwortung mit übernehme.

„Wenn nun jetzt die Regierung, wie anzunehmen, einen Finanzreformplan aufstellt, der auf die Grundsätze des entschiedenen Liberalismus Rücksicht nimmt, so hat der Freisinn erst recht Veranlassung, vorurteilsfrei an seine Beratung heranzutreten".

Auf keinen Fall aber dürfe er sich „durch Momente, die ganz außerhalb der Sache liegen", beeinflussen lassen. Er würde als ernst zu nehmende Partei abdanken,

„wenn er von vornherein und nur aus äußeren Gründen seine Mithilfe an einem so bedeutenden und wirtschaftlich so folgenreichen Werke, wie die Reichsfinanzreform es ist, versagen wollte."

Damit ist die Idee des Herrn v. Liszt abgetan, ohne daß man in der Oeffentlichkeit etwas davon gehört hätte, daß er auch nur den Versuch gemacht habe, sie bei der Leitung seiner Partei durchzusetzen. Aber damit nicht genug, fügt die „Freisinnige Zeitung" noch hinzu:

„Der Freisinn wird auch jetzt alle Steuerfragen lediglich nach ihrem sachlichen Werte prüfen, unbekümmert um das Geschrei von Radaupolitikern in unverantwortlicher Stellung, die bei jeder Gelegenheit das Wort „demokratisch" unnützlich im Munde führen, ohne von dem Wesen der Demokratie mehr als den Namen zu kennen."

So, nun mag Herr v. Liszt sehen, wie weit ein ehrlicher Mann, mit dessen Namen man vor der Wahl nicht genug Personenkultus zu treiben wußte, es im Freisinn bringen kann. „Radaupolitiker, der vom Wesen der Demokratie nicht mehr als den Namen kennt!" Vor der Wahl nannte man denselben Mann eine „großzügige Persönlichkeit".

Natürlich hat die „Freisinnige Ztg." wieder beizeiten für ein Hintertürchen gesorgt, indem sie so tut, als ob der Rat, bei der Reichsfinanzreform zu streiken, nur von den Sozialliberalen käme. Sie wird also jetzt wahrscheinlich behaupten, daß sie mit ihrer Schimpferei nur die Barth und Genossen gemeint habe. Das ist aber nicht wahr, da der Gedanke in erster Reihe von dem freisinnigen Abgeordneten von Liszt stammt. Die Ausrede, die wir schon voraussehen, wird also an der Sache nichts ändern, aber sie wird der ganzen Vorgang noch ekelhafter machen.

Patriotisch unzuverlässig — weil christlich organisiert!

Die „Westdeutsche Arbeiter-Zeitung" (M.-Gladbach) teilt mit, daß der Vorsitzende einer Zahlstelle des christlichen Bauhandwerker-Verbandes im Münsterlande Aussicht zu haben glaubte, nach einer vierzehntägigen Militärübung in Metz zum Unteroffizier befördert zu werden. Aber am letzten Uebungstage eröffnete ihm sein Hauptmann, daß er ihn nicht befördern könne, weil er laut Bekundung des Bürgermeisters seines Ortes „patriotisch unzuverlässig und den Behörden nicht wohlgesinnt sei". Dem Manne kann, wie das M.-Gladbacher Blatt mitteilt, nichts anderes zur Last gelegt werden, als daß er christlich organisiert ist, er sei also „patriotisch unzuverlässig, weil er örtlicher Leiter eines auf dem Boden christlichnationaler Gesinnung stehenden Verbandes ist". Was hat es nun den Christlichen genutzt, daß sie, um sich nach oben zu empfehlen, die nationale Kokarde angesteckt haben?

Nochmals freisinniger Schwindel.

Die „Freisinnige Zeitung" sträubt sich verzweifelt gegen das Eingeständnis ihres Schwindels, den wir in der Donnerstagsnummer gekennzeichnet haben. In einer „Sozialdemokratische Parteiverräter" überschriebenen Erwiderung sucht sie ihre dummfreche Unwahrheit zu retten, die sozialdemokratischen Stadtverordneten in Dresden hätten mit ihrem Wahlrechtsantrage gegen das Parteiprogramm verstoßen. Die Prinzipienverletzung soll darin bestehen, daß von unseren Dresdener Genossen die Einführung des früheren Listenwahlsystems gefordert worden ist, das nur den Bürgern und nicht allen Einwohnern vom 21. Lebensjahre an das Wahlrecht gebe. Um daraus die Programmwidrigkeit zu konstruieren, wird der § 2 des sozialdemokratischen Gemeindewahlprogramms für Sachsen zitiert, der allerdings das geheime, gleiche und direkte Wahlrecht für alle mündigen Einwohner ohne Unterschied des Geschlechts forderte. Nach dem früheren Dresdener Listenwahlrecht war auch, so ruft die Freisinnige triumphierend aus, die Gleichheit nicht hergestellt, weil es eine Bevorzugung der Hausbesitzer enthielt.

Das ist alles richtig. Aber die Freisinnige übersieht hier vollständig, worauf es ankommt. Die sächsischen Städte können ihr Gemeindewahlrecht überhaupt nicht nach Belieben gestalten; sie sind vielmehr an gewisse landesgesetzliche Vorschriften der Städteordnung gebunden. Nach diesen landesgesetzlichen Bestimmungen, die kein Stadtverordnetenkollegium ändern kann, haben nur die Bürger ein Wahlrecht, außerdem muß mindestens die Hälfte der Stadtverordneten aus wahlberechtigten Bürgern bestehen, die ein Haus oder ein Grundstück besitzen. Das frühere Dresdener Listenwahlrecht mußte natürlich diese reaktionären Einschränkungen auch enthalten, aber es war im übrigen soweit allgemein, gleich und direkt, als es eben unter der sächsischen Städteordnung möglich war. Weitergehende Wahlrechtsforderungen lassen sich, mit Ausnahme der Verhältniswahl, die in Dresden ja gefordert wurde, durch ein städtisches Ortsgesetz in Sachsen gar nicht verwirklichen.

Die Forderungen nach einem Wahlrecht, das unserem Programm entspricht, müssen daher auch an den Staat bezw. an den Landtag, können aber nicht in den Stadtverordnetenkollegien direkt gestellt werden, weil diese durch Landgesetz verhindert sind, sie zu verwirklichen. Der Dresdener Wahlrechtsantrag ging nur so weit, wie das nach der Städteordnung möglich ist; ja es ist sogar die Frage, ob die Verhältniswahl ohne weiteres oder nur mit Hilfe einer Dispensation von den Bestimmungen der Städteordnung, die unter gewissen Umständen zulässig ist, verwirklicht werden kann.

Nun aber der Verstoß gegen das sozialdemokratische Gemeindewahlprogramm von Sachsen? Dort werden ja weitergehende Forderungen aufgestellt. Ganz richtig. Die sächsischen Genossen haben aber niemals von den Gemeinden Unmögliches verlangt. Die Forderung nach dem allgemeinen Wahlrecht für alle mündigen Einwohner steht wohl in unserem Gemeindewahlprogramm, aber sie steht nicht unter den Forderungen an die Gemeinden, sondern unter den Forderungen an den Staat, die den ersten Teil des sächsischen Gemeindewahlprogramms ausmachen.

Es kann somit von einem Verstoße gegen das sächsische Gemeindewahlprogramm durch den an das Dresdener Stadtparlament gerichteten Antrag keine Rede sein. Unsere Genossen im Dresdener Stadtverordnetenkollegium müßten ja den Grad der Dummheit des freisinnigen Skribifax erreicht haben, der dieses Verbrechen des Prinzipienverrats entdeckt hat, wenn sie den städtischen Kollegien Anträge unterbreiten wollten, die sie gar nicht erfüllen können. Der Kampf für das allgemeine, gleiche, direkte Gemeindewahlrecht wird in Sachsen geführt, aber er kann nicht in den Stadtparlamenten, er muß im Landtage und im Kampfe gegen die dort und in der Regierung vertretene Reaktion zum Austrage kommen.

Zur Handhabung des Vereinsgesetzes in Sachsen.

Das sächsische Ministerium des Innern hat kürzlich die interne Verordnung für die Polizeibehörden über die Handhabung des Vereinsgesetzes veröffentlicht. Darin heißt es unter anderem, das Ministerium des Innern erwarte, daß das Reichsvereinsgesetz, dessen „liberalem Zuge" folgend, in der Praxis entsprechend angewendet werde und die mit dem Vollzug des Gesetzes betrauten Organe von jeder Schikane oder Nadelstichpolitik ferngehalten werden. Als oberster Grundsatz sei zu beachten, daß nicht durch einzelne Verwaltungs- und Polizeimaßregeln Beschränkungen des Vereins- und Versammlungsrechts herbeigeführt werden, die entsprechend der Tendenz des Gesetzes und insbesondere der einschränkenden Vorschrift im § 1 des Gesetzes, in Zukunft gerade vermieden werden sollen.

Es folgen dann lange Anweisungen zur Handhabung der einzelnen Paragraphen, das Verhalten der Polizei zu den Gewerkschaften und der Begriff politische Angelegenheiten. Von ersteren heißt es, sie sollten, solange sie sich mit Berufs- und Standesfragen befassen, als politische Vereine nicht

angesehen werden. Das ist sehr gewunden. Die Polizei wird nicht dazu kommen, jede Gewerkschaftsversammlung, die sich mit allgemeinen Arbeiterfragen beschäftigt, als eine politische Veranstaltung anzusehen. Ein solches Verfahren wird der zu einseitigen Maßnahmen gegen die organisierten Arbeiter nur zu sehr geneigten sächsischen Polizei noch leichter gemacht durch die Definition des Begriffes politische Angelegenheiten. Darüber heißt es in der internen Polizeiverordnung für Sachsen:

Wenn auch absichtlich — und zwar wegen der Schwierigkeit einer solchen — von der Definition des Begriffs „politische Angelegenheiten" im Gesetze selbst abgesehen worden ist, so werden im allgemeinen hierunter solche zu verstehen sein, die Verfassung, Verwaltung, Gesetzgebung des Staates, die staatlichen Rechte der Bürger, die internationalen Beziehungen der Staaten unter einander, Fragen der Sozialpolitik und Volkswirtschaftslehre betreffen.

Wenn Sozialpolitik und Volkswirtschaftslehre ohne weiteres für politische Angelegenheiten erklärt werden, ist es für sächsische Polizisten ein Kinderspiel, Gewerkschaftsversammlungen für politisch zu erklären und demgemäß zu behandeln.

Da der Minister des Innern auf solche Weise wieder Handhaben zu polizeilichen Schikanen gegen die Arbeiterversammlungen und gewerkschaftlichen Organisation gibt, will es wenig besagen, daß er in der einleitenden Bemerkung der internen Instruktion vor Nadelstichpolitik und Schikanen warnt. Ueberdies bietet ja auch die sächsische Ausführungsverordnung, die nichts weniger als liberalen Geist zeigt, allerhand Handhaben zu Schikanen.

Das hat sich in der Praxis bereits gezeigt. Viele Amtshauptmannschaften haben die sozialdemokratischen Blätter ohne weiteres ausgeschlossen, als es sich darum handelte, Organe zu bestimmen, in denen Versammlungsinserate, die von der Anmeldepflicht befreien, veröffentlicht werden können. Bisher ist auch nur in einem einzigen Falle (die Amtshauptmannschaft Leipzig hat die anfänglich in ihrem Register ganz ausgeschlossene „Leipziger Volkszeitung" für mehrere Ortschaften der Amtshauptmannschaft zugelassen) eine Korrektur durch das Ministerium erfolgt, obwohl doch gar kein Zweifel darüber bestehen kann, daß die organisierten Arbeiter, die doch die meisten Versammlungen abhalten, allenthalben das Bedürfnis haben, ihre Versammlungsanzeigen in Arbeiterblättern zu erlassen.

Von einer freiheitlichen Handhabung des Versammlungsrechts sind wir in Sachsen noch weit entfernt. Freilich läßt dieses Gesetz auch nicht viel Bewegungsfreiheit zu. Daß man in Sachsen aber nach wie vor noch durch kleinliche Polizeimaßregeln diese geringe Versammlungsfreiheit einschränkt, haben neben den angeführten auch verschiedene andere Vorgänge mehrfach offenbart. —

Die Gemeinderatswahlen in den Reichslanden.

Am Sonntag haben in Elsaß-Lothringen die Gemeinderatswahlen stattgefunden, die in diesem Lande besonders wichtig sind, weil die Gemeindevertretungen die Abgeordneten zum Landesparlament, dem Landesausschuß, wählen.

Leider entspricht das Resultat nicht den Wünschen der Sozialdemokratie. Wir erhalten folgende Privattelegramme:

Straßburg, 29. Juni 1908.

Bei den Wahlen in Straßburg erhielt der Block der vereinigten bürgerlichen Parteien 13 500, die Sozialdemokratie 8600 Stimmen. Wir verlieren 16 Mandate. Die Gegner haben alle 36 Mandate im ersten Wahlgange geholt. In Kolmar erhielten die verbündeten Klerikalen und Demokraten 3600 bis 4000, die Sozialdemokraten 1400 bis 1500 und die Liberalen 800 bis 900 Stimmen. Die Liste der Demokraten und Klerikalen ist gewählt. In Markirch sind die Kandidaten der Sozialdemokratie durch Kompromiß gewählt. In Schiltigheim sind vier Bürgerliche gewählt. Es sind 23 Nachwahlen erforderlich, an denen die Sozialdemokratie sämtlich beteiligt ist. In Metz erhielten wir 1200 Stimmen. 9 Kandidaten der Liberalen und 7 der Zentrumspartei sind gewählt. Es sind 20 Nachwahlen erforderlich, woran wir teilweise beteiligt sind. In Illkirch ist ein Bürgerlicher gewählt. Die Sozialdemokratie ist an 10 von 20 Nachwahlen beteiligt. In Giesheim erhielten wir 256, die Klerikalen 600 Stimmen. 20 Nachwahlen sind erforderlich.

Mülhausen, 29. Juni 08.

Der klerikal-liberal-demokratische Block erhielt 8000, die sozialdemokratische Liste 7031 Stimmen. Die Liste der Gegner ist gewählt. Für fünf Sitze findet Nachwahl statt. Die Sozialdemokratie hat einen Stimmenzuwachs von 1300, während die Gegner stationär blieben.

In Straßburg ist die Wahlkreiseinteilung zuungunsten der Sozialdemokratie geändert worden.

Frankreich.

Die Verschleppung der Altersversicherung.

Paris, 29. Juni. (Eig. Ber.)

Wie bekannt hat die letzte Deputiertenkammer in großer Eile ein Altersversicherungsgesetz fertiggestellt, von dem jedermann wußte, daß der Senat es nie annehmen würde, das aber als Prunkstück für die Wahlpropaganda gute Dienste leisten konnte. Als dann die Regierung Clemenceau ans Ruder kam, erklärte sie in ihrem „großzügigen" Programm die Durchführung der Altersversicherung als eine ihrer vornehmsten Aufgaben, tat aber dann nicht das geringste, um diese Aufgabe auszuführen. Vielmehr gab der Arbeitsminister, als der Senat sich der Altersversicherung wegen der damit verbundenen Ausgaben feindlich zeigte, den von der Kammer angenommenen Entwurf ausdrücklich preis und beschränkte den staatlichen Zuschuß zur Altersversicherung auf einen Betrag von hundert Millionen, der die Durchführung des Gesetzes unmöglich machen mußte. Schließlich hat sich die Regierung auch offiziell von ihm losgesagt und ein anderes Projekt in Angriff genommen, dessen Grundlage der Ministerpräsident der Senatskommission soeben vorgelegt hat. Die Regierung erklärt wieder einmal, die „wesentlichen Grundsätze" des von der Deputiertenkammer beschlossenen Gesetzes aufrechtzuerhalten. Inwieweit sie das wirklich tut, zeigt ein Blick auf die wichtigsten von ihr vorgeschlagenen Veränderungen. Vor allem soll der Rentenbezug nicht mit sechzig Jahren, sondern erst mit 65 Jahren beginnen. Weiter soll die fakultative Einbeziehung der Handwerker, Handeltreibenden und Landwirte, die allein oder nur mit ihren Familienmitgliedern arbeiten, entfallen. Die Tagelöhne unter 1,50 Fr., die von Abzügen für die Versicherung frei bleiben sollten, werden diesen unterworfen. Und der Beitrag des Staates wird vermindert. Dieser soll nicht jede Rente bis zu einem Minimum von 360 Fr. jährlich erhöhen, sondern zu den ganz kleinen Renten unter 120 Fr. nur den festen Betrag von 120 Fr. zuschießen, die höheren Renten aber verdoppeln, so jedoch, daß sie nie mehr als 360 Fr. erreichen. Der staatliche Beitrag aber soll ganz aufhören bei Personen, die mit Einschluß der Rente 600 Fr. Jahreseinkommen haben. 15 Jahre nach Einführung der Versicherung soll dieses, den Staatszuschuß ausschließende Einkommen 800 Fr., nach 30 Jahren 1000 Fr. betragen. Die Verwaltungskosten der Versicherung sollen aus den Beiträgen der Arbeiter und der Unternehmer bestritten werden.

Man darf sich nicht darauf verlassen, daß die neuen Vorschläge das Problem der Versicherung der Lösung näherbringen werden. Die Manchesterökonomen des Senats — und es wimmelt in dieser Versammlung noch von Mummelgreisen aus der Bastiatschen Schule — werden genug Gelegenheit finden, neue „Aufklärungen", Untersuchungen über die finanziellen Wirkungen des Gesetzes usw. zu verlangen. Aber die Regierung selbst hat's gar nicht eilig. Der Brief des Ministerpräsidenten richtet an die Kommission das Ersuchen, noch vor den Ferien eine „prinzipielle" Erledigung herbeizuführen. Man kann dem „Temps", der neben seinem würdigen Kollegen „Journal des Débats" den Reigen der Arbeiterfeinde anführt, nicht unrecht geben, wenn er bemerkt, dem Bedürfnis nach „prinzipiellen" Lösungen leiste das von der Kammer angenommene Gesetz vollauf genüge. Das Blatt meint, es werde bis zur Ausarbeitung eines ausführbaren Gesetzes und seiner Annahme in beiden Kammern wohl noch einige Zeit verstreichen. Bei der Abneigung gegen die Arbeiterschutzgesetzgebung, die auch bei den kleinbürgerlichen Radikalen der Kammer immer deutlicher zutage tritt, wird die Bereitschaft der Regierung, die ganze Frage zu verschleppen, außer bei den Sozialisten und höchstens noch bei den um den ehrgeizigen Millerand, der neuerdings wieder viel sozialpolitischen Eifer zur Schau trägt, gruppierten radikalen Dissidenten wenig Widerstand finden. Unterdes aber gehen die Treibereien der selbsthilflerischen „Mutualisten" gegen die staatliche obligatorische Versicherung mit erneuten Kräften an.

Man sieht, die Sozialisten werden noch harte Kämpfe zu bestehen haben, ehe sie der Arbeiterklasse die Altersversicherung erringen. Um das Argument der finanziellen Leistungsunfähigkeit des Staates zu entkräften, hat Genosse Carlier einen Entwurf vorgelegt, der die Altersversicherung der Arbeiter und Bauern auf das staatliche Versicherungsmonopol basiert. —

Gegen den Zarenbesuch.

Paris, 29. Juni. In der Kammer beantragte Genosse Vaillant, an dem Kredit von 400 000 Frank für die Fahrt des Präsidenten Fallières nach Rußland 50 000 Frank zu streichen, um die Reise nach Rußland zu verhindern. Der Minister des Auswärtigen, Pichon, sprach gegen den Antrag und erklärte, das Bündnis mit Rußland sei die Grundlage der auswärtigen Politik Frankreichs und bedrohe niemand. Der Antrag Vaillants wurde mit 489 gegen 62 Stimmen abgelehnt.

Belgien.

Der Kampf um den Kongo.

Brüssel, 29. Juni. Der Sozialist Vandervelde wird morgen eine Ansprache an die Regierung richten betreffend den Inhalt der englischen Kongonote. Das Eintreffen dieser Note wird Anlaß zu einer neuen Debatte im Parlamente geben. Die kongofreundlichen Deputierten beantragen jetzt schon Schluß der Kongodebatte ohne Abstimmung, wogegen die anderen natürlich energisch protestieren.

England.

Eduard VII., Keir Hardie und Grayson.

London, 27. Juni. Vor einigen Tagen gab der englische König ein Gartenfest, zu dem sämtliche Mitglieder des Parlaments eingeladen wurden, mit Ausnahme der Genossen Hardie und Grayson, sowie des radikalen Abgeordneten Ponsonby, des parlamentarischen Nachfolgers von Sir Henry Campbell-Bannerman. Wie es heißt, hat der König mit eigener Hand sie aus der ihm vorgelegten Liste gestrichen. Es ist indes sicher, daß sie nicht wegen ihres Sozialismus, sondern wegen ihrer antizaristischen Politik von der Einladung ausgeschlossen worden. Denn vor zwei Jahren, als Hardie krank war, ließ der König ihm seine Teilnahme aussprechen.

Im Unterhause macht sich der Gedanke geltend, Ponsonby durch irgendeine Kundgebung die Sympathie auszudrücken, offenbar als Protest gegen die Handlungsweise des Königs. Auch die Arbeiterpartei soll ihr Mißfallen über den Ausschluß Hardies ausgesprochen haben. Sie betrachtet Eduard VII. als konstitutionelles Oberhaupt des Landes, der als solcher keine Partei ergreifen dürfe. Sie richtete einen Brief an Lord Knollys, den Privatsekretär des Königs und ersuchte ihn um Aufklärung. Keir Hardie wäre ohnehin dem Gartenfeste ferngeblieben, aber die Arbeiterpartei besteht auf ihrem Recht, gleich jeder anderen parlamentarischen Partei behandelt zu werden. —

Türkei.

Die mazedonischen Reformen.

Paris, 29. Juni. „Petit Parisien" veröffentlicht folgende Meldung: Weder Rußland noch England haben bisher den Kanzleien ihre Vorschläge betreffend die Reformen in Mazedonien mitgeteilt. Sie werden nicht einen einzigen Reformvorschlag an die Mächte senden, sondern deren zwei, die sich gegenseitig ergänzen. Man frägt sich noch immer, welche Haltung die Türkei gegenüber diesen Reformvorschlägen einnehmen wird, weil noch immer Gerüchte im Umlauf sind, betr. einer Annäherung zwischen der Türkei und Deutschland.

Persien.

Diktator Liakhoff.

London, 29. Juni. Aus Teheran wird gemeldet, daß die allgemeine Unsicherheit im Wachsen begriffen ist und das Volk zur Verzweiflung getrieben wird. Die halbverhungerten Truppen sind auf Plünderung erpicht und begehen fortgesetzt Gewalttaten. General Liakhoff ist Herr der Situation und spielt die Rolle eines absolut unabhängigen Vizekönigs. Der Palast Zill-es-Sultans bietet einen bejammernswerten Anblick. Die Verluste des Prinzen werden auf 200 000 Pfund Sterling geschätzt. Inzwischen wächst das Lager des Schahs beständig an und zählt, wie es heißt, bereits 10 000 Mann.

Die Kämpfe in Täbris.

Täbris, 28. Juni. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Das Schießen, das gestern am Tage aufgehört hatte, begann gegen abend wieder aufs neue. Aus Rache für die zweitägige Plünderung drangen Reaktionäre in den Stadtteil Hiaban ein und töteten zwei Gegner, die sie vorher grausam mißhandelt hatten. Die Leiche des einen wurde von seinen Angehörigen durch die Stadt getragen, wobei sie das Volk gegen die Reaktionäre aufreizten. Die Erbitterung der Parteien ist sehr groß. Die Christen sind vorläufig außer Gefahr. Die Gewerbetreibenden und Kaufleute werden durch die Raubüberfälle stark geschädigt.

Täbris, 28. Juni. (Meldung der Petersburger Telegr.-Agentur.) Von gestern abend bis heute mittag dauerte das Schießen an. Der „Pöbel", in dessen Händen die Macht ist, plünderte gestern das Arsenal und nahm Gewehre und Patronen an sich. Die gestrigen Greuel beantworteten die Revolutionäre damit, daß sie den in ihren Händen befindlichen Bruder eines einflußreichen Muschteiden grausam töteten. Die Lage der Stadt wird kritischer. Die Bazare blieben geschlossen.

Täbris, 28. Juni. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Der Präsident und ein Mitglied des Endschumens haben im russischen Generalkonsulat Zuflucht gesucht. Abends wurde der Generalkonsul von Vertretern der sich befehdenden Stadtteile um Vermittelung zur Herstellung des Friedens angegangen. Auf seinen Vorschlag wurde das Schießen eingestellt.

Marokko.

Kämpfe im Innern.

Paris, 28. Juni. Aus Fes wird gemeldet, daß eine Mahalla in der Stärke von 2000 Mann, die für Marrakesch bestimmt ist, ausgerüstet wird. Die hafidischen Mahallas werden fortgesetzt von dem Kaid Mügi geschlagen, drei ihrer Führer wurden getötet. Den neuesten Meldungen zufolge will Mulay Hafid Ende Juli nach Rabat aufbrechen.

Mexiko.

Die Unruhen.

New York, 29. Juni. Die mexikanische Regierung sendet einem Telegramm aus El Paso zufolge eiligst Truppen nach allen Gegenden, wo die Ruhe gestört ist. In El Paso angekommene Reisende berichten, daß alle Brücken der nach Torreon führenden Bahnen, mit Ausnahme der der mexikanischen Zentraleisenbahn, zerstört sind. In Torreon stehen 1500 Mann bereit, da ein Angriff der Revolutionäre, die Matamoros besetzt haben sollen, erwartet wird. Die Regierung hat die Vereinigten Staaten ersucht, ihr zur Wahrung der Neutralitätsgesetze behilflich zu sein.

Aus der Partei.

Gemeindewahlerfolg.

Bei der Gemeinderatswahl für die Bürgermeisterei Benrath (Rheinland) am 26. Juni siegten in der dritten Abteilung die zwei sozialdemokratischen Kandidaten über die der Zentrumspartei mit 339 gegen 315 Stimmen. Mit diesen Genossen ziehen die ersten sozialdemokratischen Gemeindevertreter in das Stadtparlament der Zentrumshochburg ein.

Unsere Toten. Ein alter Parteiveteran, der Steinarbeiter Genosse Heinrich Baudach in Striegau, ist am Freitag gestorben. Schon vor dem Sozialistengesetz hat er in der vordersten Reihe im Dienste der schlesischen Partei- und Gewerkschaftsbewegung gestanden, und unbeirrt durch alle Gefahren des Unterdrückungsgesetzes hat er dafür sorgen helfen, daß selbst in den schlimmsten Zeiten das Feuer der sozialistischen Ueberzeugung unter der Arbeiterschaft der Striegauer Steinbrüche nicht erlosch. Als dann Bismarcks Schandgesetz gefallen war, gehörte Baudach zu den Gründern der „Schlesischen Volkswacht", und noch fast zwei Jahrzehnte war es ihm vergönnt, in den Striegauer Bergen für die Partei wie für seine Berufsorganisation in hervorragender Weise tätig zu sein. Die seltene Treue und Unverdrossenheit, mit welcher der schlichte Mann seiner proletarischen Ueberzeugung seit seiner Jugendzeit gedient hat, haben ihm in seiner Heimat nicht nur die Liebe und Verehrung seiner Kampfgenossen, sondern auch die Hochachtung seiner bürgerlichen Gegner errungen. Die schlesischen Genossen werden Heinrich Baudach stets in treuem Gedenken bewahren.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

In die „Freiheit" zurückgekehrt ist am Sonntag der Genosse Richard Wagner vom „Norddeutschen Volksblatt" in Bant, der wegen Beleidigung des Delmenhorster Stadtmagistrats anläßlich des dortigen Bauarbeiterstreiks im vorigen Jahre drei Monate Gefängnis in Oldenburg verbüßte. Zahlreiche Genossen von dort und aus seinem alten Wirkungskreise begrüßten den der Freiheit wiedergegebenen Kämpfer. Genosse Wagner verließ sofort Oldenburg, um seine neue Stellung als leitender Redakteur des „Braunschweiger Volksfreund" anzutreten.

Strafkonto der Presse. Wegen Beleidigung eines Reichsverbandsagitators wurde Genosse Zorn vom „Volksblatt" zu Saalfeld zu 75 Mark Geldstrafe verurteilt.

Aus Industrie und Handel.

Krise!

Im Solinger Industriebezirk, wo fast ausschließlich die Kleineisenindustrie vorherrscht, hat die Arbeitslosigkeit großen Umfang angenommen. Verschiedene Stahlwarenfabriken haben in vergangener Woche nur drei Tage arbeiten lassen. Die angrenzenden Gemeinden Ohligs und Wald haben Notstandsarbeiten in Angriff genommen; auch in Solingen beschäftigt man sich mit der Frage, wie den bösen Folgen der Krise in etwas abzuhelfen sei. Auf Anfrage eines Stadtverordneten stellte Oberbürgermeister Dicke die alsbaldige Inangriffnahme umfassender Kanalisationsarbeiten in Aussicht, um einer größeren Zahl Arbeitsloser Beschäftigung geben zu können.

* * *

Wie die „Danz. Neueste Nachr." melden, wird binnen kurzem der Betrieb auf den Ostdeutschen Stahlwerken in Danzig eingestellt. Zum 4. Juli ist 140 Arbeitern der Stahlwerke gekündigt worden und am 4. Juli sollen weitere 250 Arbeiter die Kündigung erhalten. Die zum Werke gehörende Gießerei soll ihren Betrieb noch bis zum 31. Dezember weiterführen. Die Stillegung dieses Werkes bedeutet für den ostdeutschen Handel einen empfindlichen Schlag. Zahlten doch die Stahlwerke pro Jahr ca. 400 000 M. an Löhnen und verbrauchten etwa 10 Proz. der gesamten Danziger Kohleneinfuhr.

Die Ostdeutschen Stahlwerke haben übrigens eine interessante Vorgeschichte. Im Februar 1907, nachdem die Nordischen Elektrizitäts- und Stahlwerke den Konkurs angemeldet hatten und das Werk zur Versteigerung ausgeboten war, traten die Hypothekengläubiger der Werke zusammen, bildeten eine Betriebsgemeinschaft und führten das Werk unter der Firma „Ostdeutsche Stahlwerke G. m. b. H." weiter. Die Hypotheken verteilten sich damals wie folgt: Seehandlung 1 950 000 M., Stadt Danzig 250 000 M., Privataktienbank 325 000, Aktiengesellschaft Halm 350 000 M., Norddeutsche Kreditanstalt 75 000 M., Oberschlesische Eisenbahnbedarfs-Gesellschaft 87 100 M., Oberschlesische Eisenindustrie-Gesellschaft 182 000 M., Bismarckhütte 55 900 M. Später führten die drei oberschlesischen Unternehmen das Werk allein weiter, um im November d. J. endgültig darüber zu bestimmen, was dann weiter geschehen soll. Die Oberschlesier haben jedoch, ohne den Ablauf des Vertrages abzuwarten, den Betrieb jetzt schon fast vollständig eingestellt. Die übrigen Hypothekengläubiger protestierten gegen die Nichtinnehaltung des Vertrages, aber die oberschlesischen Leiter erklärten, daß bei dem gegenwärtigen Tiefstand der Konjunktur das Werk auf keinen Fall zu halten sei.

* * *

Im Laufe der letzten 10 Jahre stand die Stadt und wohl auch der größte Teil der Provinz Posen im Zeichen eines recht beachtenswerten wirtschaftlichen Aufschwunges. Dieser machte sich vorwiegend in einer lebhaften Bautätigkeit bemerkbar. Durch die Ansiedelungspolitik war eine wilde Bauspekulation ausgelöst, die aber schon vor

zwei Jahren zu einer einem Baukrach ähnlichen Krise führte. Fallissements, zahlreiche Konkurse und Subhastationen kennzeichneten die Situation. Da die Ausführung der öffentlichen Bauten immer noch zahlreiche Arbeitskräfte in Anspruch nahm, blieben die Verhältnisse am Arbeitsmarkt noch ziemlich günstig. Die Bautätigkeit ist in diesem Jahre in Stadt und Provinz Posen aber derartig heruntergegangen, daß man nun von einer wirklichen Krise im Baugewerbe reden kann. Die dadurch hervorgerufene Arbeitslosigkeit ist sehr groß und macht sich im übrigen wirtschaftlichen Erwerbsleben in recht unangenehmer Weise fühlbar. In den Vorjahren war der Zuzug von Maurern, Zimmerleuten und Bauarbeitern ein erheblicher. Noch im vorigen Jahre wurde ein Zuzug von zirka 400 Maurern, ebensoviel Zimmerleuten und etwa 600—700 Bau- und Erdarbeitern konstatiert. In diesem Jahre sind nach der Stadt Posen allein 300 Maurer, zirka 250 Zimmerer weniger und nur eine ganz geringe Zahl von Arbeitern zugereist. Von den in Posen ansässigen Maurern sind nach den statistischen Erhebungen der in Betracht kommenden Arbeiterorganisationen 150 abgereist, die entweder auf dem Lande, vorwiegend aber in westfälischen Gruben Arbeit angenommen haben. Trotz dieses geringeren Zuzuges und des nicht unerheblichen Wegzuges laufen in Posen allein 150 Maurer, 40 Zimmerer und gegen 100 Bauarbeiter beschäftigungslos herum. Diese Statistik erstreckt sich nur auf die in den drei Organisationen befindlichen Arbeiter. Rechnet man noch die zahlreichen unorganisierten Arbeiter hinzu, so ist der tatsächliche Umfang der Arbeitslosigkeit ein recht bedeutender. Eine große Anzahl der Arbeitslosen feiert schon 26 und mehr Wochen. Die Ungunst der Verhältnisse verschärfen hilft der Umstand, daß in Posen die Ziegelsteine durch die Gründung eines Ziegelei- und Materiallieferantenverbandes teurer als selbst in Berlin sind, die hier 25 bis 26 M., in Posen dagegen 34 M. pro Mille kosten. Der Mörtel kostet hier 7,50 M. pro Kubikmeter, während dafür in Berlin nur 5,50 M. verlangt werden. Die private Bautätigkeit hat fast gänzlich aufgehört, obwohl an großen Wohnungen kein Ueberfluß, an Arbeiterwohnungen sogar Mangel vorhanden ist.

Ueber die Bewegung der Mehlpreise im Jahre 1907 macht der Bericht der Frankfurter Handeskammer einige bemerkenswerte Angaben, die zeigen, wie durch den starken Export der feinsten Mehle eine Verschiebung der Preise nicht nur für die einzelnen Sorten Weizenmehls, sondern auch für Roggenmehl entstehen kann. Von April bis Oktober vorigen Jahres stiegen nämlich im Frankfurter Bezirk die Weizenmehlpreise ungefähr um 8½ M. pro 100 Kilogramm, während die Roggenmehlpreise nur um zirka 5 M. in die Höhe gingen. Die Steigerung trat hauptsächlich bei den feinsten Weizenmehlsorten ein, die geringeren Sorten waren billiger zu haben. Die Bäcker schränkten sogar den Verbrauch von Roggenmehl ein und verwendeten dafür Weizenmehl Nr. 3 und Nr. 4. Hierdurch wurden allmählich letztere Sorten außerordentlich knapp, was die Großmühlen dann veranlaßte, die bis dahin übliche Preispannung zwischen den einzelnen Sorten zu reduzieren, wodurch sich der Preis der ersteren Sorten Nr. 0 und Nr. 1 ermäßigte, während sich Nr. 3 und Nr. 4 entsprechend höher stellten. Die Folge war, daß die Kleinmüller und Mehlhändler diesem Vorgehen **notgedrungen** folgen mußten. Die Großmühlen machten also nicht nur gute Geschäfte durch ihren forcierten Export von feinen Mehlen, sie konnten auch die großen Mengen der weniger weißen Mehle schließlich noch zu steigenden Preisen verwerten, während die anderen Mühlen dafür Preisnachlässe auf die feineren Sorten gewähren mußten. Die ganze Preispolitik der Großmühlen wurde demnach keineswegs von der Verschiedenheit der Gestehungskosten beeinflußt, sondern von den Vorteilen, die ihnen die Exportpolitik bot. Es ist sehr bemerkenswert, daß in dem Bericht einer Handelskammer die eigenartige Preispolitik der deutschen Großmühlen so offen und ungeschminkt dargelegt wird.

Der Zollgewinn der österreichischen Agrarier. Die kürzlich erschienene Statistik des österreichischen Ackerbauministeriums über das definitive Ergebnis und den Wert der Getreideernte im Jahre 1907 zeigt wieder einmal ziffernmäßig die agrarische Lüge auf, daß die Zollerhöhung **keine** Preissteigerung zur Folge habe. Es wurden geerntet

	1907		1906	
Weizen . . .	14,3	Millionen	15,9	Millionen
Roggen . . .	22	Meter-	25,2	Meter-
Gerste . . .	17,1	Zent-	16,6	Zent-
Hafer	24,8	ner	22,4	ner

Mit Ausnahme von Gerste und Hafer war also die Ernte im Jahre 1907 nur um ein geringes kleiner als im Jahre 1906. Dagegen betrug der Geldwert dieser Mengen nach der amtlichen Berechnung 1384,7 Millionen Kronen oder um 258,1 Millionen **mehr** als im vorhergehenden Jahre und um 451,2 Millionen **mehr** als der Durchschnitt in den letzten zehn Jahren. Fast ½ Milliarde mußten also die Konsumenten den Agrariern auf den bisherigen Wucherprofit darauf legen — ganz abgesehen von dem Tribut für andere Produkte der Landwirtschaft, die ja durch den Zollschutz gleichfalls ganz kolossal im Preise stiegen. Dabei war das Endergebnis im Jahre 1907 noch ein gutes; wie soll das aber erst werden, wenn die Getreideproduktion einmal wirklich nicht zur Bedeckung des Inlandskonsums ausreicht? Werden dann die agrarischen Wucherer wiederum die Notwendigkeit des Zollschutzes behaupten und mit der Notwendigkeit der „Preisstabilität" begründen? Nach ihrer Theorie kommt ja der Zoll im Inlandspreise nicht zum Ausdruck! — Die amtliche Statistik schlägt beide Lügen tot; nur ist sie unvollständig: sie sollte auch zeigen, daß der Zollgewinn fast ausschließlich den 300 Grundaristokraten und sonstigen Latifundienbesitzern zugute kommt, indes die Mehrzahl der Landwirte leer ausgeht.

Aus der Frauenbewegung.

Ihr laßt die Kinder schuldig werden . . .!

Ein 13 Jahre altes Kindermädchen hatte sich vor der Liegnitzer Strafkammer wegen versuchten Mordes und wegen Brandstiftung zu verantworten. Unter den traurigsten Verhältnissen verging die Kindheit der Kleinen — die Mutter ist seit 5 Jahren tot und der Vater Gewohnheitstrinker — und als Kind mußte die Unglückliche schon hinaus ins Leben, um selbst durch die eigene, noch gar so schwache Kraft das tägliche Brot zu verdienen. Selbst noch ein Kind, gab man ihr Kinder in Obhut, ihr, die selbst noch ein Anrecht darauf hat, harmlos zu spielen, bürdete man verantwortungsvolle und unangenehme Pflichten auf. In ihrer Verbitterung sann das Mädchen darauf, sich dieser Pflichten zu entledigen. Zunächst schabte sie den Phosphor von etwa 20 Streichhölzern und schüttete ihn in die Milch der Kinder, deren eines davon auch trank, ohne daß mehr als eine leichte Uebelkeit sich daraus ergeben hätte. Dann aber nahm sie Streichhölzer und Papier und zündete eine neue massive Scheune ihres Dienstgebers an, die völlig ausbrannte. Obgleich sie dabei so kindisch zu Werke gegangen war, daß sie als die Täterin sofort bekannt war, floh die Brandstifterin zu ihrem Vater und wollte ihm erzählen, daß ein fremder Bettler das Feuer angelegt habe. Die Absicht, die ihr anvertrauten Kinder zu töten, bestritt das Mädchen und es konnte ihm auch das Gegenteil nicht nachgewiesen werden. Das Urteil lautete auf **vier Jahre Gefängnis**, wobei nach dem berühmten Schema F preußischer Rechtsprechung „die Gefährlichkeit und Gemeinheit der Handlungsweise als strafverschärfend" ins Gewicht fielen.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Reinickendorf. Mittwoch, den 1. Juli, bei Gründer, Reinickendorf-Ost, Hoppestr. 24, Generalversammlung.

Gewerkschaftliches.

Zehn Jahre Gewerkschaftsbewegung in Posen.

Am 1. Juli dieses Jahres sind zehn Jahre vergangen, seit die moderne Arbeiterbewegung in der Metropole der Ostmark erstmalig intensiv einsetzte. Wohl waren auch vor dem Jahre 1898 hier schon die treibenden Kräfte, welche an der Emanzipation der Arbeiterklasse wirkten, vorhanden, und insbesondere hatten während der sozialistengesetzlichen Zeit eine Anzahl Parteigenossen die erste Bresche in den Wall kapitalistischen Herrenstandpunktes und stupider Indifferenz geschlagen, aber alle während der Zeit des Ausnahmegesetzes aufgewandte Mühe trug in der Folgezeit keine Früchte. Die alten Genossen zweifelten an der Verwirklichungskraft der proletarischen Idee in der ostmärkischen Gegend und zogen sich mehr und mehr zurück. Der polnische Kaplan im Bunde mit dem deutschen Finanzvetter trug das seine dazu bei, um zu einer Zeit, wo schon allenthalben in Deutschland die gewerkschaftlichen Organisationen mächtig im Aufsteigen begriffen waren, Stadt und Provinz Posen hermetisch von der Bewegung abzuschließen.

Nach dem Fall des Sozialistengesetzes, anfangs der neunziger Jahre, versuchten wohl einige zentralverbändlerische Organisationen, so die Maurer (1891) und die Metallarbeiter (1892) hier Fuß zu fassen, doch wollte dieses, soviel Mühe und Sorgfalt auch dafür aufgewendet wurde, zunächst durchaus nicht gelingen. Nicht ohne Grund galt Posen zu damaliger Zeit und auch noch später als die typische Verkörperung des Idealzustandes proletarischer Indifferenz und kapitalistischer Willkür. Die Generalkommission sah Posen stets als ihr Unglückskind an, zu dessen Gedeihen kein Mittel verfangen wollte. Durch Agitationsreisen usw. wurden wohl einzelne Keime gelegt und das Wiederaufglimmen der einstigen Bewegung gefördert, aber trotzdem waren die Gewerkschafts-Mitgliederzahlen vor dem 1. Juli 1898 sehr minimal. So waren Ende Juni jenes Jahres in 13 Gewerkschaften 212 Mitglieder vorhanden, die hauptsächlich auf die Metallarbeiter und die Maurer entfielen.

Am 1. Juli wurde der Genosse Josef Gogowski als Gewerkschaftssekretär angestellt und begann von da an eine Zeit der Hebung der gewerkschaftlichen Organisationen. Ueberhaupt ist mit dem Namen Gogowski (jetzt in Siegen i. W.) ein gut Stück Arbeiterbewegung in Posen verbunden. Unermüdlich für die Entfaltung der Organisationen bedacht, gelang es ihm, dem Opferfreudigen, alsbald Erfolge zu erzielen. Schon im Sommer des folgenden Jahres war die Mitgliederzahl verdoppelt. Es waren am 1. Januar 1899 in 18 Gewerkschaften 545 Mitglieder vorhanden. Ein merkliches Zeichen dafür, welche Kraft in dem einen halben Jahre aufgewendet worden war. Bald darauf begann eine wilde Hetze gegen die jungen Organisationen. Die Zusammenkünfte der Mitglieder bei den Beitragszahlungen usw. wurden zu öffentlichen Versammlungen gestempelt und Prozesse und Strafmandate hagelte es nur so. Doch das alles störte die Genossen in ihrem Vorhaben nicht. Da die polnische Sprache hier vorherrschend ist, ging die Generalkommission auf den Plan ein, ein vierzehntägig erscheinendes Gewerkschaftsorgan in polnischer Sprache herauszugeben. Vom 1. April 1901 ab erschien die „Oswiata" (Erleuchtung) in Posen und tat das ihre dazu bei den Samen der proletarischen Erkenntnis in die polnischen Arbeitermassen zu verstreuen. Ende des Jahres 1902 zählten die Verbände 2094 organisierte Arbeiter; ein schöner Fortschritt in vier Jahren. Die Hirsch-Dunckerschen, welche bis dahin in Posen dominiert hatten, wurden mehr und mehr verdrängt. Sie zählen gegenwärtig noch rund 350 Mitglieder. Am 1. Januar 1906 wurde die „Oswiata" zu einem wöchentlich erscheinenden Gewerkschaftsblatt" umgeändert und können sich die Gewerkschaften jetzt rühmen, den größten Teil aller gewerblichen Lohnarbeiter unter ihren Fahnen vereinigt zu haben.

Zu Anfang des Jahres 1908 waren 3081 in Zentralverbänden organisierte Arbeiter vorhanden, die sich auf zirka 30 verschiedenen Verbänden verteilen. Für die am Ort vorhandenen Christlichen und Hirsch-Dunckerichen ist die Hoffnung auf bessere Zeiten in letzter Zeit merklich geschwunden.

Alles in allem darf mit Genugtuung konstatiert werden, daß in den verflossenen zehn Jahren in Posen ein nichtzuunterschätzendes Stück Arbeit geleistet worden ist. Das ergibt sich besonders dann, wenn man alle die Umstände erwägt, die sich den gewerkschaftlichen Pionieren hier in den Weg stellten. Durch zähen Kampf gelang es den opferfreudigen Genossen alle Hemmungen und Hindernisse zu überwinden. Zu bedauern ist nur, daß nicht auch die Parteibewegung gleichen Schritt mit den Gewerkschaftsorganisationen gehalten hat. Hoffen wir, daß das, was die Organisationen in den letzten Jahren in der Breite gewonnen haben, in der Zukunft ebenso in die Tiefe wachse, zum Wohle des Posener Proletariats

---

Deutsches Reich.

Ein neuer Scharfmacherverband für Südwestdeutschland.

Am Sonnabend mittag waren in Mannheim etwa 50 Vertreter großer industrieller Betriebe unter dem Vorsitz des bekannten Textilindustriellen **Schlumberger** von Mülhausen (Elsaß) zusammengetreten, um den im Herbst gegründeten deutschen Verband der **Betriebskrankenkassen** durch eine neue Spezialgründung für Elsaß, Baden, Hessen, Hessen-Nassau und Pfalz zu „unterstützen". Der Referent, ein Herr **Harth**, Vorsitzender der staatlichen Betriebskrankenkasse in **Darmstadt**, behauptete, die Zentrale für das deutsche Krankenkassenwesen, in der die Ortskrankenkassen zusammengeschlossen sind, stände vollständig unter sozialdemokratischem Einfluß. Wenn der Herr die Verhandlungen der betreffenden Verbände verfolgt, so kann er diese Behauptung nicht oder nur wider besseres Wissen aufstellen. Aber es kam ja wohl auch nur darauf an, für die neue Scharfmachergründung eine Motivierung irgendwelcher Art anzugeben. Dazu fällt auch die weitere Behauptung des Referenten, daß die genannte Zentrale nur aus politischen Gründen Gegnerin der Betriebskrankenkassen sei, moralisch nicht ins Gewicht. Desto beachtlicher ist die Neugründung wegen der bedeutenden Einflüsse, die sie in Gemeinschaft mit den anderen Scharfmacherverbänden üben wird. Und dieser Einfluß wird um so größer sein, je mehr es den guten Leuten gelingt, der Welt als harmlos zu erscheinen. Ohne Widerspruch zu finden, konnte der Referent auch behaupten, **daß die Industrie bisher den Grundsatz vertreten habe, keine Politik zu machen** und sich daher untätig in der Wahrung ihrer Interessen gezeigt habe. Deshalb solle sich der Industrielle einer Körperschaft anschließen, die seine Interessen vertrete, und als solche komme der neue Verband für Südwestdeutschland in Betracht. Daß es sich nicht um die Interessen der Versicherten, sondern der Unternehmer handelt, beweist die Bestimmung im § 4 der Statuten, daß industrielle Werke und andere Unternehmungen, die eigene Betriebskrankenkassen besitzen, an Stelle dieser letzteren beitreten können, — eine Bestimmung, die ausgesprochenermaßen und trotz geäußerter Bedenken **in Rücksicht auf die in den Vorständen sitzenden sozialdemokratischen Arbeiter**, d. h. solcher, die sich dem Beitritt der Kassen widersetzen, geschaffen wurde. Damit ist, wie teils gewünscht, teils abgelehnt wurde, deutlich genug der Kontakt mit dem industriellen Scharfmachertum hergestellt, und der Vorstand des Süddeutschen Industriellen-Verbandes ließ auch bereits durch Herrn Miek-Mannheim seine Unterstützung zusagen. Der Sitz des neuen Verbandes ist Mannheim, wie auch im Vorstand hauptsächlich Mannheimer Großindustrielle sitzen. Aber auch Herr Schlumberger von Mülhausen, Justizrat Häuser von den Höchster Farbwerken, Herr Krieghoff, ein Wormser Lederindustrieller, und auswärtige Vertreter der Eisenindustrie kommen in den Vorstand. Die Arbeiter haben daher allen Anlaß, die neue gegen die Ortskrankenkassen gerichtete Gründung zu beobachten, um so mehr, als jetzt schon 7700 Betriebskrankenkassen in Deutschland bestehen und von diesen sich bereits über 1300 mit zirka 120 000 Versicherten dem Essener Hauptverbande angeschlossen haben.

Streik der Schmiede in Stettin.

In den Betrieben der Schmiedeinnung ist am Montag die Arbeit eingestellt worden. Es wird dringend ersucht, den kämpfenden Schmieden nicht in den Rücken zu fallen.

Lohnbewegung. Die Maurer und Bauhilfsarbeiter in **Staßfurt** sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Sie haben die Arbeitgeber ersucht, in Verhandlungen über den Abschluß eines Lohntarifs einzutreten, in dem eine Lohnerhöhung vorgesehen ist.

Ein Bautischlerausstand ist in **Langenöls** (Niederschlesien) bei der Firma Hainke, Tisch- und Möbelfabrik, am Sonnabend ausgebrochen. 70 Mann haben die Arbeit eingestellt.

Ausland.

Die gewerkschaftlichen Kämpfe in Schweden.

Die „Schwedische Arbeitgebervereinigung" hat am Sonnabend beschlossen, falls die Hafenarbeiter sowie die Zuckerfabrikarbeiter sich nicht bis zum 16. Juli den Wünschen der Arbeitgeber gefügt haben, vom 20. Juli eine **Generalaussperrung über ganz Schweden** zu veranstalten. Der Zentrale Arbeitgeberverband hat auch versucht, die Unternehmerorganisation der **Eisen- und Metallindustrie**, die „Werkstättenvereinigung", zur Teilnahme an der Generalaussperrung zu veranlassen. Diese Vereinigung hat auf ihrer Generalversammlung am Sonnabend aber **einstimmig abgelehnt**, sich an dem Kampfe zu beteiligen. Durch Vertreter der Landesorganisation der Gewerkschaften und der schwedischen Arbeitgebervereinigung sind auf den heutigen Dienstag neue Verhandlungen zur Beilegung des Kampfes der Hafenarbeiter anberaumt worden.

Ueber den **Kampf im Baugewerbe** hat der Schlichtungsbeamte des ersten Distrikts, Stadtnotar **Cederborg**, der Regierung einen ausführlichen Bericht gesandt, aus dem hervorgeht, daß die Unternehmer durch ihre willkürlichen Lohnherabsetzungen den Kampf heraufbeschworen haben. Da der Kampf nun außer dem 1. auch noch 2., 5. und 6. Schlichtungsdistrikt umfaßt, mußte es nach dem Gesetz über die Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten vom 31. Dezember 1906 der Regierung überlassen werden, welcher Beamte nun als Friedensstifter tätig sein sollte. Auf Vorschlag des Kommerzkollegiums hat die Regierung Herrn Cederborg in dieser Sache zum Generalschlichtungsbeamten ernannt.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Tarifbewegung der Sattler und Portefeuiller.

Offenbach, 29. Juni. (Privatdepesche des „Vorwärts".) Nach stürmischer Versammlung wurde der Vertrag heute mit Majorität **angenommen**.

Spielerei mit einer Schußwaffe —

Frankfurt a. M., 29. Juni. (W. H.) Im Garten des Hauses Bergerstr. 34/36 wurde ein sechsjähriger Knabe von einem jungen Schlosser, der aus einem Flobertgewehr nach Spatzen schoß, in den Kopf getroffen. Der Knabe liegt hoffnungslos im städtischen Krankenhause.

Zeppelin.

Friedrichshafen, 29. Juni. (W. T. B.) Um 11¾ Uhr verließ der Ballon des Grafen Zeppelin die Halle und wurde von der Dampfbarkasse „Buchhorn" zirka zwei Kilometer weit in den See hinausgezogen. Um 12 Uhr 25 Min. erfolgte der Aufstieg. Langsam und sicher hob sich der Ballon bei erfrischendem Südwest, schlug zunächst die Richtung nach Konstanz ein und wandte sich dann Romanshorn zu, wo er längs des Gestades verschiedene sehr gut gelungene Manöver ausführte. Zwischen Romanshorn und Arbon erfolgte abermals eine Wendung seewärts Friedrichshafen zu. Der vor einer Stunde noch herrschende Südwestwind schlug allmählich in Nordwestwind um, so daß die Fahrt jetzt **gegen** den Wind ging. Um 2½ Uhr stand das Luftschiff wieder über Friedrichshafen, worauf es sich Konstanz zuwandte und alsbald den Blicken der Zuschauer entschwand. Der heutige Aufstieg ist nur ein Werkstättenaufstieg mit der umgeänderten und vergrößerten hinteren Steuerung, die sich bis jetzt als sehr günstig erwies. Größte Höhe betrug 300 Meter. Um 3½ Uhr schwebte der Ballon noch. Am Donnerstag beginnt voraussichtlich die große Fahrt nach Mainz.

Friedrichshafen, 29. Juni. (W. T. B.) Der Ballon des Grafen **Zeppelin** erreichte eine Durchschnittsgeschwindigkeit von 55,6 Kilometern. — Nur mit dynamischer Kraft ohne Ballastabgabe erhob er sich bis zu 250 Meter Höhe. Die Funkentelegraphie wurde vom Luftschiffe aus erprobt. Der Versuch hatte ein befriedigendes Ergebnis. Um 2¾ Uhr erfolgte in Höhe von Romanshorn eine Landung auf offenem See, die etwa eine Viertelstunde in Anspruch nahm. Das Zeppelinsche Motorboot begab sich dorthin, dann ging die Weiterfahrt des Ballons am Schweizer Ufer entlang bis ungefähr nach Rorschach. Von dort ließ er sich vom Winde nach Friedrichshafen treiben. Um 4½ Uhr befand er sich auf der Höhe von Manzell und führte dort verschiedene Wendungen aus, fuhr hierauf nach Konstanz, hatte dort ziemlich langen Aufenthalt, bewegte sich dann wieder am Schweizer Ufer entlang und ließ sich endlich um 6½ Uhr etwa drei Kilometer von der Halle auf den See nieder. Von dort wurde er durch das Motorboot in die Halle bugsiert.

Beerengift!

München, 29. Juni. (W. H.) Gestern nachmittag verbreitete sich in der Stadt das Gerücht von einem doppelten Lustmord. In einem benachbarten Walde wurden die Leichen eines elfjährigen und eines vierzehnjährigen Knaben gefunden. Eine ärztliche Untersuchung ergab, daß Vergiftung durch Beeren vorliegt.

Verantw. Redakt.: Georg Davidsohn, Berlin. Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Wirtschaftlicher Wochenbericht.

Berlin, 27. Juni 1908.

Lohnjunkturmacher — Diskontermäßigung und keine Unternehmungslust — Krise in Amerika.

Wenn man heute die Lage nach den Argumenten jener Leute beurteilen wollte, die vor einem Jahre noch jede Gefahr für ein starkes Abflauen des industriellen Beschäftigungsgrades leugneten, dann müßte man sagen: laßt alle Hoffnungen fahren! Angeblich handelte es sich nur um eine Störung im Umlaufprozeß des Geldes, hervorgerufen durch Spekulationen in den Vereinigten Staaten. Die Weltwirtschaftsmaschinerie war angeblich nur etwas ins Stocken geraten und sollte bald wieder ihren normalen Lauf haben. Sei die Panik in Amerika, die in Runs auf die Banken das äußere Gepräge erhielten, erst überwunden, dann auch bald die Versteifung des Geldmarktes und die kurz gehemmte Aufwärtsbewegung in der Gütererzeugung werde erneut einsetzen. So trösteten die Optimisten. Lange wartete man auf Erleichterung am Geldmarkt; die Kurse schnellten immer höher hinauf und erreichten bei uns einen Satz, den man seit dem Taumel nach dem französischen Milliardensegen nicht mehr gekannt. Und aller Vorhersage zum Trotz löste die Geldkrise in Amerika dort auch eine tiefeingreifende industrielle Krisis aus. Die Beschwichtigungsräte durften an dem Trost sich erquicken, daß sie nicht eben vorbeigeraten hatten: es war nämlich genau das Gegenteil des Angekündigten eingetreten. Aber nach außen gaben diese Wettermacher das Spiel des Schönmalens nie auf. Jeden Tag vertrösten sie auf morgen. Die Wirklichkeit, die harten Tatsachen stoßen sich nicht daran.

Die als Beginn eines neuen wirtschaftlichen Aufschwunges angekündigte Diskontermäßigung ist längst eingetreten. Die industrielle Belebung aber bleibt hartnäckig aus. Die Rohstoffverbände, teils wohl in Selbsttäuschung über die Lage am Weltmarkt, teils auch wohl zur Stütze ihrer Preispolitik, haben die Erzeugung bisher auf einen über den Verbrauch hinausgehenden Grad gehalten. Was dann, wenn sich zeigt, daß der Umschwung sich nicht auf Kommando einstellt? Dann muß die Einschränkung um so schärfer und unvermittelter einsetzen. Und die Folge? Die durch künstliche Mittel angeregte Unternehmungslust wird energisch abgeschreckt. Das Uebel wird größer. Hat man Hoffnungen auf eine baldige Ueberwindung der allgemeinen Krise gesetzt: auch dann war auf Sand gebaut! Fast ausnahmslos steht die gewerbliche Gütererzeugung und Unternehmungslust in allen Industriestaaten im Zeichen der Einschränkung und Zurückhaltung. Die Unternehmungslust, die die Hoffnung auf eine bessere Welternte auslösen könnte, stellt sich nicht ein, weil das Gefühl der Unsicherheit zu stark ist. Dazu treten noch Befürchtungen in bezug auf mögliche internationale Komplikationen in Europa. Aber selbst solche Kombinationen, die für Amerika nur anregend wirken können, haben dort noch keinen belebenden Einfluß ausgeübt.

Die industrielle Krisis in Amerika ist nicht, wie die kapitalistische Presse glauben machen will, am „Verlaufen", sondern noch in „voller Blüte". Ja, ihre Wirkungen machten sich in der letzten Zeit schlimmer fühlbar, als in den ersten Monaten. Der Kredit ist erschöpft, die Ersparnisse sind aufgezehrt. Und letztere waren, trotz der gepriesenen „Prosperität" der letzten Jahre, in bezug auf die Arbeiterklasse bedeutend geringer als in früheren Perioden, da selbst diejenigen Arbeiterkategorien, deren Löhne etwas gestiegen waren, infolge der stärker gestiegenen Lebensmittelpreise um so viel weniger imstande waren, Ersparnisse zurückzulegen. — Wie eine Untersuchung, welche seitens der New Yorker Schulbehörde veranstaltet worden ist, ergeben hat, ist die Ursache eines auffallend schlechten Gesundheitszustandes der Schüler Unterernährung. Der betreffende Stadtteil ist der Sitz der Bekleidungsindustrien (mit Ausnahme der Schuhindustrie), in der fast ausschließlich jüdische Arbeiter mit Herstellung der billigen Sorten Bekleidungsstücke beschäftigt sind, bei denen der „Shoddy" (Kunstwolle—Lumpentuch) eine Hauptrolle spielt. Und diese Industrien liegen noch immer dermaßen danieder, daß nur ein kleiner Teil der Arbeiter zeitweilig volle Beschäftigung hat, die Mehrzahl aber nur einige Tage in der Woche, während die Zahl der gänzlich Beschäftigungslosen in die Tausende geht.

Da sich der Absatz der Produkte dieser Industrien über da ganze Land erstreckt, so ist das Daniederliegen derselben der sicherste Beweis für die schlechte Lage derer regulären Abnehmer, das heißt der Arbeiter. Auch für die Kleinhändler macht sich die Krise immer mehr fühlbar. Diese machten zwar in den ersten Monaten durch Erhöhung der Lebensmittelpreise größere Profite (es ist eine „konstatierte Tatsache", daß bei Steigerung der Preise seitens der Großhändler die Kleinhändler noch einen größeren oder kleineren „Zuschlag" machen), aber der Rückgang im Umsatz glich das Plus nach und nach mehr wie aus.

In der letzten Zeit haben sehr viele Depositoren der New Yorker Sparbanken ihre Einlagen gänzlich oder zum großen Teil zurückgezogen, obwohl sie dadurch die Zinsen für das laufende Halbjahr verlieren. Diese Depositoren rekrutieren sich aber, besonders seit Eintritt der Krise, fast ausschließlich aus jenen kleinen Geschäftsleuten, und den verhältnismäßig wenigen Arbeitern, die während der „Prosperitätszeit" Ersparnisse in den Banken deponieren konnten.

Und daß es im übrigen Lande nicht besser steht als in New York, ist besonders aus den „Warnungen vor Zuzug" wegen Mangels an Beschäftigung in den Organen der diversen Gewerkschaften ersichtlich, speziell derer der Baugewerbe, in dem sonst um diese Zeit die größte Tätigkeit herrscht. — Ein weiteres Zeichen, daß die Krise sich nun auch in verstärktem Maße für den Mittelstand bemerkbar macht, sind die Nachrichten über „gestrandete" Theatergesellschaften, deren Existenz hauptsächlich vom Mittelstand abhängt. — Wie aus den Aufstellungen der Interstaatlichen Handelskommission ersichtlich, sind seit Eintritt der Krise über 400 000 Eisenbahnarbeiter abgelegt worden und es finden in den Reparaturwerkstätten und sonstigen Anlagen immer noch Entlassungen statt. In der kapitalistischen Presse werden, als ein Anzeichen des „Wiederaufschwunges", die von verschiedenen großen Bahngesellschaften gemachten oder projektierten neuen Bauausgaben angeführt. Die Sache liegt aber wesentlich anders. Jene Gesellschaften haben nämlich in den „Prosperitätsjahren" eine wahre Raubwirtschaft betrieben, indem sie auf das meistens riesig verwässerte Aktienkapital hohe Dividenden zahlten und dadurch ihre Anlagen vernachlässigten, und zwar in einer Weise, daß sich das Zugpersonal weigerte, gewisse Lokomotiven zu benutzen oder Bahnstrecken zu befahren wegen deren gefährlichen Zustandes. Jene Bauausgaben sollen nun dazu dienen, die Anlagen wieder in einen einigermaßen „annehmbaren" Zustand zu bringen.

Erklärlicherweise üben die Wahlen einen gewissen Einfluß auf die gewerbliche Tätigkeit aus. Der Vorstand der „Federation of Labor" hat in einer kürzlich stattgehabten Sitzung einen neuen „Feldzugsplan" entworfen, dahingehend, ein Komitee nach den bevorstehenden Nationalkonventionen der republikanischen und demokratischen Partei sowie der Hearstschen „Independence League" zu senden, um diese zu veranlassen, gewisse „Arbeiterforderungen" in ihr Programm aufzunehmen, wobei es sich besonders um eine „Blanke" bezüglich der richterlichen Einhaltsbefehle bei Streiks oder Boykotts der Arbeiter handelt. Diejenigen Parteien, welche dem Verlangen nachkommen, sollen bei den Wahlen die Unterstützung der Federation haben. Auf welche Weise letzteres geschehen soll, wenn alle drei oder doch zwei der Parteien darauf eingehen, ist nicht gesagt, wohl aber, daß die Federation im Falle der Ablehnung seitens aller drei Parteien eigene Kandidaten aufstellen würde. (Also auch in diesem Falle wird nicht an eine Unterstützung der sozialistischen Partei gedacht.)

Wenn auch die Erledigung der Wahlen eine gewisse Beruhigung und Anregung bringt und für diverse Spekulationen die Basis schafft, eine allgemeine Belebung kann sie nicht zur Folge haben. Anscheinend wird sich die Krise in Amerika noch bis in das nächste Jahr hinein als schleichende Krankheit behaupten. Und auch in Deutschland wird eine Aufwärtsbewegung des Wirtschaftslebens nicht früher zu erwarten sein. Dabei ist nicht ausgeschlossen, daß es vorläufig, wenigstens in einzelnen Industrien, noch weiter bergab geht und der tiefste Punkt des Rückganges noch nicht erreicht ist.

Eulenburg vor den Geschworenen.

Der Meineidsprozeß gegen den Fürsten Philipp zu Eulenburg und Hertefeld nahm gestern vor dem Schwurgericht des Landgerichts I seinen Anfang. Schon lange vor der auf 11 Uhr angesetzten Terminsstunde entwickelte sich im alten Kriminalgerichtsgebäude ein ungewöhnliches Drängen und Hasten. Die ersten zur Stelle waren die Journalisten, für die im Schwurgerichtssaal etwa 50 Sitze zur Verfügung gestellt waren. Es befinden sich darunter zahlreiche Vertreter der ausländischen Presse. Der Eingang zum Gerichtsgebäude wurde von einem Schutzmannsaufgebot bewacht, durch welches alle die Neugierigen, die da wähnten, dem forensischen Drama beiwohnen zu können, aber Zutrittskarten nicht besaßen, energisch zurückgewiesen wurden. Der Zuhörerraum und die Logen waren bald dicht besetzt. Gegen 10½ Uhr traf der Angeklagte Fürst zu Eulenburg im elektrischen Krankentransportwagen vor dem Gerichtsgebäude ein. Er wurde in einem Liegestuhl hinaufgetragen und dieser wurde unmittelbar vor dem Verteidigertische niedergesetzt. Der Angeklagte wurde von seiner Gattin und seinen beiden Söhnen sorgsam mit einer Decke und einem Rückenkissen versehen und nahm hin und wieder medizinische Kräftigungsmittel zu sich. Er hat eine blasse Gesichtsfarbe, gibt sich aber sehr gefaßt.

Um 11 Uhr betreten die Geschworenen den Saal, unmittelbar darauf folgt das Richterkollegium. Den Vorsitz führt Landgerichtsdirektor Kanzow, Beisitzer sind Landgerichtsrat Methner und Landrichter Eichholz. Als Ersatzrichter ist Assessor Dr. Albrecht zur Stelle. Die Anklage wird vom Oberstaatsanwalt Geh. Oberjustizrat Isenbiel vertreten; zu seiner Unterstützung nimmt Referendar Dr. Rust hinter ihm Platz. Die Verteidigung führen die Rechtsanwälte Justizrat Bronker und Chodziesner. Der Verhandlung wohnt Generalstaatsanwalt Dr. Wachler bei. Am Verteidigertisch nehmen zwei Stenographen Platz, die die Verhandlungen für den Angeklagten aufnehmen sollen.

Der Vorsitzende Landgerichtsdirektor Kanzow eröffnet die Verhandlung mit den Worten:

Ich eröffne die heutige Verhandlung der Strafsache gegen den Fürsten zu Eulenburg und Hertefeld wegen Meineids und Verleitung zum Meineid. Verletzter in der Sache ist der Schriftsteller Maximilian Harden.

Als Geschworene

werden ausgelost folgende Herren: Sattlermeister Josef Bögner, Kommerzienrat Josef Schloßmann, Fabrikbesitzer Ernst Schäffer, Ingenieur Heinrich Timm, Fabrikant Oskar Hoefig, Fabrikbesitzer Julius Spiesicke, Kaufmann Friedr. Schäfer, königl. Hoflieferant Herm. Heinrich, Chemiker Dr. Ludwig Jablonski, Fabrikant Paul Drieschel, Fabrikant Max Friedrich, Fabrikbesitzer William Neumann. Als Ersatz-Geschworene wurden ausgelost: Billardfabrikant Dannenberg, Rittergutsbesitzer Lyon, Buchhändler Treff und Rendant Strubel.

Als Zeugen

sind folgende Personen vorgeladen: Milchhändler Georg Riedl-München, Fischer Jakob Ernst-Starnberg, Rendant Albert Geritz-Liebenberg, Hofrat Karl Kistler-München, Polizeikommissar Gustav Steinhauer-Potsdam, Masseur Karl Podehn-Charlottenburg, Dr. med. Magnus Hirschfeld-Charlottenburg, Dr. Adolf v. Wilke-Wilmersdorf, Rentier Ludwig Schwulst-Berlin, Betriebsdirektor Wilhelm Schunig-Berlin, Korrespondent Stanhope, Amtsvorsteher Hasemann Wildenburg (Kreis Templin), Handelsmann Hermann Borchardt-Falkenthal, Leibjäger Emanuel Bartsch-Liebenberg, Bergmann Karl Trost-Wanne, Frau Ludwine Bauerreiß-München, Steinschläger Josef Pankgratz-München, Pächterfrau Anna Bader-Landsberg am Lech, Klavierträger Nepomuk Schömmer-München (fehlt), Oberlandesgerichtsrat Wilhelm Meyer-München, Justizrat Bernstein-München, Rechtsanwalt Max Prager-München, Baron v. Wendelstedt-Neuburem, Polizeikommissar Seuffert-München, Fischer Franz Schropp-Starnberg, Frau Marie Zanke, Ernst Lewin, Kaufmann Lange, Graf v. Wilczek-Wien, Freiherr Albert v. Rothschild-Wien, Hausverwalter August Krohs-Wien, Kunstmaler Professor Otto Seitz-München, Kunstmaler Professor Hermann Kaulbach-München, Graf Ferdinand v. Sporkin-Starnberg, Kammerherr v. Gerstenberg-Zach-Berg-Sulza, Oberhofmarschall Graf Eulenburg-Potsdam, Vizeoberstallmeister Baron v. Esebeck-Potsdam, General z. D. v. Leczynski-Repten (Kreis Betschau), Graf Siegmund zu Eulenburg-Liebenberg, Geh. Justizrat Laemmel-Neu-Ruppin, Sanitätsrat Dr. Gennrich-Liebenberg, Fürstin zu Eulenburg-Liebenberg, Fischer Josef Grad-Starnberg, Berichterstatter Ahrens, Graf Kuno v. Moltke-Groß-Peterwitz (Schlesien), Oekonom Bernhard Beuttler-Wieling, Schlossermeister Josef Rieder-

Kleines Feuilleton.

Die Mückenplage. Das laufende Jahr ist für viele Gegenden entschieden als sogenanntes „Mückenjahr" zu bezeichnen. Die Verschärfung der Mückenplage hängt wohl vielfach mit den Wetterverhältnissen zusammen, doch kommen sicherlich auch noch andere, wenig erforschte Gründe in Betracht. Die Mücken treten unter den verschiedensten Breiten oft geradezu in erschreckenden Massen auf, und in einzelnen Gebieten ist ein von Jahr zu Jahr fortschreitendes Anwachsen ihrer Zahl festzustellen. Nach der Meinung der Blätter für Volksgesundheitspflege ist in Deutschland der Mittelrhein sowie ein Teil der Umgebung Berlins besonders schlimm daran. Selbst der Winter bringt keine vollständige Erlösung, da innerhalb der Häuser die Plage weiterglimmt. Im Süden freilich trägt sie einen noch viel schlimmeren Charakter, da verschiedene Arten der Mückengattung Anopheles die Ueberträger der Malaria, des Gelbfiebers, der Schlafkrankheit und sonstiger gefürchteter tropischer Krankheiten sind. Die Stechmücken unserer Breiten gehören im allgemeinen nicht zur Gattung Anopheles, obgleich auch diese z. B. in der Umgebung Berlins vertreten ist, gleichwohl sind auch sie nicht allein ihrer Lästigkeit wegen, sondern auch als Krankheitsüberträger zu fürchten. Ihre ungeheuere Fortpflanzungsfähigkeit gibt dieser Furcht eine weitere Stütze. Eine einzige Mücke vermag sich bis zum folgenden Winter im Verhältnis von 1 : 7½ Millionen zu vermehren, und wollte man rein theoretisch, ohne Beachtung der Verluste, rechnen, so käme man auf das Verhältnis von 1 : 4 Billionen. Die Bekämpfung der Mücken ist daher ein hygienisches Problem von außerordentlicher Wichtigkeit. Die Methoden, die dabei zur Anwendung gelangen, scheiden sich nach den Entwickelungsformen der Stechmücke: Ei, Larve, Puppe, Insekt, in solche, die entweder die Vorstadien oder das ausgeschlüpfte Tier betreffen. Die ersteren haben sich als zweckdienlicher erwiesen. Die Grundbedingung ihres Gelingens ist, daß sie innerhalb größerer Bezirke gleichmäßig durchgeführt werden, so daß nur durch behördliche Maßnahmen erhebliche Erfolge erzielt werden können. In Deutschland ist dies namentlich seitens der Stadt Breslau geschehen, wo der Vorstand des hygienischen Instituts, Prof. Flügge, folgenden Kriegsplan ausgearbeitet hat. Vor allem sind durch städtische Desinfektoren im Winter und Vorfrühling Keller, Erdgeschosse, Schuppen usw. nach eiertragenden Weibchen abzusuchen, die mit einer Raupen- oder Lötlampe abgebrannt oder durch Räuchermittel, wie Chrysanthemumpulver — das jedoch wegen seiner Feuergefährlichkeit und der Wirkung auf die Halsschleimhäute vorsichtig zu verwenden ist — oder besser durch Tabak-Räucherpulver, vernichtet werden. Noch wesentlicher vielleicht ist die Ausrottung der Larven und Puppen in Tümpeln, Bassins, Regentonnen usw. In Breslau wird dazu das aus Gallol hergestellte „Larvicid" verwendet, wovon etwa 3 Gramm auf das Kubikmeter Wasser genommen werden. Zur Ausführung dieser Arbeit wurden in Breslau die Feuerlöschmannschaften verwendet. Das „Larvicid" vernichtet jedoch nur die Larven, nicht auch die Puppen. Um beider Herr zu werden, sind verdächtige Wasserflächen mit einer dünnen Schicht von Petroleum, Saprol oder Vessol zu bedecken, wodurch die Larven und Puppen von der Atemluft abgeschnitten werden und ersticken. Wo diese Mittel nicht angewendet werden können, z. B. bei fischhaltigen Wassern oder solchen, die als Viehtränke dienen, tut eine Decke rasch wuchernder Wasserlinsen den gleichen Dienst. Da die Mücken sich stets nur aus stehendem Wasser entwickeln, ist soweit als möglich das Austrocknen von Tümpeln, Sümpfen usw. vorzunehmen oder die Anlage entsprechender Verbindungen durch Zuflüsse und Abflüsse vorzusehen, in die nebst Fischen auch andere Mückenfeinde, wie Wasserläufer, Rückenschwimmer und Libellen eingesetzt werden sollen. Eine Verminderung der Plage liegt jedenfalls im Bereich des Möglichen. Der einzelne kann zwar nicht viel erreichen, wohl aber das Zusammenwirken im Sinne einer gemeinsamen Organisation.

Musik.

Nun hat auch die Morwitz-Oper im Schiller-Theater O etwas wie eine Premiere herausgebracht. Dem Franzosen Adolphe Adam (1803—1856) war sie gewidmet. Reich an blühender Grazie der Melodien und Rhythmen, unbekümmert um eine Durcharbeitung all dessen, was sonst noch die Tonkunst verlangt, sicher in seiner Routine und im Verständnis der Routine von Textdichtern: so hat er mit seinem „Postillon von Lonjumeau" und mit mehreren anderen Opern der „komischen" Gattung den Bühnenfreunden süße Leckerbissen gegeben. Die romantisch-komische Oper „Wenn ich König wäre!" war bisher in Deutschland noch unbekannt; und Paul Wolff tat gut daran, sie eigens für die Morwitz-Oper deutsch zu bearbeiten und sie als Dirigent dort aufzuführen. Die Uebersetzung hört sich fließend an, auch wenn man die Aenderung des Titels in „König für einen Tag" für unnötig hält.

Im ostindischen Königreiche Goa wünscht ein armer Fischer, einmal König zu sein. Ahnungslos sieht seinen Wunsch erfüllt, macht sich auch bald zum Herrn der Situation, verständigt sich mit des Königs Cousine, die er einst mit dem selbstverständlichen gegenseitigen Liebeserfolg aus dem Wasser gerettet, und rettet sogar das Vaterland aus den verräterischen Anschlägen eines Prinzen, der ebenfalls die Cousine haben möchte. Zwar erwacht der Arme am nächsten Tage wieder in seiner Hütte; doch durch Cousine und Routine wendet sich noch alles zum Guten — auch für ein Neben-Liebespaar, dessen Zankduett zu den hübschesten Proben heiterer Opernkunst gehört.

Das alles ist nun freilich, in Wort und Ton, mehr aneinandergereiht als ineinander dramatisiert. Allein eine gute Geschicklichkeit fügt die Bestandteile leidlich zusammen; man kann sich vielfach freuen und hat sich denn auch daß gefreut.

Was aber würde der Kritiker tun, wenn er einmal König wäre? Vor allem würde er seine zwei Augen und Ohren so nachsichtig zudrücken, daß er allen an der Aufführung Beteiligten ein glänzendes Zeugnis ausstellen könnte, und zwar nicht bloß ob des guten Willens einer volkstümlichen Oper. Sodann aber würde er die gegenwärtig durch Bayreuther Verdienst erreichte Kunst des musikdramatischen Sanges und Spieles hernehmen und sie auf den „alten Adam" anwenden, um eines „neuen Adams" willen. Würde auch bei der oberflächlichen Orchesterpartitur und bei dem gleichmäßigen Orchesterspiel „Leben in die Bude bringen". Würde dann unter den Sängern auf die Opernsoubrette Margarete Koch hinweisen, um den anderen zu zeigen, was Betonung ist, und um dem Darsteller des Königs beizubringen, daß Temperamentlosigkeit kaum irgendwo schwerer zu ertragen ist als auf der Bühne, zumal bei einem so anmutig sprudelnden Stück. Würde den „Berliner Volkschor" bitten, den Opernchor zu verstärken und die „Freie Volksbühne" bitten, eine Einführung zu schreiben, die u. a. auch von dem eigentümlichen Reize verschiedener Tenorpartien in Adams Oper, und wie sich die Sänger damit abfinden, erzählen könnte. Würde sogar dem Publikum sagen, daß man selbst bei einer Sommeroper nicht während der Musik schwätzt und nicht in die Musik hinein klatscht. Würde überhaupt für Volkstümlichkeit auch durch Kunstbildung sorgen. sz.

Humor und Satire.

— Der Handschuh und die Anstiftung! In dem Soldatenmißhandlungsprozeß, der sich in Berlin gegen den Sergeanten Balk und Genossen vom 4. Garderegiment zu Fuß abspielte, sind von den Verteidigern einige goldene Worte gesprochen worden. Der eine Verteidiger behauptete, Soldaten, die künftig einmal in die Schlacht gehen sollten, könnten nicht mit Glacéhandschuhen angefaßt werden. Wie richtig, wie wahr, wie weise! Soll man die dreckigen Kerls mit Glacéhandschuhen, womöglich mit weißen, anfassen? Das darf mit Rücksicht auf die Glacéhandschuhe der Vorgesetzten nicht sein; man würde die Kerls ja sonst der Bestrafung wegen Achtungsverletzung gegenüber einem vorgesetzten Glacéhandschuh aussetzen. Ein anderer Verteidiger meinte, die geistig und körperlich schwachen Mannschaften fordern zu den Mißhandlungen geradezu heraus. Unerhört von den schlappen Kerls! Wie können sie es wagen, Vorgesetzte herauszufordern? Das ist an sich schon strafbar. Aber auch sonst vergehen sie sich gegen das Strafgesetzbuch; sie reizen ihre Vorgesetzten direkt zu den Mißhandlungen; sie stiften sie dazu an, sind also wegen Anstiftung zur Körperverletzung zu bestrafen. Deshalb müssen erst die Gemißhandelten ins Loch und dann erst die armen Verführten, die Mißhandelnden!

— Wahres Geschichtchen. Die Kommandeuse einer kleinen Garnison, berlt—hmt durch die Aufmerksamkeit, die sie dem richtigen Gang „ihrer" Mannschaften schenkt, von denen schon viele ihre drei Tage Mittel der Gnädigen verdanken, kommt zum Zug zu spät. Sie macht dem Stationsvorsteher Vorhalt, daß die Stationsuhr falsch gehe, was dieser zurückweist. Als das der Dame nicht genügt, meint er: „Na, wir können die Uhr ja auch mal drei Tage in Mittelarrest stecken, vielleicht geht sie dann besser.". („Jugend.")

Notizen.

— Kein kaiserlicher Bildhauer. Das Virchow-Denkmal mag entwerfen, wer will; ich tu nicht mehr mit. — So ungefähr hat Bildhauer Fritz Klimsch dem Komitee, das ihn um einen neuen Entwurf anging, geantwortet. Er hat keine Lust mehr, für ein Komitee zu arbeiten, dessen Entscheidungen schließlich — ein anderer trifft. Jetzt ist Platz für die kaiserlichen Bildhauer.

— Musikchronik. Im Neuen kgl. Opernhause wird am 1. Juli unter Leitung von Hermann Gura eine Sommeroper eröffnet, die u. a. auch für diesen Fall von der Intendanz freigegebene Wagneropern bringen wird.

Starnberg, Hausmeister Franz Daude-Starnberg, Gendarmeriewachtmeister Schöpf-Schwarzenberg am Wald, Geheimer Hofrat Karl Schacht-München, Vizewachtmeister Rogati-Tutzing, Bürgermeister Rettenberg-Starnberg, Bahnmeister Goegerle-Starnberg, Kriminalkommissar Dr. Kopp-Berlin, Kriminalkommissar v. Treskow-Berlin, Kriminalschutzmann Müller und Kriminalschutzmann Tietze, Frau Kati Schönfeld, Wirtschafterin Frau Klinkfeld, Oberbrenner Goy.

Als medizinischer Sachverständiger ist Medizinalrat Dr. Hoffmann erschienen.

Beim Zeugenaufruf fehlen Oberhofmarschall Graf Eulenburg, der sich schriftlich entschuldigt hat, und Professor Hermann Kaulbach, der krank ist und ein Attest eingereicht hat.

Der Vorsitzende Landgerichtsdirektor Kanzow macht die Zeugen eindringlich auf die Heiligkeit des Eides aufmerksam. Weder Groll und Haß noch Liebe, Dankbarkeit und Anhänglichkeit zu dem Fürsten Eulenburg dürfte die Zeugen verleiten, von der Wahrheit abzugehen. Auch die Scham über frühere Vergehen darf die Zeugen nicht veranlassen, irgend etwas zu verschweigen. Wir Richter sind auch Menschen, wir ziehen den Menschen nicht aus, wenn wir die Robe anziehen. Der Vorsitzende ermahnt zum Schluß noch besonders den aus dem Gefängnis Tegel vorgeführten Zeugen Schriftsteller Brand zur Heilighaltung des Eides. Er macht ferner die Fürstin Eulenburg und die Söhne des Fürsten darauf aufmerksam, daß sie ihr Zeugnis verweigern dürfen.

Sodann richtet der Vorsitzende

an die Geschworenen

folgende Worte: Meine Herren! Unanfechtbar ist der Richter, er steht auf einem Felsen, auf dem Felsen seiner Ueberzeugung, nur ihr hat er zu folgen, ohne Ansehen der Person und des Standes! Sie haben sich Ihre Ueberzeugung zu bilden aus dem Inbegriff der Verhandlung. Ueber diese Anklagesache ist viel gesprochen, geschrieben und gedruckt worden, manches zugunsten, manches zuungunsten des Herrn Angeklagten. Sie müssen alles Derartige auslöschen und die Bilder der Verhandlung auf sich wirken lassen, von Anfang bis zu Ende. Wenn ich, meine Herren Geschworenen, einen Punkt nicht klargestellt haben sollte, was ja auch einmal vorkommen kann, dann bitte ich mich durch Gebrauch Ihres Fragerechts zu unterstützen. Es soll hier alles bis ins Kleinste aufgeklärt werden; machen Sie also von diesem Fragerecht Gebrauch. Dieses bezieht sich aber nur auf an Zeugen und Sachverständige zu richtende Fragen. Fragen an den Angeklagten zu richten, habe nur ich das Recht und ich werde dieses Recht wahren. Herr Angeklagter, ich gestatte Ihnen, während der Verhandlungen sitzen zu bleiben. Auf einen Kranken wird jeder Rücksicht nehmen und der Gerichtshof nimmt diese Rücksicht auch.

Die Fragen nach seinen

Personalien

beantwortet der Angeklagte wie folgt:

Ich heiße Philipp Fürst zu Eulenburg und Hertefeld. Ich bin am 12. Februar 1847 zu Königsberg i. Pr. geboren, verheiratet mit Auguste, Freiin von Sandelz. Ich habe nach dem Abgang von der Schule zunächst gedient, das Offizierexamen gemacht und dann mich beurlauben lassen, um das Abiturientenexamen nachzumachen. Ich habe dann in Berlin und Leipzig studiert. Als Offizier habe ich den Feldzug 1870 mitgemacht und mir das Eiserne Kreuz erworben. Nachdem ich mein Universitätsverhältnis beendet hatte, habe ich mein Referendar- und mein Doktorexamen gemacht. Ich wurde sodann, nachdem ich praktisch gearbeitet hatte, in den diplomatischen Dienst übernommen, habe mein diplomatisches Examen gemacht, als Legationssekretär kam ich nach Dresden, Stockholm, Paris, sodann wurde ich Legationssekretär in München. Als solcher war ich dort 1881—1886 oder 1887. In diesem Jahre wurde ich Legationsrat, dann bin ich 1888 zum Gesandten an den Höfen von Braunschweig und Oldenburg ernannt, bin dann Gesandter in Stuttgart geworden und dann wieder Gesandter in München im Jahre 1891. Dort war ich bis 1894. Dann wurde ich Botschafter in Wien und blieb dort vom Jahre 1894 bis 1902. Ich wollte wegen schwerer Erkrankung, die bereits in den letzten Jahren des vorigen Jahrhunderts eingetreten war, aus dem Amte scheiden, doch wollte Se. Majestät mir nicht gestatten, meinen Abschied schon damals zu nehmen, sondern es sollte versucht werden, durch Urlaub und Gebrauch von Bädern Aenderungen in meinem Gesundheitszustande herbeizuführen. Sie traten aber nicht ein. Im Jahre 1902 bin ich aus dem Dienst geschieden, aber noch zur Disposition geblieben. Endgültig bin ich 1907 aus dem Dienst geschieden. Ich habe acht Kinder gehabt, zwei davon habe ich durch den Tod verloren. Die noch lebenden sind geboren in den Jahren 1879, 1880, 1881, 1885 und 1886.

Der Vorsitzende verliest hierauf den

Eröffnungsbeschluß,

in dem es heißt: „Auf Antrag der königl. Staatsanwaltschaft wird gegen den Fürsten Philipp zu Eulenburg und Hertefeld, welcher hinreichend verdächtig erscheint, im Dezember 1907 durch zwei selbständige Handlungen 1. in Berlin vor der 4. Strafkammer des Landgerichts I einer zur Abnahme von Eiden zuständigen Behörde den vor seiner Vernehmung geleisteten Zeugeneid wissentlich durch ein falsches Zeugnis bekräftigt zu haben, 2. es unternommen zu haben, den Fischer Jakob Ernst zu Starnberg zur Begehung eines Meineides zu verleiten, Verbrechen gegen die §§ 154, 159, 161 und 74 Strafgesetzbuch, das Hauptverfahren eröffnet."

Isenbiel fordert Ausschluß der Oeffentlichkeit.

Oberstaatsanwalt Dr. Isenbiel: Ich stelle den Antrag auf Ausschluß der Oeffentlichkeit und zwar im weitesten Sinne. Es wird sich hier nur darum handeln, unzüchtige Handlungen zu erörtern, welche der Herr Angeklagte früher vorgenommen haben soll. Es liegt also, wie eigentlich keiner weiteren Begründung bedarf, ohne weiteres im Interesse der Sittlichkeit, daß derartige Erörterungen nicht vor der Oeffentlichkeit stattfinden. Ich weiß sehr wohl, daß in weitesten Kreisen, namentlich von der Presse, dieser Antrag auf das schärfste gemißbilligt werden wird. Ich weiß, daß man gesagt hat, die Justizverwaltung habe eigentlich kein dringenderes Interesse, als diese Sache, die so viel Aufsehen, so viel Erregung in der ganzen Welt verursacht habe, in der breitesten Oeffentlichkeit zu verhandeln. Ich kann mich dem hohen Gewicht dieser Gründe keineswegs verschließen, ich glaube aber, daß doch überwiegende Gründe für meinen Antrag und gegen die Verhandlungen in der Oeffentlichkeit sprechen. Zu verheimlichen haben wir nichts. Wir haben von dem großen Material, welches Herr Maximilian Harden unzweifelhaft besessen und uns zugeführt hat und von dem Material, welches wir selbst gesammelt und erworben haben, alles erwogen bis auf den kleinsten Punkt. Wir haben hinein geleuchtet in die dunkelsten Ecken und Winkel und haben überall hin das Licht gebracht, was nach menschlichen Kräften gebracht werden kann. Zu verheimlichen ist nichts. Ich würde der Beweisaufnahme vorgreifen, wenn ich über das Ergebnis dieser Untersuchungen etwas hier mitteilen wollte. Ich kann aber wohl das schon jetzt behaupten: das meiste, was ermittelt worden ist, ist in der breitesten Oeffentlichkeit bereits bekannt und bis zum Ueberdruß erörtert worden. Aber es spricht doch das Gewicht der Sittlichkeit auch dafür, daß nicht immer und immer wieder dieser Schmutz in das Volk hineingetragen wird; es spricht das Gewicht der Sittlichkeit dafür, daß das möglichst vermieden wird. Es sprechen fernerhin noch zwei sehr große gewichtige Gründe dafür, hier nicht in der Oeffentlichkeit zu verhandeln, das ist das Interesse des Herrn Angeklagten, und wenn man das nicht gelten lassen will, das Interesse der zahlreichen Zeugen, die hier über Neigungen, Verfehlungen und alles andere Zeugnis ablegen sollen. Man kann uns auch nicht entgegenhalten: die Oeffentlichkeit ist die beste Kontrolle der Verhandlungen, denn die Oeffentlichkeit ist doch in einem Schwurgericht, in einem Volksgericht im besten Sinne des Wortes, nach allen Richtungen gewahrt. Wenn wirklich im großen Publikum, was ich nicht annehmen will und kann, ein Mißtrauen gegen die Justizverwaltung herrschen sollte, so wird die notwendige Kontrolle in diesem Prozeß ausgeübt werden von den Volksrichtern, die allein über Schuld und Unschuld des Angeklagten zu entscheiden haben.

Unter diesen Umständen muß ich Sie bitten, über meinen Antrag auf Ausschluß der Oeffentlichkeit im weitesten Sinne zu beraten und zu entscheiden.

Die Verteidiger für den Antrag.

Justizrat Wronker: Die Verteidigung spricht sich nicht gegen den Antrag des Oberstaatsanwalts aus. Nur in einem Punkte differieren wir mit seinen Ausführungen: Wir sind der Ansicht, daß es eigentlich im natürlichen Interesse des Fürsten Eulenburg liegen würde, wenn öffentlich verhandelt würde, damit endlich einmal eine objektive Berichterstattung an die Stelle derjenigen Publikationen tritt, die in einseitiger ungünstiger Weise sich mit dem Fall beschäftigt haben. Dennoch hat in diesem Saale nur eine Stimme zu erschallen, die Stimme des Gesetzes, nur eins hat zu entscheiden: Das Recht. Da müssen wir die Privatinteressen des Fürsten unterordnen dem öffentlichen Interesse. Das öffentliche Interesse erheischt für jeden unbefangen Urteilenden, daß nicht öffentlich verhandelt wird, weil die Dinge, die hier verhandelt werden müssen, Dinge sind, die für ein keusches Ohr, für das Ohr der Oeffentlichkeit, nicht bestimmt sind. Das Gesetz schreibt vor, daß u. a. die Oeffentlichkeit ausgeschlossen werden kann, wenn eine Gefährdung der Sittlichkeit zu besorgen ist. Die Verteidigung steht auf dem Standpunkt, daß die Sittlichkeit gefährdet wird, wenn die Dinge, die hier verhandelt werden müssen öffentlich verhandelt werden.

Verteidiger Rechtsanwalt Chodziesner: Es ist ein sehr folgenschwerer Antrag, folgenschwer aus dem Grunde, auf den der Herr Oberstaatsanwalt bereits hingewiesen hat. Es ist hineingeleuchtet worden in alle Ecken, es sind Dutzende und Aberdutzende von Zeugen vernommen; es sind, was der Herr Oberstaatsanwalt nicht erwähnt hat, Haussuchungen und Durchsuchungen vorgenommen. Es sind in einem Teile der Presse Ausführungen gemacht worden, die geeignet sind, die öffentliche Meinung gegen den Angeklagten einzunehmen, und deshalb wird es im dringendsten Interesse des Herrn Angeklagten liegen, daß diese Dinge und Ausstreuungen in der Oeffentlichkeit widerlegt werden, diese falschen Gerüchte, falschen Behauptungen, diese geradezu aus den Fingern gesogenen Dinge! In einer angesehenen Berliner Zeitung hat gestanden: Ein Operettensänger F. sei verhaftet worden, dieser sei ein Freund des Fürsten Eulenburg, und man habe auf seinem Schreibtisch ein Bild des Fürsten gefunden. Der Herr kennt aber den Fürsten nicht einmal dem Bilde nach. Bei einer bei ihm abgehaltenen Haussuchung hat man nicht ein Bild des Fürsten vorgefunden, sondern das Bild eines Mannes, der Herrn Maximilian Harden sehr nahe steht; es war ein Kartenbild. Ich schließe mich dem Antrage auf vollen Ausschluß der Oeffentlichkeit an.

Vorsitzender Landgerichtsdirektor Kanzow: Herr Angeklagter, wie stellen Sie sich zu dem Antrage?

Angeklagter Fürst zu Eulenburg: Ich stehe auf dem Standpunkt meiner Verteidiger.

Der Ausschluß der Oeffentlichkeit wird verfügt.

Der Gerichtshof zieht sich hierauf zurück. Nachdem er wieder den Saal betreten, verkündet Landgerichtsdirektor Kanzow unter anderem: Es ist vom Oberstaatsanwalt auch das Interesse des Angeklagten und der Zeugen geltend gemacht. Beides kann für das Gericht nicht entscheidend sein. Entscheidend kann nur das Gesetz sein, welches vorschreibt, daß bei Gefährdung der Sittlichkeit die Oeffentlichkeit auszuschließen ist. Der Angeklagte hat beschworen, daß er Schmutzereien nicht begangen hat, die Anklage behauptet, daß das unwahr ist und eine Reihe von Tatsachen wird angeführt, mit denen bewiesen werden soll, daß der Angeklagte geschlechtliche und zwar nicht normale Handlungen vorgenommen hat. Das müssen die Geschworenen sehr eingehend prüfen, wir müssen jeden einzelnen Vorgang sehr eingehend behandeln. Ein Teil der Handlung ist schon öffentlich bekannt geworden. So wünschenswert auch die öffentliche Kontrolle und Kritik ist, so ist doch dieser Fall geradezu ein Musterbeispiel dafür, daß die Sittlichkeit in Gefahr gesetzt werden kann, weil nämlich eine Reihe von Handlungen eingehend erörtert werden muß, die für keusche Ohren, wie schon die Verteidigung anführte, nicht bestimmt sind. Der Gerichtshof hat deshalb beschlossen: Es wird für die Dauer der Verhandlung die Oeffentlichkeit ausgeschlossen. Es könnte sich nun fragen, ob die Presse zuzulassen sei. Nun kann man sagen: Auch bei verschlossenen Türen gibt es Schlüssellöcher. Es ist nicht ausgeschlossen, daß von irgendeiner Seite einseitig gefärbte Berichte aus dem Saale in die Oeffentlichkeit gelangen. Ja, man könnte sagen, es wäre besser, daß eine objektive Berichterstattung zugelassen wird, aber wir müssen erwägen, daß das Gericht etwa 50 Karten für die Presse ausgegeben hat. Wenn wir nun die Oeffentlichkeit ausschließen und die 50 Herren im Saale lassen, so wäre das eine Halbheit. Es lagen sodann dem Gerichte eine Reihe von Anträgen von Richtern, Kammergerichtsräten, Referendaren, einem berühmten Professor der Universität (Anscheinend ist der im Zuhörerraum anwesende Professor Dr. Kahl gemeint. Der Referent.) um Zulassung zur Verhandlung vor. Das Gericht hat folgendes erwogen: Der Fall liegt juristisch nicht so, daß die Herren Referendare etwas besonderes lernen könnten (Heiterkeit). Der Prozeß könnte nur psychologisch interessant sein, würde aber mehr Wert haben für die Herren, die dauernd anwesend sein können. Der Herr Professor und die Herren Kammergerichtsräte haben bei ihren Anträgen zu erkennen gegeben, daß sie nicht dauernd zugegen sein können. Das geht aber nicht, daß einer mal kommt und dann wieder weggeht. Dagegen wird den nicht ausgelosten Herren Geschworenen ebenso dem Regierungsrat Lindig, als Vertreter des Chefs der Kriminalpolizei und den beiden Stenographen des Herrn Angeklagten, die Anwesenheit im Saale gestattet.

Das Publikum muß hierauf den Saal verlassen Die Verhandlung wird hinter verschlossenen Türen weitergeführt.

Soziales.

Gegen den Zirkusdirektor Busch

richtet sich eine Klage des Bereiters B., durch welche Schadenersatz in Höhe von 3053 M., sowie vom 8. April 1908 ab eine monatliche Rente von 70 M. beansprucht wird. Gestern stand in der Sache Termin an vor der Kammer 6 des Berliner Gewerbegerichts unter Vorsitz des Magistratsrats Wölbling. Der Kläger machte zur Begründung seiner Klage folgendes geltend: Im Herbst 1906, als er Bereiter im Zirkus Busch gewesen sei, habe des Beklagten Oberregisseur, Herr Burkhardt-Fottit, an ihn das Ansinnen gestellt, bei der Probe zur Pantomime „Rom" auf dem ungesattelten Pferd von einer Brücke ungefähr 2½ Meter hoch herabzuspringen. Er habe darauf hingewiesen, daß zu diesem gefährlichen Sprunge doch wohl ein jüngerer und leichterer Bereiter verwendet werden könne. Er sei damals 29 Jahre alt, schon verheiratet und Vater von drei Kindern gewesen. Fottit hab ihn jedoch nicht dispensieren wollen und habe ihn wegen der Weigerung, den Sprung zu machen, in eine Strafe von 10 M. genommen. An diesem Tage sei der Bereiter Stern bei dem Sprunge gestürzt und habe sich eine Rippenverletzung zugezogen. Am folgenden Tage sei Kläger wiederum aufgefordert worden, den Sprung zu machen. Als er hiergegen wiederum vorstellig wurde, habe ihm Fottit eine Strafe von 20 M. und für den Fall der fortgesetzten Weigerung die Entlassung angedroht. Um nicht brotlos zu werden, habe er nun den Sprung gewagt. Uebrigens sei inzwischen bei demselben Sprunge auch der Bereiter Gabriel mit dem Pferde gestürzt und zu Schaden gekommen. Das habe Fottit nicht gehindert, die Probe fortzusetzen und auch ihm den Sprung zuzumuten. Sein Pferd sei nun dabei mit den Vorderbeinen eingeknickt, so daß er über den Widerrist und den Hals des Pferdes gerutscht sei. Bewußtlos sei er vom Platze getragen worden. Er habe sich eine Hodenquetschung und einen Beckenbruch zugezogen. Dafür trete er Beweis an. Erst sei er in ärztlicher Behandlung des Dr. Wend und alsdann im Virchow-Krankenhause vom 22. November 1906 bis zum 4. April 1907 gewesen. Er sei bis zum heutigen Tage nicht imstande, seinen früheren Dienst wieder aufnehmen zu können, und werde hierzu wahrscheinlich niemals, jedenfalls nicht vor Ablauf von fünf Jahren dazu in der Lage sein, weil die Oberschenkel steif und kraftlos geworden seien, und er in den Hüften noch Schmerzen verspüre. Für den erlittenen Vermögensschaden mache er den Beklagten verantwortlich. Er behaupte, der Oberregisseur Fottit habe im vollen Einverständnis mit dem Direktor Busch gehandelt. Aber auch, wenn dies nicht der Fall sein sollte, so würde der Beklagte trotzdem gemäß § 278 des Bürgerlichen Gesetzbuchs verantwortlich sein. Es wäre Sache des Beklagten gewesen, den höchst gefährlichen Sprung nicht ausführen zu lassen, namentlich nachdem vorher schon die beiden anderen Unglücksfälle vorgekommen waren. Oder es hätten geeignete Vorkehrungen getroffen werden müssen, die die Gefahr ausschlossen oder erheblich verminderten. Es widerspreche auch durchaus den guten Sitten, wenn der Dienstberechtigte von seinem Dienstangestellten Dienstleistungen gefährlicher Art verlange und für Schäden daraus nicht einträte. Es müsse deswegen die Verpflichtung zum Schadenersatz sogar als stillschweigend übernommen angesehen werden. Den erlittenen Vermögensschaden berechnet Kläger auf 3053 M. bis zur Klagezustellung. Außerdem glaubt er, von da ab auf eine laufende Rente von monatlich 70 M. Anspruch zu haben. Verschiedene Versuche, sich anderweit einen ausreichenden Erwerb zu schaffen, seien mißlungen.

Für den Beklagten, der durch einen Schriftsatz alles Wesentliche bestreitet, war der Sekretär Schmidt erschienen. Er meinte, daß Busch beim Vorliegen eines Unfalls im Sinne der klägerischen Angaben keinen Anlaß hätte, dem Kläger besondere Schwierigkeiten zu machen, da Busch gegen solche Unfälle bei der Allgemeinen Versicherungsgesellschaft versichert sei. Es werde aber die behauptete Höhe und Gefährlichkeit des Sprunges, der Zwang zur Ausführung usw. bestritten.

Das Gericht beschloß eine umfangreiche Beweisaufnahme über alle in Frage kommenden Punkte.

Die „Landplage" der galizischen Streikbrecher.

Die Löhne, welche die millionenreichen, oberschlesischen Industriemagnaten ihren inländischen Arbeitern zahlen, sind bekanntlich erbärmlich niedrig, die schlechtesten in der gesamten deutschen Industrie. Und doch sind sie den Unersättlichen in ihrer Profitgier noch viel zu hoch. Um sie zu drücken, besonders aber wenn sie die Bestrebungen der einheimischen Arbeiter nach Verbesserung ihrer Lebenslage unmöglich machen wollen, ziehen sie die geliebten Arbeitswilligen aus Galizien und Ruthenien heran. Zwar existieren ministerielle Erlasse, welche die Beschäftigung der Polen und Ruthenen in der Industrie im Interesse der Agrarier verbieten. Aber wo es sich um den Kampf des Kapitals gegen die Arbeit handelt, da sind die Interessen der Agrarier und der Industriellen solidarisch, und so handelt die Regierung nur „staatserhaltend", wenn sie Ausnahmen von ihren Verboten ganz allgemein zuläßt.

So ist das oberschlesische Industriegebiet von Galiziern und Ruthenen geradezu überschwemmt und täglich liest man in der unternehmertreuen Presse, selbst in der „Schlesischen Zeitung", daß diese Ausländer immer mehr zur Landplage werden, daß die Sicherheitsverhältnisse Oberschlesiens einen geradezu erschreckenden Tiefstand erreicht haben. Kaum ein Gerichtsbericht kommt aus dem Kohlenrevier, der nicht von Räubereien und Rohheitsvergehen der galizischen und ruthenischen „nützlichen Elemente" zu berichten wüßte.

So wurde am vorigen Mittwoch vor der Beuthener Strafkammer gegen einen Ruthenen Tomko Stanko verhandelt, der im Schlafhause der Maxgrube seine Arbeitskollegen durch Erbrechen ihrer Spinde völlig ausgeplündert hatte, wobei ihm neben vielen notwendigen Gebrauchsgegenständen und Kleidern auch eine große Masse wertlosesten Plunders zum Opfer fiel. Besonders bezeichnend war die Verhandlung durch das Auftreten eines ruthenischen Zeugen, der sein Alter einmal mit 14, dann wieder mit 18 Jahren angab, der nicht wußte, welcher Konfession er angehörte und nie eine Schule besucht hatte.

Aber die Beschäftigung dieser Leute bedeutet für die übrige Arbeiterschaft direkt auch eine Lebensgefahr. Auf Godullaschacht hatte man gewissenloserweise einem Ruthenen Roman Ostrowski den verantwortungsvollen Posten eines Anschlägers anvertraut, von dessen peinlicher Gewissenhaftigkeit die glatte Abwickelung der Menschen- und Kohlenförderung in den Fördertürmen abhängt. Eines Tages hatte Ostrowski entgegen seiner Instruktion, die er offenbar gar nicht verstanden hatte, die Förderschale falsch in die Höhe ziehen lassen und die Folge war, daß ein auf der Schale befindlicher Arbeiter dadurch zwischen Schachtmauerung und Schale geriet und zu Tode gequetscht wurde. In der Verhandlung vor Gericht wegen fahrlässiger Tötung, in der Ostrowski zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt wurde, hob der als Sachverständiger vernommene Gewerberat ausdrücklich „die schwere Ansteligkeit der Ruthenen" hervor. — Die Industriegewaltigen von Oberschlesien aber werden fortfahren, die „Landplage" weiter zu züchten zum Heile des unersättlichen Kapitals.

Prämien für Kassenbetrüger.

Der Ingenieur Bernekind zog den von ihm beschäftigten Arbeitern Krankenkassenbeiträge in Höhe von 218,85 M. vom Lohn ab, führte aber die Gelder nicht an die Krankenkasse ab. Für diese Straftat läßt das Gesetz Geldstrafe, Gefängnisstrafe, auch Ehrverlust zu. Die durch hohe Strafen gegen Preßsünder bekannt gewordene vierte Strafkammer des Landgerichts I hielt eine Strafe von — zwanzig Mark für ausreichend. Das ist, wie unsere Leser wissen, kein vereinzelter Fall auffallend milder Bestrafung von Leuten, die Arbeitergelder unterschlagen haben. Dieselbe Erscheinung wie in Berlin ist im Osten und Westen Deutschlands anzutreffen. Eine gleiche Erfahrung auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes hat bekanntlich zum Vorschlag einer Erhöhung der Strafandrohung in der Gewerbeordnungsnovelle geführt. Ob in der Kassengesetznovelle eine ähnliche Vorschrift Aufnahme finden wird, ist bei der lebhaften und ausschließlichen Heranziehung von Arbeitgebern zu den Reformarbeiten, leider kaum anzunehmen. Der Reichstag wird da nachhelfen müssen.

Kolossale Depotunterschlagungen und Veruntreuungen

des Bankiers Bernhard Kilz beschäftigten am Freitag in einer bis gegen Mitternacht dauernden Verhandlung das Schwurgericht des Landgerichts I unter Vorsitz des Landrichters Hesse. Der seit einem Jahr in Untersuchungshaft sitzende Bankier Bernhard Kilz, ein 49jähriger, bis dahin unbestrafter Mann, hatte sich wegen Konkursvergehen, Depotunterschlagungen in Höhe von etwa 500 000 Mark, Untreue, Betruges und Gläubigerbegünstigung zu verantworten. Mit ihm stand sein früherer Buchhalter, der Bankbeamte Karl Böhmert, vor den Geschworenen unter der Beschuldigung, den Kilz angestiftet zu haben, einen Tag vor dem Zusammenbruch des Geschäfts der Frau des Böhmert, die dem Angeklagten Kilz Wertpapiere anvertraut und erfahren hatte, daß sie lombardiert worden waren, für die gesamten Papiere den Kurswert auszuzahlen. — Das Urteil lautete auf drei Jahre Gefängnis unter Anrechnung von neun Monaten der erlittenen Untersuchungshaft. Der Angeklagte Böhmert wurde freigesprochen.

Gerichts-Zeitung.

Um die Verweigerung des ärztlichen Praktikantenscheins

handelte es sich bei einem Konflikt, der den ersten Senat des Oberverwaltungsgerichts beschäftigte. Die Medizinerin Fräulein Leuß machte ihr sogenanntes Praktikantenjahr in der chirurgischen Universitätsklinik Bonn ab. Nachdem sie dem Verlangen des Leiters, des Medizinalrats Professor Dr. Bier, sich persönlich abzumelden, nicht gefolgt war, wurde ihr schriftlich mitgeteilt, daß ihr ein Praktikantenzeugnis, gemäß der Prüfungsordnung vom 28. Mai 1901 nicht erteilt werde. Ihre Beschwerde beim Minister scheiterte wegen Fristversäumnis. — Fräulein Leuß klagte gegen Professor Bier auf Schadenersatz. Professor Bier hätte, meinte sie, das Zeugnis über ihre Beschäftigung als Praktikantin rechtswidrig verweigert. Es wären nur persönliche Gründe für ihn maßgebend gewesen.

Bevor es zur Verhandlung kam, erhob der Kultusminister zugunsten des Professors den Konflikt und machte geltend: Nach § 60, Ziffer 2, der in Betracht kommenden Prüfungsordnung vom 28. Mai 1901 könne der Leiter einer Klinik oder eines Krankenhauses die Erteilung des Praktikantenzeugnisses vornehmen oder versagen, letzteres, wenn er es für erforderlich halte. Also habe Professor Bier von einer ihm zustehenden Amtsbefugnis Gebrauch gemacht. Er habe auch nicht wider besseres Wissen gehandelt. Im Gegensatz zur Behauptung der Klägerin stehe fest, daß Geheimrat Dr. Bier die Klägerin so kennen gelernt habe, daß er sehr wohl ein Urteil darüber habe gewinnen können, ob sie sich zum ärztlichen Beruf eigne. Er habe Fräulein Leuß zu einer Oberkieferoperation herangezogen. Die Klägerin habe darauf an den Stationsarzt ein Schreiben gerichtet, in dem stehe, es sei eine Roheit, eine Dame zu solcher Operation hinzuzuziehen. Von diesem Schreiben habe Bier Kenntnis erhalten und daraus entnommen, daß Fräulein Leuß kein ausreichendes Verständnis für den ärztlichen Beruf habe. — — Zur Verhandlung über den Konflikt war Professor Bier selber erschienen. Er verwies unter anderem auf den erwähnten Brief der Klägerin, worin diese außer von der Roheit, eine Dame zu solcher Operation hinzuzuziehen, auch noch von einer Beleidigung des weiblichen Gefühls spreche. Wer derartig empfinde, habe nicht die für einem Arzt erforderlichen menschlichen Eigenschaften. Er (Bier) habe es für bedenklich gehalten, eine Person von solcher Anschauungsweise auf die Menschheit loszulassen.

Das Oberverwaltungsgericht erklärte den Konflikt für begründet, so daß das Privatklageverfahren gegen Professor Bier endgültig einzustellen ist. Nach der oben zitierten Verordnung über das Praktikantenjahr habe Professor Bier zweifellos das Recht gehabt, das Zeugnis zu verweigern. Und zwar habe nach der Verordnung der Leiter des fraglichen Krankenhauses oder der betreffenden Klinik nicht nur die wissenschaftliche Vorbildung, sondern auch die persönliche Befähigung des Praktikanten für den Beruf des praktischen Arztes zu beachten. Eine Pflichtwidrigkeit würde dem Professor Bier nur dann zum Vorwurf gemacht werden können, wenn nachgewiesen würde, daß für die Versagung ausschließlich persönliche Gründe maßgebend gewesen wären. Die Klägerin behauptete z. B., maßgebend wäre gewesen, daß sie der Aufforderung des Professor Bier, persönlich vorstellig zu werden, nicht gefolgt sei. Im Gegenteil dazu sei aber schon durch den Brief der Dame an den Assistenten erwiesen, daß vor allen Dingen sachliche Motive maßgebend gewesen seien, und zwar recht schwerwiegende. Somit könne nicht angenommen werden, daß die Nichtausstellung des Praktikantenscheines die Unterlassung einer dem Professor Bier zukommenden Amtshandlung gewesen sei.

Die Verzweiflungstat einer hysterischen Mutter

beschäftigte gestern als letzte Sache der laufenden Tagung das Schwurgericht des Landgerichts II. Wegen Ermordung ihres am 11. April 1907 geborenen Kindes Richard hatte sich die verehelichte Auguste Minnig geborene Stegmann aus Rixdorf zu verantworten. Die 24 Jahre alte Angeklagte, die aus Lübeck stammt, hat eine recht freudlose Jugend verlebt. Als sie noch nicht drei Jahre alt war, starb ihre Mutter durch Selbstmord. Sie war von ihrem Ehemann der Untreue beschuldigt worden und behauptete, die jetzige Angeklagte stamme aus außerehelichem Verkehr. Der Vater war infolge dieses Verdachts immer sehr unfreundlich gegen die Tochter und soll in trunkenem Zustande wiederholt zu ihr gesagt haben: „Geh fort, du bist nicht mein Kind, laß dir von deinem Vater etwas zu essen geben!" Infolgedessen bildete sich immer mehr ein melancholischer Zug bei ihr aus, sie wurde mehr und mehr verschüchtert und verschlossen, und als nach ihres Bruders Tode der Vater sich dem Trunke ergab, fühlte sie sich grenzenlos verlassen und hing vielfach Todesgedanken nach. Als sie erwachsen war, wurde sie zunächst Dienstmädchen und bildete sich dann zur Krankenschwester aus. Sie erwarb auch bald das Vertrauen der Aerzte und pflegte die ihr anvertrauten Kranken mit Lust und Liebe. Im August 1905 verlobte sie sich mit dem Maschinisten Richard Minnig, der bald nach der Verlobung als Heizer nach Japan fuhr und erst nach 6 Monaten zurückkehrte. Er unternahm dann noch einmal eine Seereise, und in der Zwischenzeit soll sich, wie die Angeklagte es darstellt, das Benehmen der Schwiegermutter ihr gegenüber so geändert haben, daß sie zu der Meinung kam, ihre Schwiegermutter könne sie nicht leiden. Sie faßte infolgedessen schon vor der Hochzeit Selbstmordgedanken und vertraute sich der ihr befreundeten Krankenschwester Johanna an. Diese wußte sie aber zu bestimmen, die Selbstmordgedanken aufzugeben und die letzte Zeit vor der Heirat als Krankenschwester wieder einzutreten. Am 6. Juli 1906 heiratete sie den Maschinisten Minnig, der damals in Essen beschäftigt war, und gebar dort am 11. April 1907 einen Sohn. Die anfangs glückliche Ehe gestaltete sich bald sehr trübe, denn es war ein sehr ungleiches Paar vor den Ehewagen gespannt worden. Sie behauptet, ihr Ehemann, der mehr an seiner Mutter als an ihr gehangen habe, sei unfreundlich zu ihr gewesen und von seiner Mutter beeinflußt worden. Auch habe er an sie manchmal Anforderungen gestellt, die sie nicht erfüllen konnte. Der Ehemann dagegen schildert die Angeklagte als in ihrem Wesen sehr launisch, manchmal sehr zärtlich, manchmal sehr empfindlich, oft melancholisch; auch habe sie sich zeitweise gar nicht um die Wirtschaft bekümmert. Es kam wiederholt zu ehelichen Zwistigkeiten, in deren Folge die Angeklagte schon einmal in Essen einen Selbstmordversuch unternahm. Damals hat sie kurz vor der Geburt ihres Sohnes eine Flasche Lysol austrinken wollen, sie wurde aber von ihrem Ehemann, der ihr die Flasche entriß, daran gehindert. Von Essen ging das Ehepaar Ende August 1907 nach Hamburg, wo der Ehemann sein Maschinistenexamen machte. Von dort siedelten sie Anfang Januar 1908 nach Rixdorf über. Hier gestaltete sich das gegenseitige Verhältnis wieder freundlicher, und die Angeklagte konnte ihrem Manne mitteilen, daß ihr Wunsch, die Mutter eines zweiten Kindes — hoffentlich eines Mädchens — zu werden, in Erfüllung zu gehen scheine. Sie bat ihn, nun in diesem Zustande mit ihr doch gut zu sein. Es kam aber doch wieder zu Differenzen, und bei einer solchen rief ihr der Ehemann zu: Wenn es dir nicht paßt, meine Sachen in Ordnung zu halten, dann kannst du ja gehen! Solche Auseinandersetzungen nahmen am 28. März abends einen solch heftigen Charakter an, daß der Ehemann der Angeklagten in der Erregung eine Ohrfeige gab. Die Angeklagte meinte darauf, sie habe nun einen Scheidungsgrund, sie würde zu ihrer Schwester nach Hamburg gehen. Als der Ehemann am nächsten Morgen zur Arbeit gehen wollte, sagte die Angeklagte zu ihm, er solle nur seinem Kinde Adieu sagen, denn er würde sie nicht mehr wiedersehen. Er glaubte, daß sie damit auf die Hamburger Reise anspielte und sagte dem Kinde Adieu. Die Frau hatte nun ganz und gar den Kopf verloren. Es kam ihr der Gedanke, daß ihr Mann, wenn sie sich scheiden lasse, sie nicht mit Geld unterstützen würde, sie dachte daran, daß sie schwanger war und bei der Trennung fremden Leuten lästig fallen müßte, und so kam ihr, wie sie gestern tränenden Auges dem Gerichte erklärte, der Gedanke, doch allem ein Ende zu machen, dann würde sie niemand mehr im Wege sein. Um ihr Kind vor einer solchen Jugend, wie sie sie selbst durchgemacht, zu bewahren, beschloß sie, es in das Jenseits mitzunehmen. Als ihr Ehemann nachmittags kurz vor 3 Uhr nach Hause kam, war die Wohnungstür verschlossen. Als ein herbeigeholter Schlosser die Tür geöffnet hatte, fand er die Angeklagte auf der Erde am Bett liegend, am linken Unterarm blutend, vor. Der kleine Knabe hatte am rechten Handgelenk eine Schnittwunde und lag wimmernd im Bett. Frau und Kind wurden mit dem Krankenwagen nach der Unfallstation gebracht. Die Angeklagte, die ihr Bewußtsein wieder erlangt hatte, erzählte, sie habe sich und ihrem Kinde das Leben nehmen wollen. Sie habe zunächst dem Kinde eine Dosis Morphium gegeben, habe ihm dann mit dem Rasiermesser ihres Mannes die rechte Pulsader und sich dann selbst die linke Pulsader durchschnitten. Auf der Unfallstation wurde dem Knaben der Magen ausgepumpt und der Knabe dem Vater zur weiteren Pflege mit dem Bemerken übergeben, daß das Kind am Leben bleiben würde. Das Kind ist aber noch an demselben Abend verstorben. Die Angeklagte ist gerettet worden und hatte sich nun wegen der schweren Tat, die sie tief bereut, zu verantworten. Sie erklärte unter Tränen, daß sie nicht anders gekonnt habe. Sie sei selbst des Lebens überdrüssig gewesen und habe ihren Liebling nicht einem traurigen Schicksal auf dieser Welt überlassen wollen.

Der Wahrspruch der Geschworenen lautete auf Totschlag unter Zubilligung mildernder Umstände. Der Staatsanwalt beantragte 1 Jahr Gefängnis. Der Gerichtshof erkannte auf 9 Monate Gefängnis, wovon 2 Monate auf die Untersuchungshaft angerechnet wurden. — Auf Antrag des Verteidigers wurde Haftentlassung beschlossen. Die Geschworenen wollen ein Gnadengesuch für die Angeklagte unterzeichnen.

Versammlungen.

Erklärung.

In dem Bericht über den 6. Kongreß der Gewerkschaften schreibt bei Punkt „Grenzstreitigkeiten" der „Vorwärts in Nr. 147: Schlegel-Breslau erklärt den Antrag seiner Zahlstelle, alle Maschinenarbeiter dem Metallarbeiterverband zuzuweisen, für selbstverständlich, zieht ihn aber bis zur nächsten Vorständekonferenz zurück usw.

Dieser Bericht entspricht nicht den Tatsachen. Der Antrag ist von mir nicht zurückgezogen worden. Im Gegenteil, ich habe absichtlich alles vermieden, was wie eine Zurückziehung des Antrages hätte aussehen können.

Soweit die fragliche Stelle meiner Ausführungen in Betracht kommt, habe ich ausgeführt: Obwohl wir der Ueberzeugung sind, daß der Kongreß gar nicht anders kann, als diesen grundsätzlichen Bestimmungen beizutreten, wollen wir, nachdem zwischen uns und den Vertretern der Fabrik- sowie Transportarbeiter eine Aussprache stattgefunden hat, von einer weiteren Begründung und Behandlung dieses Antrages auf dem Kongreß absehen und den Antrag als erledigt betrachten.

Fr. Schlegel.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße Nr. 3, zweiter Hof, dritter Eingang, vier Treppen, Fahrstuhl wochentäglich abends von 7½ bis 9½ Uhr statt. Geöffnet 7 Uhr Sonnabends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Auskunft wird nicht erteilt. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

A. A. 1. Wenden Sie sich an einen Spediteur oder an eine der amtlichen Auskunftsstellen der Eisenbahn. 2. Sie müßten sich an die Steuerdirektion wenden. 3. Ein Recht auf Rückerstattung von Beitragsmarken steht Ihnen nicht zu. 4. Wenn Sie innerhalb je zwei Jahren mindestens 20 Marken kleben, so halten Sie Ihre Rechte aufrecht. — **Toni 25.** Wenn Sie Hebamme werden wollen, müssen Sie sich an das Polizeipräsidium wenden. Sie werden dann zunächst bei dem Arzt einer körperlichen Untersuchung und einem Examen unterworfen (Hören, Schreiben, Lesen, Rechnen). Alsdann werden Sie in die Liste der Bewerberinnen beim Polizeipräsidium eingetragen. Ist die Reihe an Ihnen, so werden Sie zum Kursus in der Charité zugelassen. Dieser dauert sechs Monate und kostet 300 M. Dann erfolgt die Hebammenprüfung und Zulassung. Zum Hebammenexamen soll nicht zugelassen werden, wer älter als 30 Jahre ist. Da voraussichtlich drei Jahre vergehen, bis eine Zulassung zum Kursus erfolgt, so wäre es zwecklos, sich zu melden, wenn Sie älter als 27 Jahre sind. — **R. G. 115.** 1. Ja. 2. Sowiel uns bekannt, nein. — **K. J. 88.** Ruderklub „Vorwärts", Stralau, Tunnelstraße. — **Nichts 70.** Es genügt die Adresse Landratsamt Prenzlau. Der Landrat von Winterfeldt-Menkin ist vor kurzem verstorben. — **J. S. 27.** Einer Erlaubnis zu dieser Arbeit bedürfen Sie nicht. — **A. P. 40. Nieder-Schönhausen. G. L. 222.** Ist über die Zeit, in der eine Wohnung zur Besichtigung gestellt werden soll, im Mietsvertrage nichts vereinbart, so ist von der Kündigung ab angemessene Zeit zu gewähren. Erfolgt keine Einigung darüber, was angemessen ist, so hat auf Anrufen das Gericht zu entscheiden. In Berlin ist wiederholt entschieden, daß die Zeit von 10 bis 1 und 3 bis 6 an Werktagen und von 11 bis 3 am Sonntag als angemessen zu gelten hat. — **M. L. 500.** Sie könnten einer freien Hilfskasse beitreten. Wenden Sie sich an Genossen Simanowski, Engel-Ufer 15. — **L. 3.** 1. Ehebruch wird nur bestraft, wenn wegen desselben die Ehe getrennt ist und der beleidigte Gatte innerhalb drei Monate nach Rechtskraft des Urteils Bestrafung beantragt. 2. Nein, es kann aber Dispens erteilt werden. 3. Das ist möglich, aber unwahrscheinlich. — **M. H. 103.** Ueber die Fahrgelegenheit und die Fahrpreise erhalten Sie am besten Auskunft in den amtlichen Eisenbahn-Auskunftsstellen (Schlesischer Bahnhof, Alexanderplatz, Friedrichstraße, Potsdamer Bahnhof, Anhalter Bahnhof). Wegen der Preise dort wenden Sie sich an Ihre Gewerkschaft. — **L. S. 36.** Nein. — **E. P. 82. 033.** Eine Frist, von der ab die Sachen nicht mehr aufzubewahren haben, gibt es nach dem Gesetz nicht. Sie können nur Ihre Forderung einklagen und dann Pfändung in die Sachen vornehmen lassen. — **P. 60.** Einen Antrag an die Staatsanwaltschaft können Sie richten, derselbe hat aber kaum Aussicht auf Erfolg. — **R. M. 77.** 1. Nein. 2. Er müßte klagen. 3. bis 5. Nein. 6. Ja. 7. Nur wegen der 30 M. 8. Das Gericht erteilt keinen Bescheid von Amtswegen. Der Beklagte kann sich Abschrift des Protokolls oder des Urteils geben lassen. 9. und 10. Ja. — **A. T. B. 4.** Uhlandstraße 42. — **W. E. 30254.** Die Firma könnte auf Zahlung des Restes klagen und würde voraussichtlich obsiegen. Die unentbehrlichen Sachen sind der Pfändung entzogen. — **R. B. 3.** Eine baupolizeiliche Bestimmung gegen die Errichtung des Raumes besteht nicht. Die Klage auf Schadenersatz hätte wenig Aussicht auf Erfolg. — **P. H. 1000.** Ja. — **Ist.** Sie können den Auftrag zurückziehen und eine Abrechnung und Herauszahlung des Ueberschusses verlangen. — **003.** Melden Sie sich zur Aufnahme bei Boldt, Werneuchenerstr. 9. — **B. S. 23.** 1. Klagen Sie gegen die Kasse bei der Gewerbedeputation, Stralauer Straße 1—3, auf Gewährung der Unterstützung. Die Entscheidung wird davon abhängen, ob nach Ansicht des Arztes beide Krankheiten auf dieselbe Ursache zurückzuführen und als dieselbe Krankheit anzusehen sind. Der Fall ist an sich möglich. 2. Zur Verweisung in eine Lungenheilstätte ist die Kasse nicht verpflichtet. Wegen privater Aufnahme in eine solche wenden Sie sich an das städtische Bureau, Neue Friedrichstraße 10. — **St. 7.** Die Forderung ist noch nicht verjährt, wenn die Waren zum Weiterverkauf entnommen waren oder die Forderung bereits ausgeklagt war. Liegt keine dieser Voraussetzungen vor und ist auch kein Anerkenntnis erfolgt, so liegt Verjährung vor. — **W. S. 98.** Nein. — **Kirchensteuern.** 1. Ja. 2. Wer in diesem Jahre aus der Kirche austritt, braucht vom 1. Januar 1910 ab Kirchensteuer nicht mehr zu zahlen. — **P. S. 45.** Der Witwer hat in Ihrem Fall das Recht zu wählen, ob er nach märkischem Recht oder nach dem Recht des Bürgerlichen Gesetzbuches erben will. In ersterem Falle würde das Vermögen beider Ehegatten zusammengeworfen. Der Witwer erhielte eine Hälfte, die Kinder die andere Hälfte. Erbt der Vater nach dem Recht des Bürgerlichen Gesetzbuchs, so behält er sein Vermögen für sich. Von dem Nachlaß seiner Frau erhält er ein Viertel, die Kinder drei Viertel. Soweit ersichtlich, gehört zum Nachlaß in Ihrem Falle lediglich die Hypothek und die eingebrachte Wirtschaft. — **Paris.** Sprechen Sie Donnerstag oder Freitag zwischen 4 und 5 Uhr zur Klarstellung des Sachverhalts vor. — **W. K.** Nein. — **M. M.** Ja. — **A. 1.** Sie könnten nur auf Zahlung klagen und dann Zwangsvollstreckung in die Sachen vornehmen lassen. Die Sachen müssen Sie ohne Frist aufbewahren. — **P. R. 14.** Ihre Klage müßten Sie beim Amtsgericht geltend machen und dann eine Pfändung versuchen. Die schriftliche Verpfändung ist in der von Ihnen geschlossenen Art nicht rechtsgültig. — **Flechte 485.** Einer Klage stände der von Ihnen angezogene Statutenparagraph entgegen. — **H. R. 146.** Das Erscheinen eines Ehegatten genügt, wenn er schriftliche Vollmacht des anderen hat. — **Herzberg.** Durch die notarielle Entsagung sind Sie der Haftung für die Schulden enthoben, sonst hätten Sie haften müssen. — **H. R. 100.** Wenden Sie sich direkt an das Patentamt.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, den 30. Juni.
Anfang 8 Uhr.

Deutsches. Die Brettlgräfin.
Kammerspiele. Geiststern.
Lessing. Der Raub der Sabinerinnen.
Neues. Nächte im Hampton-Klub. Schöps.
Neues Schauspielhaus. Die Dollarprinzessin.
Kleines. 2 × 2 = 5.
Berliner. Raffles.
Komische Oper. Tiefland.
Lustspielhaus. Die blaue Maus.
Schiller O. (Wallner-Theater.) Carmen.
Schiller Charlottenburg. Der Herr Ministerialdirektor.
Friedrich-Wilhelmstädt. Schauspielhaus. Der Stabstrompeter.
Thalia. Der Mann mit dem Monocle.
Westen. Ein Walzertraum.
Neues Operetten. Der Mann mit den drei Frauen.
Luisen. Dir wie mir. Die Stimme des Blutes.
Trianon. Frau Baronin.
Bernhard Rose. Im Hause der Sünde.
Metropol. Das muß man seh'n.
Apollo. Die süßen Grisetten. Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Passage. Berlin in Stimmung. Spezialitäten.
Carl Haverland. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Walhalla. Spezialitäten.
Urania. Taubenstraße 48/49. Abends 8 Uhr: Durch Dänemark und Südschweden.
Sternwarte, Invalidenstr. 57/62.

Berliner Theater.
Gastspiel des Neuen Schauspielhauses
Direktion: Alfred Halm.
8 Uhr. **Raffles.** 8 Uhr.

Kleines Theater.
Abends 8 Uhr:
2 mal 2 = 5.
Mittwoch: 2 mal 2 = 5.
Donnerstag: 2 mal 2 = 5.
Freitag: 2 mal 2 = 5.
Sonnabend: 2 mal 2 = 5.

Theater des Westens.
Allabendlich 8 Uhr:
Ein Walzertraum.
Operette von Oskar Strauß.

Friedrich-Wilhelmstädtisches
8 Uhr. **Schauspielhaus.** 8 Uhr.
Der Stabstrompeter.
Mittwoch: Gastspiel Direktion Pitz:
Zum 1. Male: **Die Diebin.** Sensationsschauspiel in 4 Akt. v. Lellane.
Donnerstag: Die Diebin.
Freitag: Die Diebin.

Lustspielhaus.
Sommerpreise. Abends 8 Uhr:
Die blaue Maus.

Neues Operetten-Theater
Sommerpreise. Anfang 8 Uhr:
Der Mann mit den drei Frauen.
Letzte Vorstellung der Saison.

Metropol-Theater
Zum 283. Male:
Das muß man seh'n.
Revue in 12 Bildern m. Ges. und Tanz.
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wallner-Theater). (Morwitz-Oper.)
Dienstag, abends 8 Uhr:
Carmen.
Oper in 4 Akten von Georges Bizet.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Der Wildschütz.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
König für einen Tag.
Schiller-Theater Charlottenburg.
Dienstag, abends 8 Uhr:
Letzte Vorstellung vor den Ferien.
Der Herr Ministerialdirektor.
Lustspiel in drei Akten von Alexander Bisson und Fabrice Carré.

Diez' Spezialitäten-Theater
Landsberger Allee 76/79, direkt Ringbahn-Station.
Bequemste Fahrgelegenheit nach allen Stadtrichtungen.
Ob schön! Kommen! Sehen! Staunen! Ob Regen!
Täglich: 83652*
Das größte u. beste Programm Berlins.
Nur Attraktionen, u. a.: Zum erstenmal in Europa:
Das größte Welträtsel des Erdballs! Von der gesamten amerik. Presse als d. größte Weltwunder bezeichnet: **The great Simpson.**
Der Verächter des Todes. Ein bezahlter Selbstmordkandidat!
Gr. Ball. Kaffeeküche. Volksbelustigungen aller Art.

BERNHARD ROSE THEATER
Gr. Frankfurter Str. 132.
8 Uhr. Sommerpreise.
Im Hause der Sünde
(Um eine Liebesnacht).
Ein Drama des Sinnenrausches in vier Akten von Maximilian Brauer.

Walhalla-Variete-Theater
Weinbergsweg 19/20, Rosenth. Tor.
Spezialitätenvorst. im Garten.
Bei schlecht. Witterung i. Theater.
Anfang der Vorstellung 8 Uhr.
Anfang d. Gartenkonzerts 7 Uhr.
Kleine Preise.

Luisen-Theater.
Reichenberger Straße 34.
Abends 8 Uhr:
Dir wie mir.
Hierauf:
Die Stimme des Blutes.

Volksgarten-Theater
— am Bahnhof Gesundbrunnen. —
Täglich:
1001 Nacht.
Riesen-Spezialitäten-Programm.
Olga Verdi. × Fritz Lachmann.
Anfang 4 Uhr.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr:
Durch Dänemark und Südschweden.

ZOOLOGISCHER GARTEN
Täglich:
Gr. Militär-Doppel-Konzert
Eintritt 1 M.
von abends 6 Uhr ab 50 Pf.,
Kinder unter 10 Jahren
— — die Hälfte. — —

Apollo Theater
Zum letzten Male die Juni-Attraktionen. Letzte Aufführung: **Ein Abend in einem amerikanischen Tingel-Tangel.**
Außerdem: Die süßen Grisetten.
Morgen: **Premiere: London Subnobis.** Szenen aus Londons Vorstadtleben. 1. Bild: Im Vorderhause. 2. Bild: Im Hinterhause.

Berliner Prater-Theater
Kastanien-Allee 7—9.
Täglich
Die Welt ein Paradies
große Ausstattungs-Revue
und erstklassige Spezialitäten.
Anf. Sonnt. 4 Uhr, Wochent. 4½ Uhr.
Im Saale: **Täglich gr. Ball.**

WINTERGARTEN
Abwechslungsreiches Programm
von
Publikum und Presse glänzend beurteilt.

Fröbels Allerlei-Theater.
Schönhauser Allee 148.
Täglich:
Spreelottchen.
Volksstück aus dem Berliner Leben.
Dazu
erstklassige Spezialitäten.
Im Saale von 5 Uhr ab:
Tanz.

W. Noacks Theater
Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 16
Zum letzten Male:
Er muß aufs Land
oder: **Der lustige Ehemann.**
Vor- und nachher: Spezialitäten.
Anf. 6 Uhr. Kaffeeküche 5—6 Uhr.
Mittw. z. 1. M.: Wenn d. Glieder dicht.

Berliner Ulk-Trio.
Felix Scheuer Stralauerstr. 1.

Passage-Theater.
Der größte
Saisonerfolg
Gastspiel Willi Agoston in der tollen Burleske
Berlin in Stimmung!
Das Tollste vom Tollen und die
neuen Juni-Spezialitäten.

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den
3. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Montag, den 13. Juli 1908:
Großes Sommerfest
in den Gesamträumen der „Neuen Welt“, Hasenheide.
Konzert u. Spezialitäten-Vorstellung, Marionetten-Theater, Fackelpolonäse usw.
Großes Brillant-Feuerwerk
Großer Ball. Herren, die daran teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.
Eröffnung 3 Uhr. Anfang des Konzerts 4 Uhr. Billetts à 25 Pf.
Die Kaffeeküche steht den geehrten Damen von 3 Uhr an zur Verfügung.
Jedes Kind erhält am Eingange einen Bons zur Stocklaterne gratis.
Zu zahlreichem Besuche ladet ein [213/6*] **Der Vorstand.**

Meinen Parteifreunden zur Kenntnis, daß die Beerdigung meiner am 27. Juni entschlafenen lieben Frau, unserer guten Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante
Magdalena Kunath
geb. Jagumat
am Dienstag, den 30. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des städtischen Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus stattfindet.
Für die Hinterbliebenen
Franz Kunath,
Memeler Str. 15.

Helmstedt.
Die glückliche Geburt einer kleinen Genossin zeigen hocherfreut an
Richard Kramer, Bildhauer,
und **Martha Kramer,**
geb. Günter.
Helmstedt, 27. Juni 1908.
Magdalena!

Statt Karten!
Die Verlobung unserer Tochter **Dora** mit Herrn **Arno Geiser** beehren sich anzuzeigen 140/6
Max Oscher und Frau, New York
zurzeit Berlin, Hotel Adlon.

Unserem Freunde und Genossen, dem Restaurateur
Max Gäbler nebst Frau
zur Silberhochzeit ein dreifaches Hoch! Die Tonnenrunde.

Passage-Panoptikum.
Ohne Extra-Entree.
Der Riese aller Riesen
Pisjakoff
Eintritt 50 Pf.
Kinder, Soldaten 25 Pf.

Brunnen-Theater
Badstraße 58. Direkt.: Willi Voigt.
Täglich:
Der deutsche Michel.
Erstklassige Spezialitäten.
Karl Braun, Verwandlungs-Künstler.
Mirzl v. Wenzl, Tschuschkes Liliputaner.
Paul Coradini.
Eröffnung 2 Uhr. Anfang 5 Uhr.
Vorverkauf von 10 Uhr ab.

Bestbewährte gesunde -und- magen-darmkranke
-Kindernahrung-
Kufeke
-Krankenkost-
Nahrung für: sowie schwächliche, in der Entwicklung zurückgebliebene Kinder.

Für die Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung unserer Schwester, Schwägerin und Tante Frau **Anna Dolata** sagen wir den Kolleginnen und Kollegen, sowie dem Verband der Buchbinder unseren herzlichsten Dank. 3004b
Ludwig Gohlke.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten sagen wir für die rege Teilnahme bei der Beerdigung unseres lieben unvergeßlichen Sohnes 298/10
Erich Rautenberg
unseren besten Dank.
Die trauernden Eltern und Geschwister.

Todes-Anzeige.
Am 26. Juni starb nach langem geduldig ertragenen Leiden mein innigstgeliebter Mann
Eduard Wittnick.
Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 30. Juni, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Gethsemane-Kirchhofes (Nordend) aus statt. 35442
Die trauernde Witwe
Anna Wittnick.

Schweizer Garten.
Am Königstor — Am Friedrichshain.
Täglich: Theater-Vorstellung, Spezialitäten und Ball.
Zum Schluß (10 Uhr): **Wie einst im Mai.**
Volksstück mit Gesang in 2 Akten.
Vom 1. Juli ab: Piccards amer. Bant.:
Die Einbrecher von New York.
Ferner das neue Spezialit.-Programm sowie **Berlin sieht Kopp,** große Posse mit Gesang von Leop. Ely.

Reichshallen-Theater.

Stettiner Sänger.
Variétésterne.
Burleske von Meysel.
Meysel als
Saharet.
Britton als
Isadora Duncan.
Anf. Wochentags 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.

Ein Triumph
der
Zigaretten-Fabrikation!
Selowsky's
Caruso
Zigaretten
nur 3 Pf.
per Stück!

Dankſagung.
Für die herzliche Teilnahme und die reichen Kranzspenden bei der Beerdigung meiner lieben Frau, unserer guten Mutter **Pauline Sprenger** sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten sowie den Arbeitern und Arbeiterinnen der Firmen Gensichen u. Co. und Werkmeister und dem Gesangverein „Eintracht“, Rixdorf, den herzlichsten Dank. 35472
Franz Sprenger nebst Kindern.

Dankſagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters, des Drehers
Adolf Beckmann
sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten, den Kollegen der Firma Buhke, dem Deutschen Metallarbeiter-Verband, den Pflanzern der Kolonie „Johannisburg“ sowie dem Gesangverein „Georginia“ unsern herzlichsten Dank. 35462
Die trauernde Witwe nebst Kindern.

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den
6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Todes-Anzeige.
Am 27. Juni verstarb unser Mitglied, der Former
Eduard Wittnick
Stolpischestr. 15.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 30. Juni, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Gethsemane-Kirchhofes, Nordend, aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
227/12 **Der Vorstand.**

Landesausstellungspark
Neu erbaut: Festsäle
Gartenrestaurant
Konditorei und Café
Täglich Konzert
von 4 Uhr ab
Dejeuners von 2.50 an bis 2 Uhr nachm.
Diners u. Soupers v. 4.00 an

Max Kliems
Sommer-Theater.
— Hasenheide 13—15. —
Artistische Leitung: Bernhard Lange.
Täglich: **Großes Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.**
Mittwoch: **Kinderfest.**
Donnerstag: **Elite-Tag.**

Blumen- und Kranzbinderei
von Robert Meyer,
nur Mariannen-Straße 2.

Sonnabend vormittag 11 Uhr verschied nach langem, schwerem Leiden mein geliebter Gatte, unser guter Vater, der Maschinenbauer
Heinrich Roßkopf.
Dies zeigen mit der Bitte um stille Teilnahme tiefbetrübt an
Die trauernden Hinterbliebenen:
Frau Alwine Roßkopf nebst Kindern.
Die Beerdigung findet heute Dienstag, nachmittags 4 Uhr, vom Trauerhause — Rixdorf, Thomasstr. 29 — aus auf dem Gemeinde-Friedhof (Mariendorfer Weg) statt.

Ostbahn-Park
Am Küstrinerplatz, Rüdersdorferstr. 71
Hermann Imbs.
Täglich:
Großes Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.

Sie wissen nicht!!
wer ein geliehenes Buch
vor Ihnen las.
Lest deshalb eigene Bücher.
Sie können sich umsonst eine
gute eigene Bibliothek
anschaffen, wenn Sie
Bibliotheksmarken
sammeln.
Neue Gesellschaft der Bücherfreunde
Berlin SW., Anhaltstraße 14, I.

Es empfiehlt sich bei eintretendem Trauerfall möglichst sofort
Westmanns
Trauermagazin
Hauptgeschäft:
Berlin W., Mohrenstraße 37a, an den Kolonnaden, 2. Haus von der Jerusalemerstraße, und NO., Gr. Frankfurterstr. 115, 2. Haus von der Andreasstraße, zwecks **Auswahl d. passenden Trauergarderobe** aufzusuch.
Um dem Publikum einen besonderen Vorteil zu bieten, gewähre ich **auf diese Anzeige hin** bei Kauf
10 % Rabatt in bar!

Sozialdemokratisch. Wahlverein
Rixdorf.
Todes-Anzeige.
Den Parteigenossen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Uhrmacher
Heinrich Roßkopf
(18. Bezirk)
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Dienstag, nachmittags 4 Uhr, vom Trauerhause Thomasstr. 29 aus auf dem neuen Rixdorfer Friedhof (Mariendorfer Weg) statt.
Um rege Beteiligung ersucht
235/20 **Der Vorstand.**

Neue Welt.
Hasenheide 108—114.
Morgen Mittwoch:
Die größte Sommersensation Berlins:
Mr.
Gadbin II.
tollkühner Kopfsprung aus der
6. Etage, ca. 50 Fuß.

H. Pfau, Bandagist
jetzt: **Dircksenstraße 20**
zwischen Bahnhof Alexanderplatz und Polizeipräsidium. — Amt VII, 13799.
Für Damen weibliche Bedienung.
Lieferant für alle Krankenkassen.

Am besten kaufen Sie
Hygienische Bedarfsartikel
jeder Art im 33372*
Drogenhaus H. Boeatius
Berlin NW., Birkenstr. 12.

Von der Reise zurück.
Dr. Swarsensky,
Wrangelstraße 49.

Beste Bettenfüllung
sind die vorzüglich füllenden, sehr elastischen, echt chinesischen
Monopoldaunen
(gesetzl. geschützt) **Pfund Mk. 2,85.**
3—4 Pfund genügen z. gr. Oberbett.
Vers. geg. Nachnahme. Verpackung frei.
Gustav Lustig
Berlin S. 390 **Prinzenstr. 46**
Größtes Bettfedern-Spezialgeschäft Deutschlands.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen und Kolleginnen zur Nachricht, daß unser Mitglied, die Arbeiterin Frl.
Berta Block
gestorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 30. Juni, nachmittags ¼4 Uhr, von der Leichenhalle des Heilands-Kirchhofes in Plötzensee aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
118/12 **Die Ortsverwaltung.**

Sanssouci, Kottbuser Straße 6.
Direktion Wilhelm Reimer.
Der Garten ist geöffnet.

Sonntag, Montag und Donnerstag:
Stets neues Programm.
Große Elite-Soireen
Einakter usw.
und
Tanzkränzchen
Beg. Sonnt. 5, wochent. 8 U.

Die billigsten u. besten Fahrräder u. Nähmasch. liefert
Scholz, Fahrradw.
Steinau a./Od. 2.
Schläuche 2.20, 2.75, 3.25,
Decken 2.50, 2.90, 3.75.
Viele Dankschreiben.
Preisliste gratis.

Hygienische
Bedarfsartikel. Neuest. Katalog m. Empfehl. viel. Aerzte u. Prof. grat. u. fr.
H. Unger, Gummiwarenfabrik
Berlin NW., Friedrichstrasse 91/92

Fahrräder billiger! direkt ab Fabrik.
Neue Fahrräder 40.—, 45.—, 50.—,

in elegantester Luxusausführ. 10jährige Garantie **75 Mk.** Laufdecken 1.50, Luftschläuche 1.50, Pedale 0.75
sowie sämtliche Radfahrbedarfsartikel; Uhren, Waffen, Musikinstrumente, Nähmaschinen usw. **Man verlange sofort reichillustr., 186 Seiten starken Hauptkatal. grat. u. frko.**
E. Machnow. — Berlin — Weinmeisterstr. 14.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Zahlstelle Weißensee.
Nachruf.
Nach mehrjährigem, schwerem Leiden starb unser Mitglied, der Tischler 86/8
Franz Weidener
am 26. Juni 1908.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung erfolgte Montag, den 29. Juni, in Neu-Ruppin.

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5.
Tabak-Großhandlung und **Tabakfabrik.**
Rauch-, Kau-, Schnupftabake, Zigarren, Zigaretten.
Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.
Größte Auswahl gelagerter **Zigarren** in allen Preislagen.
Sämtliche bekannten Marken **Zigaretten** zu Originalpreisen.
Amt IV, 3014.

Weißensee!!
Am 1. Juli d. J. eröffne ich König-Chaussee 27 eine Filiale meines
Optischen Spezial-Geschäfts
verbunden mit vollständig kostenloser Augenuntersuchung.
Durch große Auswahl und fachmännische Bedienung hoffe ich allen Ansprüchen gerecht zu werden!!!
Robert Arnoldi, Optiker.
Hauptgeschäft: **Berlin NO., Neue Königstr. 42.**
Gegründet 1877!

Hygienische Bedarfsartikel,
Gummiwaren, 1000e Anerk. V. Prof. u. Aerzt. empf., bill. Apoth. S. Schweitzers Fab. hyg. Präp., Berlin O., Holzmarktstr. 69-70. Preisl. gratis.

Manoli
Abbas
Beste 3 Pfg. Cigarette.

Würzburger Hühneraugenmittel
von **Dr. H. Unger.** — Gegen 30 Pfennig auf 10 Pf. Anweisung frei. Ohne Zweifel die bequemste u. wirksamste Hülfe. Der Schmerz ist in 5 Min. fort. Das Hühnerauge selbst in 3 Tagen. (Enthält Salicylsäure u. indischen Hanfextrakt.) **Dr. H. Unger in Würzburg.**
In **Berlin** (20 Pf.): Salomon-Apotheke, Charlottenstraße. Greif-Apotheke, Barnimstraße 33. — **München:** Schützen-Apotheke. — **Stuttgart:** Hirsch-Apotheke. — **Breslau:** Victoria-Apotheke. 110/1*

Leihhaus
Gelegenheitskäufe verfall. Gold- und Silbersachen, Brillanten etc.
Seit 25 Jahren **Prinzenstr. 28** I
Ecke Ritterstr.

Allen, welche meinem unvergeßlichen Mann die letzte Ehre erwiesen, meinen herzlichsten Dank. [35432]
Witwe Görn, Stralsunderstr. 52.

Verantwortlicher Redakteur: Georg Davidsohn, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Partei-Angelegenheiten.

Schöneberg. Heute Dienstag, den 30. d. Mts., abends 8 Uhr, findet in den Neuen Rathaussälen, Meiningerstr. 8, die Versammlung des Wahlvereins statt. Die Tagesordnung lautet: 1. Vortrag: Unsere Pflichten nach den Landtagswahlen. Referent Landtagsabgeordneter G. Borgmann. 2. Vereinsangelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Parteigenossen, die noch im Besitz der Abteilungslisten sind, wollen diese schleunigst abliefern. Die von der Landtagswahl ausstehenden Sammellisten sind ebenfalls abzurechnen.

Rixdorf. Die Bibliothek ist der Inventur wegen vom 1. bis 15. Juli geschlossen. Genossen, welche noch Bücher entliehen haben, werden gebeten, dieselben sofort zurückzugeben.

Baumschulenweg. Am Mittwoch, den 1. Juli cr., abends 8½ Uhr, findet in Speers Festsälen die Generalversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Lüdke über: „Was lehrt uns die letzte Landtagswahl?" 2. Neuwahl des gesamten Vorstandes. 3. Vereinsangelegenheiten.

Reinickendorf-Ost. Heute abend 8 Uhr findet bei Knebel, Marktstr. 50/51, eine Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt, in welcher Genosse Schütte über: „Die Lehren der Landtagswahl" sprechen wird.

Berliner Nachrichten.

Stadt und Straßenbahn.

Das Schiedsgericht, das über die Frage, ob die Stadt mit ihren Straßenbahnen die Gleise der „Großen Berliner" mitbenutzen dürfe, entscheiden sollte, hat am Sonntag in dritter Sitzung seinen Spruch gefällt. Es handelt sich, wie von uns wiederholt mitgeteilt, um die beiden von der Stadt geplanten Straßenbahnlinien Rixdorf—Behrenstraße und Dönhoffplatz—Kreuzberg und um die Frage, ob die Stadt mit diesen beiden Südlinien an drei Stellen, in der Königgrätzer-, der Wilhelm- und Lindenstraße, die Gleise der Straßenbahn auf Grund des § 30 des im Jahre 1897/98 zwischen Stadt und Straßenbahn abgeschlossenen Zustimmungsvertrages mitbenutzen dürfe. Dieser § 30 bestimmt, daß die Große Berliner verpflichtet sei, „fremden Unternehmern" die Mitbenutzung ihrer Straßenbahngleise, jedoch nur in einer Gesamtlänge von 400 Metern für jede Strecke, gegen eine durch diese Mitbenutzung hervorgerufene „volle Schadloshaltung" zu gestatten. Die Stadt Berlin beantragte, als die Straßenbahn für die städtischen Linien das Mitbenutzungsrecht verweigerte, am 12. September 1906 bei dem zu diesem Zweck gebildeten Schiedsgericht folgendes:

1. Die Straßenbahn zu verurteilen, die Mitbenutzung ihrer Gleise in der Königgrätzer Straße auf 90 Meter, in der Wilhelmstraße auf 81 Meter und in der Lindenstraße auf 82 Meter durch die städtischen Straßenbahnen zu gestatten. Die Stadt verpflichtet sich, für die im Vertrage vorgesehene volle Schadloshaltung aufzukommen.

2. Das Schiedsgericht möge erkennen, daß diese im Vertrage vorgesehene „volle Schadloshaltung" keine Entschädigung für eine etwaige Verkehrsentziehung in sich schließe.

Demgegenüber beantragte die Straßenbahn, auf Abweisung der Klage zu erkennen. Das Schiedsgericht hat, wie wir erfahren, seinen Spruch dahin gefällt:

Dem ersten Antrag der Stadt ist **stattzugeben**. Nach dem Sinn und Wortlaut des § 30 hat die „Große Berliner" auch den Straßenbahnen der Stadt die Mitbenutzung ihrer Gleise unter den vorgesehenen Bedingungen zu gestatten. Die Stadt kann aus der Bestimmung dieses Paragraphen das gleiche Recht für ihre Bahnen wie für andere Unternehmer herleiten.

Der zweite Antrag der Stadt ist **abzulehnen** da der Begriff „volle Schadloshaltung" auch die Entschädigung für die Verkehrsentziehung umfasse.

Die Stadt hatte unter dem Begriff „volle Schadloshaltung" den Ersatz der Anlage- und Betriebskosten verstanden, während die Straßenbahn darunter auch eine Entschädigung für die durch den Betrieb der städtischen Straßenbahnen hervorgerufene Verkehrsentziehung begriffen wissen wollte. Der Wortlaut des Urteils wird noch im Laufe dieser Woche veröffentlicht werden. Ferner ist vom Schiedsgericht die Herausgabe einer zusammenfassenden Darstellung der von ihm behandelten strittigen Verkehrsfragen geplant.

Die Abstimmung zum Achtuhrladenschluß geht mit dem heutigen Tage zu Ende. Wer seine Stimme noch nicht abgegeben hat, tue dies schleunigst im Laufe des Tages; später abgegebene Stimmen werden nicht mitgezählt. Der Achtuhrschluß liegt gleicherweise im Interesse der Angestellten wie der Geschäftsinhaber. Viele Geschäftsinhaber erklären nach einem Bericht des „Confectionair":

„Wir brauchen den Achtuhrladenschluß nötig, mehr als Zehntausende des Umsatzes, mehr als Tausende des Reingewinnes, wir brauchen den Achtuhrladenschluß für uns, für unsere Frauen und Kinder. Wir wollen eine Stunde früher Mensch sein können, uns unseren Kindern widmen. Auch das öffentliche und politische Leben wird gewinnen. Die so oft beklagte Teilnahmslosigkeit der Kaufleute an gemeinsamen und allgemeinen Interessen wird schwinden. Die Einwände der Gegner sind wegen ihrer Kleinlichkeit bisher einer Widerlegung nicht gewürdigt worden. Gewiß, die Friedrichstraße wird nach 8 Uhr etwas dunkler werden, so wie sie jetzt nach 9 Uhr aussieht. Was macht aber diese Stunde aus? **London, Hamburg, Frankfurt a. M., München, Dresden usw. haben alles das schon längst.** Enthusiasmiert schreiben die Kollegen über den Achtuhrladenschluß, niemand will ihn mehr missen, der ihn hat. Gewiß wird einmal jemand, der in Gesellschaft fährt, die Düte Pralinés und das Bukett Blumen nach 8 Uhr nicht mehr kaufen, oder der Fremde den Wäschekragen, er kann dies schon heute nach 9 Uhr nicht. Was macht, wie gesagt, die Stunde aus? **Sollen die 27 000 Geschäftsinhaber mit mehr als 80 000 Angestellten, die bereits einmal für den Achtuhrladenschluß gestimmt haben, die Fessel länger tragen, weil hin und wieder in einer Uebergangszeit irgendwie eine Schwierigkeit entsteht?** Gerade jene Geschäfte aus der Peripherie, die kleinen Warenhäuser, Blusen-, Damen- und Herrenkonfektions- und Putzgeschäfte, Geschäfte, die 60 bis 70 Prozent ihrer Einnahmen jetzt von 7 bis 9 Uhr haben, versicherten uns: wir sehnen uns nach dem Achtuhrladenschluß. Wir wissen, daß wir dann nicht von 6 bis 8, wohl aber von 4 bis 8 Uhr die Hauptzeit haben werden. In den Vereinen der hiesigen Detailgeschäfte unserer Branchen — die leider erst im letzten Jahre begründet sind — haben Majoritäten von 65—98 Prozent für den Achtuhrladenschluß gestimmt. Wer also noch nicht gestimmt hat, gebe seine Stimme für den Achtuhrladenschluß, und wer schon dagegen gestimmt hat, überlege sich die Sache. Er tut sich und seiner Familie den größten Gefallen, auch er kann noch (genügend legitimiert) bei dem Polizeirevier die Aenderung seiner Abstimmung statt „gegen" „für" verlangen. Sollte dies verweigert werden, so verlange man dies beim Polizeipräsidium, Abteilung IIb, zu Händen des Herrn Polizeirats Dumrath.

Wenn gesagt wird, daß doch diejenigen Geschäfte, die den Achtuhrladenschluß befürworten, freiwillig schließen sollten, wie dies bereits Hunderte von Geschäfte tun, so müsse dagegen eingewendet werden, daß dies gerade mittlere und kleinere Geschäfte nicht könnten. Wenn der Konkurrent A. um 9 Uhr schließt, kann B., der nebenan oder gegenüber wohnt, nicht um 8 Uhr zumachen. Das ist eben einfach unmöglich. Das können wohl manche Geschäfte im Inneren der Stadt, — aber nicht Geschäfte an der Peripherie. Hier kann nur Zwang helfen.

Und schließlich: der Neunuhrladenschluß ist doch auch Zwang. Warum wehrt man sich gegen diesen Zwang, wenn es sich um eine Stunde früher handelt? Wir können nur immer wiederholen: Berliner Geschäftsinhaber, stimmt für den Achtuhrladenschluß!"

Die Kirche als Staatsretterin.

Mit der erwachsenen Generation hat die Kirche heutzutage nicht mehr viel Glück, trotz aller kostspieligen Kirchenpilze. Was gewohnheitsmäßig in die modernen Gotteshäuser rennt, ist zum großen Teil als menschliche Ausschußware zu taxieren. Geht man dem Werdegange dieser Kirchengängersorte näher auf den Grund, so stößt man häufig auf einen Abgrund. Die in ihrer Jugend und im besten Lebensalter auf die Kirche pfiffen, stellen erfahrungsgemäß in den Klapperjahren das stärkste Kontingent der Augenverdreher. Noch in letzter Stunde soll die Kirche den Schlamm des Sündenkontos hinwegspielen. Das bekannte Wort, daß in H . . . . und Betschwestern oft dieselbe Seele wohnt, hat wahrhaftig einen guten Boden. Wer so zu heucheln versteht, daß ihm die Kirche ihren großen Liebesgabensack öffnet, muß natürlich darüber mit regelmäßigem Kirchenbesuch quittieren. Es ist sattsam bekannt, daß armen Leuten, die sich an Geistliche um Unterstützung wandten, schon tausendmal ihre Gottlosigkeit vorgehalten wurde. Nur wer betet und immer wieder betet, hat Anrecht auf die Hilfe der Kirche. Der sicherste Weg zu echt christlicher Nächstenliebe geht nur über das Gebetbuch. Die Insassen von Stiften, Heimen und ähnlichen Einrichtungen, die mit der Kirche engste Fühlung haben, werden gleichherdenweise zum Gottesdienst getrieben — auch so ein Pröbchen von Gewissenszwang, das den Gotteswortpredigern nicht weiter auf die Nerven fällt. Auf diese Manier sind wenigstens einige Hundert „Andächtige" in der Kirche zu sehen. Wollte man bloß die zählen, die aus Ueberzeugung fromm sind, so könnte der Geistliche die Predigt in seiner Studierstube halten. Die Stellvertreter Gottes auf Erden wissen es nur zu genau. Es muß für sie kein kleines Kunststück sein, gewissen Leuten, die von Frömmigkeit triefen, immer wieder ein X für ein U vorzumachen und zu „beweisen", daß wir noch viel mehr Kirchen im Sündenbabel an der Spree nötig haben. Weil also, wie gesagt, die Erwachsenen, die sich ihre Geistesfreiheit bewahrt oder im Laufe der Neuzeit erst geschaffen haben, nicht mehr zu übertölpeln sind, wirft sich jetzt die Kirche mit aller Macht ihrer „Rettungsarbeit" auf die Jugend. Als ein weiteres Beispiel für diese göttliche Richtung kann der folgende öffentliche Aufruf gelten:

„Zur intensiveren Arbeit an den jungen Männern Groß-Berlins hat sich ein Komitee unter dem Vorsitz des Konsistorialpräsidenten Steinhausen gebildet. Alle, denen die Zukunft unseres Volkes am Herzen liegt, müssen mit tiefem Schmerz wahrnehmen, wie die Mächte des Unglaubens und des Abfalls, des Aufruhrs und der Auflehnung, der Unzucht und Trunksucht gerade unsere Jung-Männerwelt immer mehr verwüsten. Es muß auf diesem Gebiet etwas Besonderes geschehen, ehe es zu spät ist. Das Komitee bittet herzlich alle diejenigen, denen die Not der jungen Männerwelt am Herzen liegt, um Gaben und möglichst um feste und größere Beiträge, denn ohne größere Geldmittel läßt sich auf diesem Wege nichts ausrichten. Gaben nehmen entgegen (folgen die Namen bekannter Prediger, auch mehrerer Hofprediger, und sonstiger Honorationen aus dem kirchlichen Leben Berlins)."

Auch dieser Aufruf, der einen stark politischen Beigeschmack hat, soll die Sozialdemokratie in ihrem Grundsatz, auf Trennung von Kirche und Staat hinzuwirken, nur befestigen. Denn, was hier die Kirche gutes schaffen will, das will sie nicht bloß um der Kirche, sondern hauptsächlich um des Staates willen tun. Es kommt ihr, wie ja aus dem Wortlaut des Aufrufes auch ganz klar hervorgeht, darauf an, die soziale Bewegung der Massen hintanzuhalten und alle freieren Regungen zu unterdrücken. Und es ist bezeichnend, daß in diese Fußtapfen des katholischen Kirchenregimes, das ja von jeher mit dem Kinderglauben seiner Schäflein die besten Geschäfte zu machen verstand, nunmehr auch die protestantische Kirche tritt. Freilich — sie tanzt auf dem Drahtseil, das ihr von „oben" gespannt ist. Nicht umsonst natürlich. Für die Kirche muß dabei immer etwas Materielles herausschauen. Die Besoldungserhöhungen und Teuerungszulagen, welche das preußische Abgeordnetenhaus für die Geistlichen bewilligt, sind sicher nur eine Abschlagszahlung auf diese kirchliche Liebesarbeit zur Staatsrettung. Nun, wir werden dafür sorgen, daß Jung-Deutschland die Augen weit offen hält und daß der stets selbstsüchtigen Kirche die Verdummungsbäume nicht in den Himmel wachsen.

Der Berliner Lehrerverein beschäftigte sich am letzten Freitag mit dem Ausschluß der Lehrer von der den städtischen Beamten gezahlten Zulage. Nach lebhafter Debatte wurde folgende Resolution angenommen:

„Der Berliner Lehrerverein empfindet den Ausschluß der Lehrer von der den anderen städtischen Beamten bewilligten einmaligen Zulage als eine unbegründete, kränkende Zurücksetzung. Er bedauert, daß die Stadtverordnetenversammlung sich nicht entschlossen hat, die Lehrer in die Vorlage des Magistrats aufzunehmen. Der Berliner Lehrerverein legt Verwahrung dagegen ein, daß durch die Begründung der Magistratsvorlage in der öffentlichen Meinung der Glaube erweckt worden ist, als habe der Staat den Berliner Lehrern Teuerungszulagen gezahlt."

In Referat und Debatte wurde die fadenscheinige Logik, die sich in der Begründung der Magistratsvorlage zeigt, arg zerpflückt. Die zuständigen Minister haben die großstädtische Lehrerschaft an die Gemeinden verwiesen; sie wollten in dieser Sache nicht in das Selbstverwaltungsrecht eingreifen. Diese gerade hier sich geltend machende Achtung vor der kommunalen Selbstverwaltung scheint beim Berliner Magistrat wenig Gegenliebe zu finden; man reißt sich nicht darum, das Vertrauen zu rechtfertigen. Der Staat weist Schule und Lehrer an die Gemeinde und die Gemeinde an den Staat. „Und weil keiner wollte leiden, daß der andere für ihn zahlte, zahlte keiner von den beiden." Die Teuerungszulage gewinnt eine erhöhte Bedeutung dadurch, daß in ihr zugleich eine gewisse Festlegung der Sätze der angekündigten Besoldungsvorlage liegen würde. Es ist deshalb wahrscheinlich, daß zwischen den Körperschaften Berlins oder den darin stehenden maßgebenden Vertretern des Blockliberalismus und dem Finanzminister irgendwelche Vereinbarungen betreffs dieser Zulagen getroffen worden sind. Man hat ja bisher die Komödie der Verzettelung der Besoldungsvorlagen wacker mitgespielt. Verwunderung muß es erregen, daß die Mehrheit des Stadtparlaments, die ja den Berliner Magistrat wählt, bei den Wahlen seitens der Berliner Lehrerschaft so eifrige Unterstützung findet.

Der Stadtausschuß für Berlin hält während der Zeit vom 21. Juli bis 1. September d. J. Ferien. Während dieser Ferien werden Termine zur mündlichen Verhandlung nur in schleunigen Sachen abgehalten.

Neuerungen im Post- und Fernsprechverkehr Berlins. Das kaiserliche Postamt Berlin C. 45 wird am Montag, den 29. Juni, nach Dienstschluß von dem Hause Scharrenstr. 12/13 nach den neuen Diensträumen im Hause Roßstr. 26—30 verlegt. Das Postamt Nr. 45 ist ein Postamt 1. Klasse mit Telegraphen- und Rohrpostbetrieb sowie Fernsprechautomaten. Die Postzweigstelle, Berlin 73, in der Wallstr. 31 wird deshalb am 1. Juli aufgehoben. — Der Fernsprechverkehr Berlins ist heute auf die Orte Crottendorf, Erzgebirge, Grobau und Hindenberg, Kreis Prenzlau, alle im Reichs-Telegraphengebiet, ausgedehnt worden. Die Gebühr für ein gewöhnliches Gespräch bis zur Dauer von 3 Minuten beträgt im Verkehr mit Hindenburg, Kreis Prenzlau, 50 Pf., mit den anderen Orten je 1 Mk.

Versuche mit drahtloser Telegraphie werden gegenwärtig auf den Müggelbergen unternommen. Die Versuche finden durch ein Detachement des Telegraphenbataillons statt. Sie werden auch während der Nacht ausgeführt.

Ein Bootsunfall, bei dem drei Personen in großer Lebensgefahr schwebten, hat sich am Sonntag auf dem Müggelsee zugetragen. Drei junge Leute aus der Rosenthaler Straße hatten auf einem geliehenen Ruderboot eine Fahrt auf dem See unternommen. Sie begingen nun die große Unvorsichtigkeit, mitten auf dem See die Plätze zu wechseln. Das Boot geriet ins Schwanken und stürzte um. Die drei Insassen fielen in die Fluten und klammerten sich, da sie nicht schwimmen konnten, hilfeschreiend an das gekenterte Boot an. Im letzten Augenblick konnten sie schließlich noch gerettet werden.

Ein gräßlicher Unglücksfall ereignete sich gestern abend an der Fischerbrücke. Als dort ein Schleppdampfer weiterfahren wollte und „anzog", wickelte sich das Drahtseil um einen Fuß des 17jährigen Schiffsarbeiters Wilhelm Reimann aus Groß-Schönebeck. Dem Unglücklichen wurde durch die Gewalt der Fuß direkt abgeschnitten. Reimann fand auf der Unfallstation in der Brüderstraße die erste Hilfe und wurde dann nach dem Krankenhaus in Moabit geschafft.

Aus dem Fenster gestürzt. Der Selbstmordversuch eines jungen Mädchens rief gestern morgen in der Dänenstraße Aufsehen hervor. Aus dem Flurfenster des Hauses Dänenstraße 2 stürzte sich ein etwa 23 Jahre altes unbekanntes Mädchen auf die Straße hinab. Mit zerschmetterten Gliedern blieb die Unglückliche auf dem Bürgersteig liegen. Bevor sich die Lebensmüde aus dem Fenster stürzte, hatte sie auch noch Lysol getrunken. In hoffnungslosem Zustand fand die Selbstmörderin im Lazaruskrankenhaus Aufnahme. Ueber die Persönlichkeit der Unbekannten konnte nichts ermittelt werden, da sie nicht in das erwähnte Haus gehört. Angeblich hat sie die Tat wegen unglücklicher Liebe ausgeführt.

Bei einer Spiritusexplosion tödlich verunglückt. Eine schwere Spiritusexplosion bei der ein 17jähriger Hausdiener seinen Tod fand, erfolgte gestern nachmittag gegen 4 Uhr in dem Hause Gröbenufer 1, Ecke Oberbaumstraße. Dort befindet sich seit einigen Jahren die Großdestillation von Fritz Peter. Gestern nachmittag war nun der Hausdiener der Destillation namens Schmult in dem Lagerkeller damit beschäftigt, Spiritus abzuziehen. Auf noch nicht ermittelte Weise fing dabei der Spiritus Feuer und kam zur Explosion. Im nächsten Augenblick stand der ganze Keller in Flammen. Dem jungen Hausdiener war jeder Ausweg abgeschnitten. In seiner Angst flüchtete Schmult nach dem vergitterten Kellerfenster; doch ehe Hilfe gebracht werden konnte, wurde der Unglückliche von den Flammen erfaßt, so daß er vollständig verbrannte. Die alarmierte Feuerwehr mußte sich auf das Löschen des Brandes beschränken. Die Leiche wurde der Polizei übergeben.

Ins Schaufenster der Möbelfirma Pfaff und Co. in der Zimmerstraße fuhr gestern mittag eine besetzte Autodroschke. Die Scheibe wurde zertrümmert, Chauffeur und Fahrgäste kamen mit dem bloßen Schrecken davon.

Auf der Heimkehr von einer Bierreise ertrunken. Vier Leute in mittleren Jahren, die sämtlich nicht mehr nüchtern, torkelten am Sonnabend, nachts gegen ½12 Uhr, über die Oberbaumbrücke. Plötzlich kamen sie auf den Einfall, noch eine nächtliche Kahnpartie zu unternehmen. Drei von ihnen schritten die Freitreppe hinunter, die zum Rettungsboot führt und bestiegen einen daneben liegenden Schifferkahn. Der Vierte, der 34jährige Gelegenheitsarbeiter Hermann Jeratsch, der schwer trunken war, taumelte hinterher. Am Fuße der Freitreppe angelangt, bat er seine Gefährten, ihn doch mitzunehmen. Sie waren dazu bereit, kamen mit dem Kahn ans Ufer und einer der Insassen reichte J. die Hand, um ihm beim Einsteigen behilflich zu sein. Der Trunkene stürzte jedoch ins Wasser und zog den andern mit sich. Während sich dieser jedoch zu retten vermochte, ging Jeratsch vor den Augen seiner Freunde unter. Nicht einmal seine Leiche konnte geborgen werden.

Ein großer Dachstuhlbrand kam am Sonntagabend auf dem Wedding, Pankstr. 78, nahe dem Nettelbeckplatz, zum Ausbruch. Als die Gefahr bemerkt wurde, stand der Dachstuhl des großen Mietshauses schon an mehreren Stellen in Flammen. Der 46. Zug war schnell zur Stelle und griff sofort mit vier Schlauchleitungen von Dampfspritzen über die Treppen und eine große mechanische Leiter an. Die Flammen hatten an dem Inhalt der Bodenverschläge und dem Dachgebälk reiche Nahrung gefunden, so daß die vierte Kompagnie bis spät abends zu tun hatte, um den Brand zu löschen. Von den vielen Mietern, die durch das Feuer geschädigt worden sind, waren die meisten nicht anwesend. Sie waren nicht wenig überrascht, als sie die Bescherung sahen und auch noch den Besuch der Kriminalschutzleute erhielten, die Nachforschungen anstellten. Die Feuerwehr war so frühzeitig an der Brandstelle eingetroffen, daß es ihr noch gelungen war, mehrere Brandherde festzustellen. Die Brandkommission, die ebenfalls schnell gekommen war, hat eine Menge Personen vernommen.

Wien-Berlin. Diese über 508 Kilometer führende Fernfahrt für Radfahrer zeigte von neuem die Brauchbarkeit des modernen Fahrrades als Beförderungsmittel und seine Ueberlegenheit dem Pferde gegenüber. Während in dem Distanzritt in dem Jahre 1592 die besten Reiter zur Bewältigung dieser Strecke 71 Stunden brauchten und dabei ihre Pferde zu Tode ritten, gelang es im Jahre darauf dem Münchener Josef Fischer die Entfernung in etwas über 31 Stunden zu bewältigen. Jetzt, nach 15 Jahren, wurde der Versuch zum zweiten Mal unternommen. Am Sonnabend, den 27. d. M., früh 4 Uhr, wurden gegen 180 Fahrer in der Nähe Wiens abgelassen, um durch Böhmen, Sachsen, Schlesien Berlin zu erreichen. Wohl gaben die Hälfte der Fahrer durch Schwäche und Defekte der Maschinen unterwegs auf; aber ein großer Teil vermochte es, in noch kürzerer Zeit als damals Fischer das Ziel zu erreichen. Zu dem Empfang der Fahrer hatten sich am Ziel in Mariendorf Tausende von Sportfreunden versammelt, um dem Eintreffen der Fahrer beizuwohnen. Ihre Geduld sollte auf keine zu harte Probe gestellt werden, denn schon vor der erwarteten Zeit traf als Erster Hans Ludwig aus Sassenheim nach 28 Stunden 26 Minuten 18 Sekunden ein, gefolgt von Oberstein und Winzer (Dresden), W. Donath (Berlin), Schulze (Trebbin), Hohe (Ried), Bausch (Straßburg), Tacke (Köln), Röguer (Nürnberg), Kempfle (Augsburg) usw. Alle waren in guter Verfassung. Bis gegen 4 Uhr waren 40 Fahrer eingetroffen. Die Sieger fuhren am Nachmittag gelegentlich der vom Gau 20 (Berlin) veranstalteten Bahnrennen unter dem Jubel der Anwesenden einige Ehrenrunden.

Radrennen in Treptow. Die Rennen am Sonntag hatten als Hauptnummer ein Stundenrennen, in welchem Rosenlöcher mit 71,340 Kilometer Sieger blieb vor Bruni (70,790 Kilometer), Haberer (68,410 Kilometer) und Schulze (68,120 Kilometer). Rosenlöcher sichert sich beim Start die Führung, die er das ganze Rennen hindurch behält, ohne indessen sonderlich Proben seines Könnens zu geben. Bruni hielt sich in Anbetracht seines erstmaligen Startens auf der schweren Bahn sehr gut. Erst in der 42. Minute konnte Rosenlöcher ihn passieren, um dann bis zum Schluß keine zweite Runde mehr einzubüßen. Haberer fuhr gut, doch kam er später durch Radschaden außer Gefecht und ließ auch dann noch nur nach Gegenwehr seine Gegner passieren. Schulze hatte Pech; zweimaliger Radwechsel brachte ihn um seine Aussichten, und trotz zeitweise scharfen Fahrens fiel er zum Schluß immer mehr zurück. — In dem vorangegangenen 10 Kilometer-Rennen siegte Haberer in 8 Min. 13⅖ Sek. vor Schulze und Rosenlöcher. Letzterer kam bei einem Angriff auf Haberer ins Schwimmen und mußte Schulze den Vortritt lassen. — In dem Handicap belegte

Rabe (0) den ersten Platz vor Thiem (100) und Schmittchen (90). Auch im Prämienfahren siegte Rabe vor Vogt, Schmittchen und Stellbrink.

Die Radrennen in Spandau mußten trotz des guten Programms — wegen schlechten Besuches — ausfallen.

Die beiden Damen, anscheinend Russinnen, welche am Donnerstag, den 10. Juni, abends zwischen 10 und 11 Uhr, das Buch „Geschichte der deutschen Sozialdemokratie", — Eigentum der Arbeiterbildungsschule — in der Dresdener Straße, gegenüber der Markthalle, auf einer Bank gefunden haben, werden gebeten, dasselbe Fruchtstraße 65 IV vorn bei Happe abzugeben oder daselbst ihre Adresse anzugeben, da der Verlierer dasselbe ersetzen muß.

Der Kreuzdamm Kleine Frankfurter Straße—Elisabethstraße wird Straßenbahnarbeiten halber vom 29. Juni ab bis auf weiteres für Fuhrwerk und Reiter zur Hälfte gesperrt.

Feuerwehrnachrichten. Außer dem schon gemeldeten großen Dachstuhlbrande hatte die Feuerwehr am Sonntag noch zahlreiche kleinere Brände zu löschen. Unter anderem einen Wohnungsbrand in der Schröderstr. 4, einen Kellerbrand in der Alten Jakobstr. 139, einen Küchenbrand in der Landsberger Allee 48 und Preßkohlenbrände in der Dragonerstr. 10a, sowie auf mehreren Bahnhöfen. Böswilligerweise wurde der 10. Zug nach der Neuen Roßstr. 1 alarmiert. Als der Zug dort gegen mitternacht ankam, suchte der Täter zu entkommen. Er wurde aber erwischt und der Polizei übergeben. Es war der 42jährige Kellner Wilhelm Uhlemann, der bei Ehrenberg, Alte Jakobstr. 65, wohnt. Gleichzeitig wurde der 7. Zug nach der Liebigstr. 22 gerufen, wo in einer Restauration Möbel u. a. brannten.

Durch die Explosion einer Petroleumlampe kam in der Neuen Hochstr. 47 Feuer aus. In der Lindenstr. 38 drohte ein Glasschild herabzustürzen. Die Feuerwehr beseitigte die Gefahr. Nachts um 4 Uhr brannte in der Turmstr. 70 die Strohverpackung u. a. um einen Gasmesser. Möbel, Gardinen u. a. wurden in der Potsdamer Straße 98a ein Raub der Flammen. Außerdem wurden noch Brände gemeldet aus der Waisenstr. 18, Brunnenstr. 111a, Marsiliusstr. 21, Triftstr. 44, Kleine Frankfurter Straße Ecke Elisabethstraße, Malplaquetstr. 12, Möckernstr. 127, Blumenstr. 85b, Manteuffelstr. 22, Steglitzer Str. 9, Kopernikusstr. 29, Friedrichstr. 33, Köpenicker Straße 72 und anderen Stellen.

Vorort-Nachrichten.

Wilmersdorf.

Die Wilmersdorfer Untergrundbahn.

Die Vorlage für den Bau der Wilmersdorfer Untergrundbahn beschäftigte am Sonnabend die Wilmersdorfer Stadtverordnetenversammlung. Entsprechend der ausführlich begründeten Magistratsvorlage wurde hinsichtlich des Baues und des Betriebes einem Vertrage mit der Gesellschaft für elektrische Hoch- und Untergrundbahnen zugestimmt:

Die Stadtgemeinde erteilt der Gesellschaft die Genehmigung, öffentliches städtisches Straßengelände zur Herstellung und zum Betriebe des Endabschnittes einer Seitenlinie vom Untergrundbahnhof Wittenbergplatz nach dem Nürnberger Platz zu benutzen und läßt die hier sich anschließende städtische Wilmersdorfer Schnellbahn durch die Gesellschaft bauen und in Betrieb setzen; die Bahn geht über den Hohenzollerndamm zunächst bis zum Fehrbelliner Platz, wo das neue Rathaus errichtet werden soll, und wird später weitergeführt werden. Die Bauzeit beträgt drei Jahre. Der von den Stadtverordneten des Halenseer Ortsteils gestellte Antrag, die Bahn vom Fehrbelliner Platz bis zum Hochmeisterplatz zu verlängern, wurde abgelehnt, da der weitere Ausbau der Zukunft überlassen werden soll.

Rixdorf.

Einen tragischen Abschluß fand ein Kinderfest, das in der Laubenkolonie an der Ecke der Neuen Krugallee und des Dammweges veranstaltet wurde. Unter den eingeladenen Gästen befand sich auch die Frau des Kaufmanns Seiffert aus der Liebenwalder Straße. Mitten im festlichen Trubel brach Frau S. plötzlich, von einem Hitzschlag getroffen, leblos zusammen. Ein hinzugezogener Arzt konnte bei der Bedauernswerten nur noch den Tod feststellen.

Lichtenberg.

Die Arbeiten zur Herstellung der Bürgersteige in der nun endlich in ihrem ganzen Zuge freigelegten Weserstraße sind vergeben worden. Man wird nun abwarten, ob das Pflastermeistersyndikat seine Existenz nach außen hin verleugnen will. Jedenfalls differieren die Angebote wieder zwischen 12 000 und 24 500 M., und das bei einer einfachen glatten Arbeit! Vergeben ist die Arbeit an den Zweitmindestfordernden mit 14 500 M., also 10 000 M. unter dem Höchstfordernden! In den 14 500 M. sind einbegriffen die 10 Proz. = 1450 M. (anstatt 2450 M. beim Höchstfordernden) Zwangsbeitrag für die Unterstützungskasse nicht genügend „verdienender" Pflastermeister!" Den Beschluß der Etatskommission — der auch im Plenum der Stadtverordnetenversammlung keinen Widerspruch gefunden hatte — in Zukunft durch Einstellung einer Pflasterkolonne als Gemeindearbeiter, die Steinsetzmeister auszuschalten, hat der Magistrat beanstandet. In der Baudeputation haben einige der Herren Stadträte auseinander zu setzen versucht, in welcher Gefahr die Gemeinde schwebt, wenn erst hier der Anfang gemacht würde, zuletzt winke der Zukunftsstaat! „Es fehle an Aufsichtskräften und es wäre nicht möglich, den alles ordnenden und verantwortlichen Unternehmer zu ersetzen; die Gemeindebeamten seien nicht so interessiert, was zur Folge hätte, daß dann teurer gebaut würde. Die Beschaffung von Arbeitsgeräten sei kostspielig und schwierig und — die Pflastermeister wollen doch auch leben!!" (Na und wie! D. R.) Alle Vernunftgründe, die diesen Gemeinplätzen entgegengesetzt wurden, prallten ab an dem Vorhaben, das „Furchtbare" zu verhindern. Die Klassensolidarität siegte! Beschlossen wurde, Umpflasterungen, Neupflasterungen und Reparaturen über 250 Meter Umfang durch Ausschreiben zu vergeben, zu den Arbeiten kleineren Umfanges aber die vorhandene Pflasterkolonne von 4 auf 7—8 Mann zu erhöhen. Die Gemeinde wird also auch in Zukunft zur Unterstützungskasse der Unternehmer aus dem Steuersäckel beitragen.

Pankow.

Zu unserem Bericht über die letzte Generalversammlung des Wahlvereins wird uns noch mitgeteilt, daß die Einsetzung eines anderen Zeitungsspediteurs an Stelle Freiwaldts, nur als eine provisorische aufzufassen ist. Zu einer definitiven Besetzung des Postens durch die hierzu berechtigte Instanz, wird erst nach Anhörung aller in Frage kommenden Faktoren geschritten werden.

Ober-Schöneweide.

Gemeindevertretersitzung. Die von der Gemeinde beim Kreistag eingereichte Petition betreffs Weiterführung der Industriebahn nach hier ist abschlägig beschieden worden mit der Begründung, daß in diesem Falle die Bahn Terrains kreuzte, welche zu einer Industrialisierung nicht geeignet sind. — Das Realgymnasium ist jetzt gänzlich der Aufsicht des Provinzialschulkollegiums unterstellt, und wurde deshalb die Bildung eines eigenen Schulkuratoriums beschlossen. Desgleichen wurde gegen die Stimmen unserer Genossen der bestehenden Schuldeputation die Aufsicht über die höhere Mädchenschule entzogen und ein eigenes Kuratorium hierzu gebildet. Begründet wurde diese Aenderung damit, man müsse diese Schule auf ein möglichst hohes Niveau bringen. Genosse Grunow legte Verwahrung dagegen ein, daß man einer solchen zehnmal gesiebten Kommission die Fähigkeit abspreche, über das Wohl und Wehe auch dieser Schülerinnen urteilen zu können. Den Lehrern am Realgymnasium sollen alle Dienstjahre zum Besoldungsdienstalter gerechnet werden, in denen sie sich in fester Anstellung befunden haben, ausgenommen Hilfslehrerstellen. — Etatsüberschreitungen für 1907 in Höhe von 46 000 M. wurden bewilligt. Mitgeteilt wurde dabei, daß die Umsatzsteuer 28 000 M. und die Biersteuer 4000 M. gegen den Etatsansatz weniger eingebracht haben. — Von der Stadt Berlin wird die Uebernahme aller aus etwaiger Feuerlöschhilfe entstehenden Kosten (auch Personalbeschädigung) erfordert. Es wurde demgemäß beschlossen. — Von der Kommission zur Beratung der Wochenmarktfrage wurde vorgeschlagen, zunächst eine Polizeiverordnung zu beantragen; in zweiter Linie wurde die Errichtung einer kleinen Markthalle angeregt. Genosse Grunow beantragt Verwerfung der Anträge in dieser Art. Die geforderte Polizeiverordnung würde schikanös wirken, indem dann vom Wochenmarkte nichts mehr übrig sei und bei dem Fehlen einer Markthalle kein Ersatz da sei. Man käme hier lediglich den einseitigen Forderungen der ortsansässigen Händler auf Beseitigung der unbequemen Konkurrenz nach, und hierzu hätte die Vertretung kein Recht. Diese Ansicht wurde auch vom Gemeindevorsteher vertreten und beschlossen, einstweilen dem Bau einer Halle näherzutreten. — Die Maurer- und Erdarbeiten für die 4. Gemeindeschule wurden der Firma Besell-Berlin zum Preise von 154 017 M. übertragen, die Eisenarbeiten der Firma Hirsch-Lichtenberg zum Preise von 15 723 Mark. — Die Materiallieferung und Pflasterung der Straßen im Ortsteil Ostend wird der Firma Schönpetter zugeteilt. — Durch die Anlage der neuen Regensammler hat sich die Ausführung einer zweiten Schmutzwasserleitung in der Siemens- und Frischenstraße notwendig gemacht. Die Arbeiten werden der Firma Windschild u. Langelott übertragen. — Bei der Forderung von Mehrkosten für Klassenreinigung in der Fortbildungsschule wurde durch unsere Genossen Klage über ungenügende Reinigung der Schulräume geführt. — Für die erfolgte Ausschmückung der beiden Spreebrücken anläßlich des Erscheinens des Kaiserpaares zur Ruderregatta werden 104 M. gefordert. Genosse Grunow gab die Erklärung ab, daß wir gegen solche Ausgaben sind, weil sie nicht zu den Aufgaben einer Gemeinde gehören; im übrigen zog Redner einen Vergleich mit der Behandlung von Armensachen. Einer Anzahl patriotischer Vertreter schienen die Ausführungen unseres Genossen wider den Strich zu gehen, was sie durch Zwischenrufe zu erkennen gaben.

Köpenick.

Die Unterkommission Köpenick der Berliner Gewerkschaftskommission teilt mit: Am Donnerstag, den 2. Juli, abends 8½ Uhr, findet im kleinen Saal des „Kaiserhof", Grünstr. 10, eine Versammlung der Funktionäre sämtlicher Gewerkschaften statt. Auf der Tagesordnung steht: „Das neue Vereinsgesetz". Referent: Reichstagsabgeordneter Wolfgang Heine. Die Vorstände der Gewerkschaften haben für Legitimation ihrer Funktionäre zu sorgen. Des weiteren werden auch in beschränkter Anzahl Einlaßkarten an Nichtfunktionäre ausgegeben, diese sind bei dem unterzeichneten Obmann zu haben.

Der Ausschuß. J. A.: Otto Rickel, Wilhelmstr. 8/9 I.

Nieder-Schönhausen.

Die Erbauung eines Rathauses wurde in der letzten Gemeindevertretersitzung beschlossen. Die Vertretung hatte zu entscheiden, ob zur Beschaffung von Bureauräumen ein Verwaltungsgebäude errichtet oder eine weitere Anmietung für die Zeit nach dem 1. April 1910 erfolgen soll. Gemeindevertreter A. Kuhlmann als Referent der Rathauskommission gab in kurzen Zügen ein Bild in dieser Angelegenheit. Man glaubt, daß ein für sechs Jahre reichendes, sowohl die Bureauräume der Gemeinde wie der Polizeiverwaltung nebst Polizeigefängnis und Polizeiwache umfassendes Verwaltungsgebäude für den Preis von 185 000 bis 205 000 M. einschließlich innerer Einrichtung und Kosten der künstlerischen Vorarbeiten und Bauleitung erbaut wird. Von der im vorigen Jahre aufgenommenen Rathausanleihe von 125 000 M. sind 15 000 M. verbraucht, somit sind zu dem Bau noch 75 000 bis 95 000 M. erforderlich. Die Verzinsung und Tilgung beträgt 9350 bis 10 450 Mark, Gehalt für einen Kastellan 1200 M. nebst freier Wohnung im Rathaus, sonstige Nebenausgaben 700 M. Die jährlichen Gesamtausgaben betragen demnach 11 250 bis 12 350 Mk. Dieser Ausgabe steht folgende Einnahme gegenüber: Mietseinnahme für drei auf sechs Jahre mindestens vermietbare Wohnungen 1400 M. und von der Polizeiverwaltung 2000 M., das macht 3400 M. Die Etatsbelastung beim Bau eines Rathauses würde 7850 bis 8950 Mark betragen. Bei der Anmietung von Bureauräumen stellen sich die Ausgaben folgendermaßen: Miete für die Zeit von 1910 bis 1916 durchschnittlich jährlich 5600 Mk., für Reinigung und Beaufsichtigung der Räume 1400 Mk., somit wäre beim Bau eines Rathauses eine Mehrbelastung des Etats von jährlich 850 M. bis 1950 M. vorhanden. Als besondere Vorteile des Baues glaubt die Kommission hervorheben zu können, daß der Bau den Anstoß zur Durchlegung der Blücherstraße geben wird. Ferner können sämtliche jetzt zerstreut liegenden Bureaus in einem Gebäude vereint werden. Was die Lage des Gebäudes betrifft, so wird empfohlen, nicht den kostspieligen Bau an der Kaiser-Wilhelm-Straße zu errichten, sondern den Mittelbau nach dem mit dem 1. Preis gekrönten Projekt des Baurates Hamacher zur Ausführung vorzuschlagen. In der hierauf folgenden Diskussion machte nur Gemeindevertreter Habemann Opposition, die aber zwecklos war, da Zweidrittel der Gemeindevertreter der Kommission angehörten, und in der eine seltene Einmütigkeit in dieser Frage herrschte. In namentlicher Abstimmung wurde der Bau mit 14 gegen 8 Stimmen beschlossen. Unser Vertreter stimmte für den Bau. Die Vorarbeiten sollen sofort in Angriff genommen werden, damit spätestens im Herbst mit den Bauarbeiten begonnen werden kann. — Die Bewilligung der Vertretungskosten von 150 M. für eine Sprachlehrerin der höheren Mädchenschule, welche zwecks Vervollkommnung sprachlicher Studien im Auslande einen dreimonatlichen Urlaub gewährt haben wollte, wurde abgelehnt, da selbigem Antrag ähnliche Anträge ebensolcher Art folgen würden. Der Errichtung von zwei neuen Lehrstellen zum 1. Oktober wurde zugestimmt. — Bürgermeister Abraham teilte mit, daß elf Kinder aus der Gemeinde mit den Ferienkolonien in Bäder und Sommerfrischen geschickt werden. Zum Schluß ersuchte der Vertreter A. Kuhlmann den Bürgermeister um Aufklärung über ein Gerücht betreffs Amtsniederlegung. Hierzu bemerkte derselbe, daß ihm ein Antrag auf Annahme eines Amtes in Frankfurt a. M. zugegangen sei. Selbige Angelegenheit habe aber inzwischen ihre Erledigung gefunden. Es folgte eine nichtöffentliche Sitzung.

Borsigwalde-Wittenau.

Ferienstimmung herrschte bereits in der letzten Gemeindevertretersitzung, denn nur neun Gemeindevertreter hatten sich zur Sitzung eingefunden. Der Gemeindevorsteher machte unter geschäftlichen Mitteilungen zunächst bekannt, daß ein endgültiger Bescheid von der Gemeinde Pankow, betreffs des Kanalisations-Zweckverbandes, noch nicht eingegangen sei. Alsdann beschloß die Gemeindevertretung die Beschaffung von 60 Meter Spundwandbleche zum Preise von 5078 Mk. von der Firma Bukau A.-G., Magdeburg, zur Absteifung bei Kanalisierungen. Mit 5 gegen 5 Stimmen wurden der Hannoverschen Bahnindustrie G. m. b. H. die Lieferung und Legung der Straßenbahnschienen für die verlängerte Charlottenburger Straßenbahn, am Pfarrgrundstück, erteilt. Einstimmig wurde der Vertrag mit den Rheinischen Steinzeugwerken, zur Lieferung von Kanalisationsröhren genehmigt; desgleichen die Beschaffung eines modernen Sprengwagens zum Preise von 1076 Mk. von der Firma Karl Beermann, Berlin. Ein Antrag, einige alte Sprengwagen, pro Stück zu 100 Mk., anzukaufen, wurde nach lebhafter Debatte abgelehnt.

Die Mehrkosten in Höhe von 18 750 Mk. für einen größeren massiven Durchlaß des Paquereigrabens, im Zuge der Nordbahn, wurden mit dem Hinweis bewilligt, daß später die Gemeinde Lübars-Waidmannslust zu den Kosten prozentual herangezogen wird. Die königliche Eisenbahnverwaltung übernimmt die Ausführungen bei dem viergleisigen Ausbau der Nordbahn.

Dem Prediger Weiße in Borsigwalde wurde das Amt als Waisenrat für die Kolonie Borsigwalde und den Ortsteil in der Wittestraße übertragen. Nachdem der Versammlung noch über die Bildung eines Verkehrszweckverbandes mit Groß-Berlin Mitteilung gemacht worden war, brachten unsere Genossen die Benutzung von Gemeindebeamten bei der Landtagswahl zur Sprache und protestierten energisch dagegen. Desgleichen rügten sie die Nichteinstellung von Ortsbewohnern beim Bau der Gasanstalt. In der darauf folgenden geheimen Sitzung wurde über Grunderwerbsangelegenheiten verhandelt.

Baumschulenweg.

Vandalen hausen seit einiger Zeit des Nachts am hiesigen Orte. In der vergangenen Woche und zuletzt in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag sind die Schilder der Geschäftsleute entweder ganz demoliert oder mitgenommen worden; sogar eine ganze Baubude, die auf der Straße stand, wurde Kopf gestellt, und andere Ungezogenheiten wurden verübt. Es wird die Frage aufgeworfen: Wo sind die sogenannten Sicherheitsbeamten? Immer wenn es zu spät ist, treffen sie ein. Man möge lieber dafür sorgen, daß die Beamten, anstatt Versammlungen zu überwachen, ihr Augenmerk mehr auf diesen Unfug richten.

Potsdam.

Erschossen hat sich der erst 19jährige Musiker Ulan A. Siebert vom Berliner Ulanenregiment während der Einquartierung des Regiments in Potsdam. Verschiedene Bestrafungen des S., die ein Kapitulieren unmöglich machten, waren der Grund des Selbstmordes.

Die Konsumgenossenschaft „Hoffnung" konnte in ihrer letzten Generalversammlung wieder über eine Steigerung des Umsatzes berichten. Die Einnahme betrug im letzten Vierteljahr 27 800 gegen 17 000 Mk. im gleichen Zeitraume des Vorjahres. Der Umsatz der verflossenen neun Monate beträgt zirka 80 000 gegen 60 000 Mk. im ganzen Vorjahr. Ein Beweis für die zufriedenstellende Tätigkeit der Genossenschaft ist ferner die stets steigende Mitgliederzahl, die jetzt auf 480 angelangt ist. Die Anwesenden wurden ersucht, weiter für Werbung neuer Mitglieder zu sorgen und ihren Bedarf möglichst zahlreich in der Genossenschaft zu decken.

Vermischtes.

Der Prozeß gegen die Bürgermeisterstochter Grete Beier wegen Ermordung ihres Bräutigams hat gestern begonnen. Die Beier wird beschuldigt, ihren Bräutigam, den Ingenieur Preßler erst mit Cyankali vergiftet und dann noch erschossen zu haben. Das Motiv zur Tat ist zu suchen darin, daß die Beier auf das Geld P. spekulierte, das sie durch ein gefälschtes Testament in ihre Hände zu bringen suchte. Aus Anlaß dieser schrecklichen Tat sind schon verschiedene Prozesse mit anschließenden Verurteilungen erfolgt.

Ein großes Schadenfeuer brach, einer Meldung aus Hannover zufolge, in der Nacht zum Sonntag in den Fabrikanlagen der „Teutonia", Portland-Zementfabrik in Misburg aus, das bis zum nächsten Morgen wütete. Ein Ofengebäude, ein Lagergebäude mit Silo und zwei Mühlengebäude brannten vollständig nieder. Die übrigen Anlagen konnten durch die Feuerwehr vor der Vernichtung gerettet werden, sodaß die Direktion hofft, in 6—8 Wochen den vollen Betrieb wieder aufnehmen zu können. Der Versand erleidet indes keine Unterbrechung. Der angerichtete Schaden ist durch Versicherung gedeckt.

Ueber ein schweres Automobilunglück wird aus Frankfurt a. M. berichtet: Als ein Bierautomobil der hiesigen Bürger-Brauerei Sonntagabend gegen 6 Uhr leer vom Kriegerfest in Ruppertshain im Taunus zurückkehrte, stiegen 20 Personen ein, um mitzufahren. An einer Kurve schlug das Automobil um, wobei drei Personen getötet und mehrere schwer verletzt wurden.

Kaufmännische Kranken- und Sterbekasse von 1885 (E. H. 71). Heute abend 9 Uhr bei Landré, Stralauer Straße 36/37.

Eingegangene Druckschriften.

A. Damaschke. Jahrbuch der Bodenreform. Vierteljahrshefte. Preis jährlich 5 M., Einzelheft 2 M. Verlag Gustav Fischer, Jena.

Richters Reiseführer. Der Harz. 10. Auflage. 24 Karten nebst einem Text von zirka 250 Seiten. Preis 2 M. Hamburger Verlag Paul Hartung, G. m. b. H., Hamburg.

Dr. Otto Lindecke. Sammlung Göschen. Das Genossenschaftswesen in Deutschland. Preis geb. 80 Pf. G. J. Göschensche Verlagshandlung in Leipzig.

B. G. Teubner. Aus dem Gebiete der Mathematik, Naturwissenschaften-Technik, nebst Grenzwissenschaften. Abgeschlossen im April 1908. 392 Seiten. Verlag B. G. Teubner, Leipzig—Berlin.

Parabellum. Bansai. 3 M., geb. 3,60 M. Dietrichsche Verlagsbuchhandlung, Leipzig.

Carl Ewald. Mein großes Mädel. Verlag von Albert Langen, München.

Amtlicher Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Marktlage: Fleisch: Zufuhr stark, Geschäft rege, Preise für Kalb-, Hammel- und Schweinefleisch anziehend. Wild: Zufuhr genügend, Geschäft ziemlich rege, Preise wenig verändert. Geflügel: Zufuhr in Gänsen reichlich, sonst knapp, Geschäft ruhig, Preise nachgebend. Fische: Zufuhr mäßig, Geschäft ruhig, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Südfrüchte: Zufuhr meistens über Bedarf, Geschäft rege, Bestände jedoch nicht geräumt, Preise gedrückt.

Witterungsübersicht vom 29. Juni 1908, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. 5° C. = 4° R.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. 5° C. = 4° R.
Swinemde.	761	NW	3	wolkig	19	Haparanda	762	N	6	wolkenl.	9
Hamburg	765	W	4	halb bd.	17	Petersburg	758	NW	1	Regen	13
Berlin	763	NW	4	bedeckt	15	Scilly	765	O	2	halb bd.	16
Frankf. a. M.	766	SO	1	wolkenl.	19	Aberdeen	772	ONO	1	Dunst	11
München	765	W	2	wolkenl.	18	Paris	766	NO	2	wolkenl.	19
Wien	759	W	1	bedeckt	13						

Wetterprognose für Dienstag, den 30. Juni 1908.

Vielfach heiter, am Tage etwas wärmer bei mäßigen nordwestlichen Winden, keine oder unerhebliche Niederschläge.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 28. 6. cm	seit 27. 6. cm¹)	Wasserstand	am 28. 6. cm	seit 27. 6. cm¹)
Memel, Tilsit	139	—6	Saale, Grochlitz	118	—13
Pregel, Insterburg	5	—8	Havel, Spandau²)	61	—4
Weichsel, Thorn	60	0	„ Rathenow²)	130	—4
Oder, Ratibor	86	—4	Spree, Spremberg²)	66	0
„ Krossen	68	—4	„ Beeskow	128	—2
„ Frankfurt	79	—2	Weser, Münden	—34	+6
Warthe, Schrimm	13	0	„ Minden	28	—6
„ Landsberg	1	—2	Rhein, Maximiliansau	486	—13
Netze, Vordamm	—18	—1	„ Kaub	283	—6
Elbe, Leitmeritz	—36	—16	„ Köln	299	—3
„ Dresden	-139	+3	Neckar, Heilbronn	33	—13
„ Barby	112	0	Main, Wertheim	135	—
„ Magdeburg	110	—3	Mosel, Trier	—	—

¹) + bedeutet Wuchs, — Fall. — ²) Unterpegel.

IV. Berliner Reichstagswahlkreis.

(Landsberger Viertel.)

Mittwoch, den 1. Juli, abends 8 Uhr, im „Elysium", Landsberger Allee:

Volksversammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Landtagsabgeordneten **Adolf Hoffmann**: „Die sanitären Mißstände auf dem Viehhofe".
2. Vortrag des Landtagsabgeordneten **Paul Hirsch**: „Staat und Gemeinde in Preußen".

Um zahlreiche Beteiligung ersucht — **Der Einberufer.**

19/2* Paul Kupfer, Petersburger Straße 56.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Achtung! Werkstattvertrauensmänner!

Die Vertrauensmännerversammlungen der Branchen und Bezirke fallen am Mittwoch den 1. Juli aus.

Die Leser des „Fachblattes für Holzarbeiter" werden ersucht, im Juli rechtzeitig das Abonnement zu erneuern. Neubestellungen werden jetzt von jedem Werkstattvertrauensmann und jedem Beitragssammler entgegengenommen.

Gebundene Jahrgänge von 1907 sind noch im Bureau zu haben.

Jalousiearbeiter.

Donnerstag, den 2. Juli 1908, abends 8½ Uhr, bei **Becker**, Weberstraße 17:

Branchen-Versammlung.

86/9 **Die Ortsverwaltung.**

Verband der Sattler.

Ortsverwaltung Berlin.

Achtung! Treibriemensattler! Achtung!

Donnerstag, den 2. Juli, abends 8½ Uhr, bei **J. Wohlfarth**, Rosenthaler Straße Nr. 57:

Außerordentliche Branchen-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Kollegen Schulze über: „Tarifverträge und Tarifkommissionen". 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 157/8

Zahlreichen Besuch erwartet — **Die Branchenleitung.**

Portefeuiller Berlins u. Umgegend!

Mittwoch, den 1. Juli 1908, Punkt 8 Uhr abends, im Gewerkschaftshause, großer Saal:

Oeffentliche Versammlung

aller in der Portefeuiller- und Ledergalanteriebranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Tages-Ordnung:

Berichterstattung über die Tarifverhandlungen vom 14. und 15. Juni im Portefeuiller- und Taschengewerbe.

Referent: Verbandsvorsitzender **H. Weinschild**-Offenbach.

109/7 **Die Schlichtungskommission.**

Partei-Speditionen:

Zentrum I: Fritz Zinke, Mauerstr. 89.
Zentrum II: Albert Hahnisch, Auguststr. 50, Eingang Joachimstraße.
2. Wahlkreis, Westen: Gustav Schmidt, Kirchbachstr. 14, Hochparterre.
Süden und Südwesten: Hermann Werner, Gneisenaustr. 72, Laden.
3. Wahlkreis: St. Fritz, Prinzenstr. 31, Hof rechts part.
4. Wahlkreis: Osten: Robert Wengels, Rüdersdorferstr. 3, am Küstrinerplatz. — Wilhelm Mann, Petersburgerplatz 4 (Laden).
4. Wahlkreis, Südosten: Paul Böhm, Lausitzerplatz 14/15 (Laden).
5. Wahlkreis: Leo Fuchs, Immanuelkirchstr. 12 (Hof).
6. Wahlkreis (Moabit und Hansaviertel): Karl Anders, Salzwedelerstr. 8, im Laden.
Wedding: Karl Weihe, Nazarethkirchstraße 49.
Rosenthaler und **Oranienburger Vorstadt:** Hermann Raschke, Ackerstr. 38, Eingang Anklamerstraße.
Gesundbrunnen: H. Trapp, Stettinerstr. 10.
Schönhauser Vorstadt: Karl Mars, Lychenerstr. 123.
Alt-Glienicke: Wilhelm Dürre, Rudowerstr. 88 II.
Charlottenburg: Gustav Scharnberg, Gesenheimerstraße 1, Ecke Goethestraße, Laden.
Wilmersdorf-Halensee: Tölle, Sigmaringenstr. 5.
Lichtenberg, Friedrichsfelde, Wilhelmsberg: Otto Seifel, Kronprinzenstraße 50, I.
Rummelsburg, Boxhagen: R. Rosenkranz, Alt-Boxhagen 58.
Grünau: Franz Klein, Bahnhofstr. 6 III.
Bohnsdorf und **Falkenberg:** G. Pfeifer, Bohnsdorf, Genossenschaftshaus.
Rixdorf: M. Heinrich, Neckarstraße 2, im Laden.
Schmargendorf: Gustav Kaminsky, Cunostraße 2.
Schöneberg: Wilhelm Bäumler, Martin Lutherstr. 51, im Laden.
Tempelhof: M. Müller, Berlinerstr. 41/42.
Ober-Schöneweide: Julius Grunow, Edisonstr. 10, I.
Nieder-Schöneweide: Donakowsky, Hasselwerderstr. 8.
Johannisthal: Bielicke, Kaiser-Wilhelm-Platz 4.
Adlershof: Erich Sieuer, Hackenbergstr. 5, II.
Königs-Wusterhausen: Friedrich Baumann, Amtsgarten 3.
Köpenick: Friedrich Weid, Kietzerstr. 6, Laden.
Friedenau-Steglitz-Südende: H. Bernsee, Schloßstr. 119, Hof I, in Steglitz. Bestellungen nehmen entgegen in **Steglitz:** H. Rohr, Düppelstr. 32, und Fr. Schellhase, Thornstr. 15a.
Mariendorf: Hermann Reichardt, Chausseestr. 27.
Baumschulenweg: Stock, Ernststr. 2, II.
Treptow: Rob. Gramenz, Kiefholzstraße 412, Laden.
Neu-Weißensee: Kurt Fuhrmann, Sedanstr. 105, parterre.
Reinickendorf-Ost, Wilhelmsruh und **Schönholz:** P. Gursch, Grünerweg 46 I.
Tegel, Borsigwalde, Wittenau, Waidmannslust, Hermsdorf und **Reinickendorf-West:** Paul Kienast, Borsigwalde, Räuschstraße 10.
Pankow-Niederschönhausen: Mühlenstr. 78.
Bernau-Röntgental: Heinrich Brase, Hohesteinstr. 74, part.
Eichwalde, Zeuthen, Miersdorf und **Hankels Ablage:** Erich Zimmermann, Eichwalde, Kaiser-Friedrich-Straße 8.
Teltow: Wilhelm Kehler, Hohersteinweg 7.
Nowawes: Wilhelm Jappe, Priesterstr. 48.
Spandau: Köppen, Jagowstr. 9.
Mahlsdorf und **Kaulsdorf:** Scheibe, Mahlsdorf, Bahnhofstr. 1.

Sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke werden geliefert.

Annahme von Inseraten für den „Vorwärts".

Bitte ausschneiden. 245/1*

Bekanntmachung.

Orts-Krankenkasse der Dachdecker zu Berlin.

Die 6. Abänderung des Statuts tritt am Montag, den 6. Juli 1908, nach erfolgter Bekanntmachung in Kraft. 3009b

Berlin, den 30. Juni 1908.

A. Salzmann, Vorsitzender.

Geschäftsinhaber stimmt für den Achtuhr-Ladenschluß, man spart eine Stunde Licht, wir und die Angestellten können uns eine Stunde früher als Menschen fühlen. **Ein Geschäftsmann, SO. 36.**

Nächste Ziehung:

Hannoversche Lotterie

5793 Gewinne i. W. v. Mark

150 000

Hauptgewinn Mark

50 000

Lose a 3 Mark.

Westpreuß. Pf.-Lose a 1 M. — 11 Lose 10 M.

Oscar Bräuer & Co. Nachf., Berlin O., Andreasstr. 46a.

In einer Provinzialstadt ist ein größeres **Lokal** (Arbeiterlokal) mit **großem Saal, Garten** mit **Kegelbahn** und Grundstück mit zu vermietenden Wohnungen preiswert zu verkaufen. Reflektanten wollen schnellstens Offerten unter **B. 1** an die Expedition des „Vorwärts" senden.

Schönheitsfehler

durch Puder und Schminke zu verdecken, ist nicht selten ein Verbrechen an der eigenen Gesundheit. Man benutze die nach dem genialen D. R. P. Nr. 13968 von **L. Zucker & Co., Berlin,** hergestellte, wunderbar milde **Zuckooh-Seife**, ärztl. empfohlen und tausendfach bewährt, Preis 50 Pfg. (kleine Gebrauchspackung) und Mk. 1.50 (große Sechserpackung) in Verbindung mit **Zuckooh-Crème**, dem herrlichsten und unnachahmlichen Hautcreme, Preis Mk. 2.—, Probetube 75 Pfg.

Wunderbare Erfolge,

zumal bei gleichzeitiger Anwendung der nach dem nämlichen Patent hergestellten, weltberühmten und im Gegensatz zu obiger äußerst kräftig wirkenden Zucker's Patent-Medizinal-Seife, Preis 50 Pfg. (kleine Packung, 15%ig) und Mk. 1.50 (große Packung, 35%ig, von stärkster Wirkung), werden täglich berichtet. Jeder, der bisher vergeblich hoffte, mache einen Versuch. Für die zarte Haut der Kinder verwende die bekannte Walter Bitumoor-Kinder-Seife, D. R. P., Preis 50 Pfg., und Bitumoor-Kinder-Crème, Preis 40 Pfg., Doppeldose 70 Pfg., das Edelste, Beste und Reinste für die kindliche Haut. Ueberall zu haben. Wo nicht, direkter Versand durch **L. Zucker & Co., Berlin,** Potsdamerstr. 75.

In Berlin echt bei **Max Schwarzlose**, Königstr. 59 und Potsdamer Straße 7a, **Franz Schwarzlose**, Leipziger Straße 56, **Schwarzlose**, vorm. **Adolph Heitter**, Friedrichstraße 183, **Paul Nabeb**, Turmstraße 48, **Fritz Kray**, Reinickendorfer Straße 119, und außerdem in fast allen **Apotheken, Drogerien, Parfümerien der Welt.**

Eine Mark

wöchentliche Teilzahlung liefere elegante fertige 15323

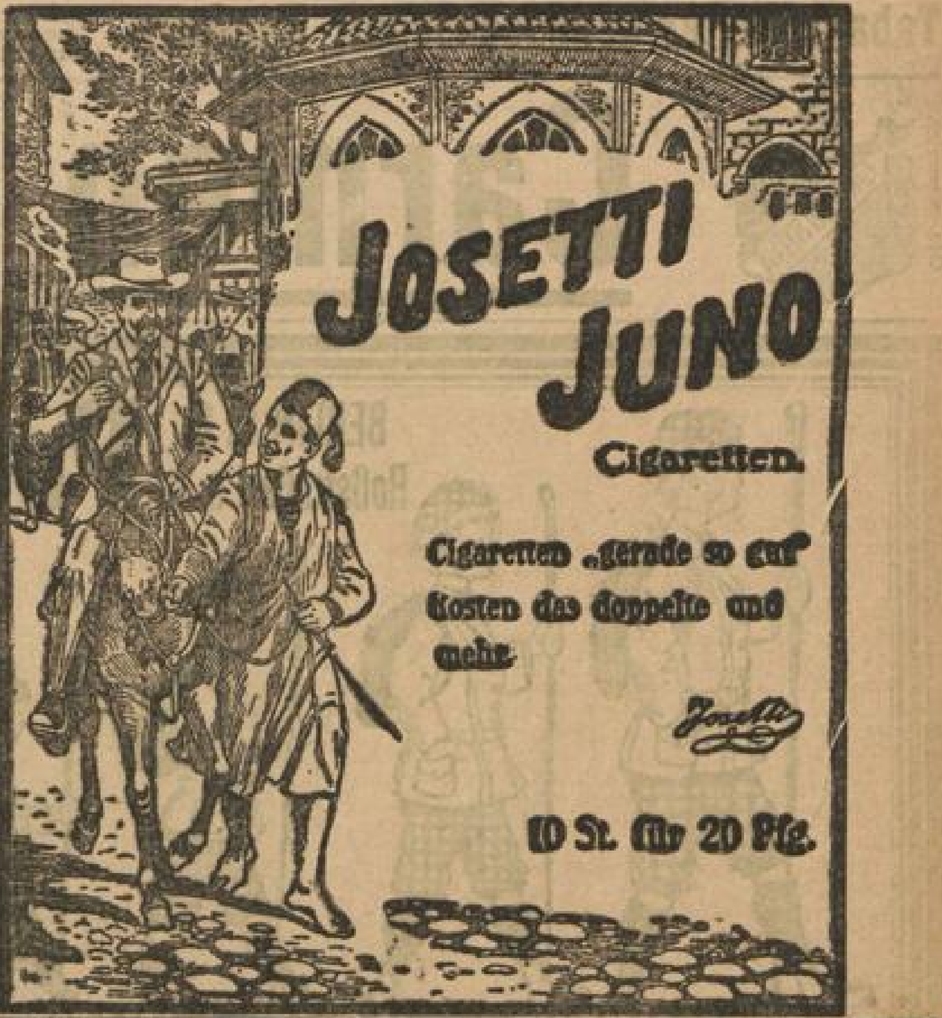
Herren-Garderoben

Ersatz für Maß. Anfertigung nach Maß. Tadellose Ausführung.

Julius Fabian, Schneidermeister,

Gr. Frankfurterstr. 37, II

Eingang Straußberger Platz.



Zur Unterstützung der Bestrebungen des Deutschen Seefischereivereins, dem Publikum **billige und gute Seefische** zugänglich zu machen, werden wir nachstehende 3 Sorten Seefische, welche am

Dienstag, den 30. Juni, und Mittwoch, den 1. Juli in lebend frischer Ware hier eintreffen, an diesen beiden Tagen im **Hauptgeschäft Bahnhof Börse**, sowie in den **bekannten Verkaufsstellen** wie folgt verkaufen:

Bratschellfisch und Goldbarsch (Ersatz für Zander) **15** Pfennig p. Pfd.,

Bratflundern 20 Pf. per Pfd., **3** Pfd. **50** Pf.

Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „NORDSEE"

Größte Hochseefischerei Deutschlands. Zentralfernsprecher Amt III, 8804. **Seefisch-Kochbücher gratis.**

50 eigene Fischdampfer. — Eigene Kühlwaggons zum Seefisch-Transport.

Um Verwechselungen mit ähnlich lautender Firma zu vermeiden, achten Sie genau auf unsere volle Firma.

3223L*

Spiritus-Kocher und Bügeleisen

für Haus und Reise.

Centrale für Spiritus-Verwerthung,

BERLIN NW. 7, Friedrichstr. 66, gegenüber dem Central-Hotel.

Illustrierte Preisliste kostenlos!

Bruch-Pollmann

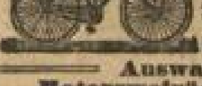
empfiehlt sein Lager in Bruchbandagen, Leibbinden, Geradehaltern, Spritzen, Suspensorien sowie sämtliche Artikel zur Krankenpflege. Eigene Werkstatt. Liefer. f. Orts- u. Hülfs-Krankenkassen

Berlin N., 2488L*

jetzt Lothringer Straße 60.

Alle Bruchbänder mit elastischen Pelotten, angenehm u. weich am Körper.

Jenensia-Räder! Mod. I



10 Jahre Garantie! □ Teilzahlung!

Adler-Räder!

2426L* **Phänomen-Räder!**

Groskurths Social-Räder von M. 56.— an!

Auswahl in gebrauchten Rädern!

Motorzweiräder! Fahrradzubehör spottbillig!

R. Groskurth, Berlin C., Münzstraße 23.

Schutz-Marke.

Einen Rüffel bekommen Sie

sicher nicht, wenn Sie ein Paket Veilchen-Seifenpulver „**Goldperle**" kaufen, die hübsche Geschenkbeilage wird allerseits Freude machen. Achten Sie auf den Namen „**Goldperle**".

Fabrikant: **Carl Gentner, Göppingen.**

Vertreter: Andr. Caspar, Berlin SO., Josephstr. 11. Fernsprechamt IV, 6266.

Engelhardt-Malzbier

das beliebteste, überall käuflich.

Preis 10 Pf. pro Flasche. 2490L*

Brauerei Ernst Engelhardt Nachf., Pankow.

Größte Malzbier-Brauerei Deutschlands.

Tabakarbeiter-Genossenschaft Hamburg empfiehlt ihre anerkannt vorzüglichen **Qualitätszigarren.** Fabrikniederlage Berlin SO., Köpnickerstr. 20a Vertr.: Udo Stangenberg. Amt 4, 9460. Zigaretten u. Tabak en gros. 40 Verkaufsstellen in Berlin und Vororten.

Ges. geschützt. CARMEN SYLVA

Carmen Sylva Zigaretten

hervorragende Qualitäten, sind aus den edelsten türkischen Tabaken hergestellt und werden von wirklichen Kennern bevorzugt. 2643b*

BERLIN C. 19 Roßstraße 1 u. 1a

Peek & Cloppenburg

Gertraudten-Straße 26 u. 27

Knaben- und Jünglings-Waschanzüge.

		Brustweite 64—74	76—86
Brutus	Mittelgrau gemustert, mit kurzen und langen Hosen	M. 3.75	4.75
Leo	Schwarz-weiß klein kariert, mit kurzen und langen Hosen	„ 4.75	6.—
Martin	Grau gemustert, mit kurzen und langen Hosen	„ 5.50	6.50
Javol	„ meliert, mit kurzen und langen Hosen	„ 6.75	7.75
Kasimir	Dunkelgrau gemustert, mit kurzen und langen Hosen	„ 7.50	8.75
Hartwig	Mittelgrau „ „ „ „	„ 7.50	8.75
Herkules	Grün meliert, mit kurzen und langen Hosen	„ 8.50	10.25
Nestor	Mittelgrau gestreift, mit Pumphosen, mit Manschetten	„ 10.—	12.50
Vitus	Modefarbig, gestreift. Leinen, mit Pumphosen, mit Manschetten	„ 11.50	13.50
Ulrich	Mittelgrau, englisch gemustert, mit Pumphosen und Manschetten	„ 12.50	14.75
Vollrad	Dunkelgrau gemustert, mit Pumphosen, mit Manschetten	„ 12.50	14.75
Helmuth	Mittelgrau, englisch gemustert, mit Pumphosen, mit Manschetten	„ 14.—	17.—
Eitel	Modefarbig, „ „ „ „	„ 14.—	17.—
Günther	Mittelgrau gemustert, nur mit langen Hosen	„ —	17.—

Knaben-Pelerinen.

		Länge cm 60	70	80	90	100	110
8385	Glatter, dunkelgrauer Loden	M. 6.—	6.50	7.—	7.50	8.—	8.50
8386	Marengo Strichloden	„ 7.—	7.50	8.—	8.50	9.—	9.50
8387	Olivfarbiger Strichloden	„ 7.—	7.50	8.—	8.50	9.—	9.50
8388	Guter marengo Strichloden	„ 7.50	8.—	8.50	9.25	10.—	10.75
8389	Olivfarbiger, guter Strichloden	„ 7.50	8.—	8.50	9.25	10.—	10.75
8390	Leichter, dunkelgrauer Kamelhaarloden	„ 9.—	9.75	10.50	11.25	12.—	12.75
8391	„ grün melierter „	„ 9.—	9.75	10.50	11.25	12.—	12.75
8392	Guter, mittelgrauer Kamelhaarloden	„ 12.—	13.—	14.—	15.—	16.—	17.—
8393	„ marengo Kamelhaarloden	„ 12.—	13.—	14.—	15.—	16.—	17.—
8394	Prima „ „	„ 14.—	15.—	16.—	17.50	19.—	20.50

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Pfandleihhaus Schönhauser Allee 110. Spottbilliger Verkauf verfallener Pfänder, Herrengarderobe, Gardinen, Aussteuerwäsche, Schmucksachen, Betten, Teppiche, Uhren. *

Steppdecken spottbillig. Fabrik Große Frankfurterstraße 60. 2993K*

Federbetten. Stand 11,00, große 16,00, Schlafdecken 1,15. Pfandleihhaus, Küstrinerplatz 7. 910K*

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. 264/11*

Leihhaus Prinzenstraße 28, I, Ecke Ritterstraße: verfallene Pfänder, Brillanten, Goldsachen, Uhren, Ketten spottbillig zu jeder Gelegenheit. [620K*

Anzüge, Paletots nach Maß. Aus **Ia** Stoffresten, Monats- und nicht abgeholte Sachen staunend billig. Maßschneiderei Voß, Brunnenstraße 3, eine Treppe, am Rosenthalertor. *

Gaskocherhaus!!! Zweilochgaskocher! 3,00. Geschlossene Spargaskocher! Gasbügelapparat! 5,00. Schneidereisen billig! Bronzegaskronen! Gaszuglampen! 9,00. Gasrohrlyren! 1½. **Wohlauer, Wallnertheaterstraße 32.** 908K*

Humboldtleihhaus. Brunnenstraße 58, Eckhaus Stralsunderstraße. Spottbilligster Bettenverkauf, Pfänderverkauf, Aussteuerwäsche, Steppdecken, Gardinenverkauf, Teppichverkauf, staunend billige Herrenanzüge, goldene Damenuhren, Herrenuhren, Möbelstücke. Sonntags geöffnet. 946K*

Tambouriermaschinen, Original Hokemeyer zur Mützen- und Hutfabrikation billigst und bei Abzahlung günstigste Bedingungen. Alleiniger Fabrikant Bellmann, Gollnowstraße 26, nahe der Landsbergerstraße.

Kinderwagen, Sportwagen, Kinderbettstelle. Größere Raten Kassapreis, zurückgesetzte, gebrauchte spottbillig Andreasstraße 53. 326K*

Uhren, Goldwaren billigst Werner, Warschauerstraße 3. 859K*

Tüllbettdecken, volle Bettgröße, 2,50, in Erbstüll 6,25, Tüllstores 1,85, Erbstüllstores 4,35. Teppichhaus Emil Lefèvre, Oranienstraße 158. 917K*

Schlafdecken (Deckbettersatz), Normal (buntfarbig) 1,85—3 Mark, Wolle (einfarbig) 2,85—4 Mark. Spezialhaus Emil Lefèvre, Oranienstraße 158. 918K*

Pianino, hohes, kreuzsaitig, 120,00 Mark, Turmstraße 8 I. 140/7

Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre. 2990b*

Nähmaschinen. Teilzahlung. Vergüte bis 20,00, wer kauft oder nachweist. Sämtliche Systeme. Postkarte. Brauser, Frankfurter Allee 101, Laden.

Für Tischler Trödelkeller mit Kundenarbeit, billig. Landsberger Allee 52. †59

Teppiche mit Farbenfehlern, Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre, Mauerhoff. Vorwärtslesern 5 Prozent Rabatt. 2989b*

Abessinierpumpen 8,00 bis 100,00, Sauger 2,50, Saugrohr, Flügelpumpen 10,00. Gartenspritzen 25,00, Hanfschläuche, Gummischläuche. Pumpenfabrik Schröder, Hochstraße 43. *

Geschäftsverkäufe.

Restauration, gutes Geschäft, wegen Todesfall sofort zu verkaufen. Auskunft: Brauerei Gabriel und Richter, Weißensee. 949K*

Restaurant wegen Todesfall gleich oder später zu verkaufen. Rixdorf, Knesebeckstraße 24. †108

Restauration, Ausschank ⁹⁰/₁, verkauft sofort Alte Jakobstraße 64a.

Schlosserei mit Spezialartikel sofort billig verkäuflich. Wenzel, Frankfurter Allee 198. 2992b

Friseurgeschäft, sichere Existenz, auch passend für Damenfriseur, billig verkäuflich Mirbachstraße 24. †87

Gutgehendes Kartoffel-, Heringsgeschäft, billig verkäuflich Lychenerstraße 116. †97

Schankgeschäft wegen Aufgabe preiswert zu verkaufen. Zu erfragen P. Weiher, Wrangelstraße 22. †21

Zigarrengeschäft, NW., billig verkäuflich. Eilt! Näheres Salzwedelerstraße, „Vorwärts"-Spedition.

Zigarrengeschäft billig zu verkaufen Eberthstraße 44. †59

Milchgeschäft, 80 Liter, mit Kolonialwaren, wegen Krankheit der Frau verkäuflich. Anfragen bei Wahrendorf, Steglitz, Schloßstraße (Gewerkschaftshaus). 3006b

Bin willens, mein Vereinslokal, Gastwirtschaft mit Materialgeschäft, großem Saal mit Bühne, Garten, 20 Morgen Acker und Wiese, 2 Pferde, 3 Kühe, Bierverkauf zirka 200 Tonnen, sehr viel Spirituosen, für 40 000 Mark, bei 10 000 Mark Anzahlung zu verkaufen. Karl Schmidt, Stettin, Aschgeberstraße 1. 3007b

Möbel.

Teilzahlung. Möbeleinrichtung Stube und Küche, Anzahlung 15 Mark an. Einzelne Möbelstücke 3 Mark an. Verliehen gewesene Möbel spottbillig. „Berolina", Kastanienallee 49. 2812b*

Möbelangebot. Im Anhalter Bahnspeicher Möckernstraße 25, Anhalter Innenbahnhof, direkt Hochbahnstation Möckernbrücke, stehen verschiedene Einrichtungen zum Verkauf. Darunter befinden sich hochmoderne Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, auch einzelne Salongarnituren, Paneelsofas, Bibliotheken, Ankleideschränke, Nußbaumbüfette, Bronzekronen, Oelgemälde, Schreibtische 28,00, Ruhebetten mit prachtvoller Diwandecke 22,50, wunderschöne Säulentrumeaus 30,00, hochelegante Salonteppiche, schon 14,00 bis zu allergrößten Saalteppichen, allerliebste Zimmerteppiche 8,00, reichgestickte Uebergardinen, Spachtelstores, Tüllgardinen, Steppdecken, Salonbilder, Standuhren, prachtvolle Plüschtischdecken 5,00. Verschiedene Gelegenheiten, Uebernahme vollständiger Warenlager, Wirtschaften, Konkursmassen, Nachlässe zum schnellen Verkauf und Versteigerung. Otto Libekes Auktions- und Möbelspeicher, Möckernstraße 25. Kostenloser Transport. Lagerung. 761K*

Möbeltischlerei liefert gediegene Wohnungseinrichtungen äußerst billig. Bunte Küchen. Auch Ratenzahlung. Kein Laden. Harnack, Tischlermeister, Dresdenerstraße 124, nahe Kottbuser Tor. Genossen erhalten 3 Prozent. *

Möbel, S. Grau, Gneisenaustraße 10, billigste und beste Bezugsquelle. Kassa und Teilzahlung. *

Billige Möbel aus Versteigerungen, Auflösungen, Schränke, Vertikos 27,—, Bettstellen 25,—, Taschensofas 45,—, hochelegante Salongarnituren, Büfette, Trumeaus 33,—, Bücherschränke 58,—, Schreibtische, Verzugtische, Lederstühle, Klubsessel, Ledersofas, bunte Küchen, Kronen, Oelgemälde, kolossale Auswahl billiger Wirtschaften, seltene Gelegenheitskäufe kompletter Speisezimmer, Herrenzimmer, Salons, Schlafzimmer, Küchen. Lennert, Lothringerstraße 55. 879K*

Möbel sowie ganze Wohnungs-Einrichtungen auf Teilzahlung bei geringer Anzahlung erhalten solide Leute in der Möbelfabrik August Krause, Schützenstraße 73/74. 924K*

Paneelplüschsofa, funkelnagelneu, entzückendschön, Stickereimuster 40,00, Chaiselongue, Muschelbetten 30,00, Kleiderspinde, Vertiko 20,00, Regulatoruhren, Bilder, Auszugtische 15,00, Sofatische 10,00, Schreibtische, Teppiche, Privatverkauf, auch Sonntag, Schlegelstraße 31, Vorderhaus 1. *

Räumungsverkauf! Wegen Räumung unseres Speichers soll bis 10. Juli ein großer Posten Möbel, darunter auch verliehen gewesene und zurückgesetzte Möbel zum Teil bis 40 Prozent unterm Wert verkauft werden. Darunter Kleiderspind 24,—, Vertiko 27,—, Tische 10,—, Bettstelle mit Matratze 19,—, Sofas 35,—, Waschtoilette 20 Mark; Büfetts staunend billig, Herrenschreibtisch 28 Mark, Ankleideschränke, Plüschgarnituren enorm billig. Moderne Küchen in allen Farbentönen von 40 Mark an. Lagerung. Transport frei. Stargardts Möbelfabrik und Speichereien, Dresdenerstraße 107/108. Sonntags geöffnet. 195/3

Fahrräder.

Fahrräder. Teilzahlungen. Invalidenstraße 20 Skalitzerstraße 40. 320K*

500 gebrauchte Fahrräder wegen Lagerüberfüllung 5,—, 10,—, 15,—, 20,—, 25,—. Sämtliche Marken und Systeme, Brennaborräder, Dürkopräder, Opelfahrräder, Wandererräder, Adlerfahrräder. Günstigste Gelegenheit für Händler, Pfandleiher. Machnow, jetzt Weinmeisterstraße 14. *

Herrenfahrrad, Damenfahrrad wie neu, 45,00. Holz, Blumenstraße 36b. 212K*

Fahrräder, Grammophone, Teilzahlungen, ohne Aufschlag, Lothringerstraße 40. 674K*

Geschäftsdreirad, äußerst stabil, 50,00. Holz, Blumenstraße 36b. *

Herrenrad, modern, spottbillig. Heinze, Brückenstraße sechs. 925K*

Herrenfahrrad, Damenfahrrad verkauft Döle, Große Frankfurterstraße 140. 986K*

Herrenfahrrad, kaum gefahren, krankheitshalber spottbillig. Friese, Landsberger Allee 50, vorn IV. †58*

Verschiedenes.

Patentanwalt Bessel, Gitschinerstraße 94a. 2555K*

Kunststopferei von Frau Kolosky, Schlachtensee, Kurstraße 8, III.

Verbandshaus der Gastwirtsgehilfen, Große Hamburger Str. 18/19. Telephon II, 1813. Großer schattiger Naturgarten. Jeden Dienstag abend von 8 Uhr ab großes Künstlerkonzert bei freiem Eintritt, wozu Partei- und Gewerkschaftsgenossen freundlichst einladet die Wirtschaftskommission. 3005b

Gesangverein „Rote Rose" sucht einen kleinen Gesangverein oder sangeslustige Mitglieder. Berlin N., Lychenerstraße 29. Uebungsstunden Mittwoch 9 Uhr. 2986b

Volkshumorist „Schmelzer", Stettinerstraße 57. †130

Lernt die Muttersprache beherrschen! Erfolgreichen, leicht faßlichen Unterricht in Wort und Schrift der deutschen Sprache erteilt Damen und Herren (separat) auch abends ein tüchtiger und gewissenhafter Privatlehrer. Die Stunde kostet eine Mark. Eine Unterrichtsstunde wöchentlich genügt. Gefällige Angebote sind unter G. 4 an Expedition des „Vorwärts" zu richten.

Zahnoperationen, künstliche Zähne (Methode Richardson), Große Frankfurterstraße 122. †58*

„Leihhaus Merkur", Große Frankfurterstraße 116 I. Hohe Beleihung für Uhren, Goldwaren, Garderoben, Pelzwaren, Wäsche, Möbel sowie jeden Wertgegenstand. 503K*

Ehrenerklärung. Die gegen den Gastwirt Herrn August Hunger ausgestoßene Beschuldigung, die Denunziation Kasprowski betreffend, nehme ich mit dem Ausdruck aufrichtigen Bedauerns zurück. Karl Gräfing, Reinickendorf, Residenzstraße 118.

Vermietungen.

Tischlerwerkstatt zu sechs Bänken Skalitzerstraße 119. 2906b*

Fabrikraum Skalitzerstraße 119.

Wohnungen.

Prächtige Ein- und Zweizimmerwohnungen sofort Soldinerstraße 82/84.

Umzugsvergütung! Billige Wohnungen Rixdorf, Weigand-Ufer 10. *

Soldinerstraße 9, 2 Stuben, Küche, Balkon, Stube, Küche, Balkon, billig, bei Stender. *

Soldinerstraße 8, 2 Stuben, Küche, Balkon, Stube, Küche, Balkon, billig, bei Schnaak. *

Grünthalerstraße 42, 2 Stuben, Küche, Balkon, Stube, Küche, Balkon, billig, bei Stange. *

Wohnung, 3 schöne helle Vorderzimmer, Bad, Küche, sofort oder 1. Oktober, zu Bureaus oder Schneiderwerkstatt Chausseestraße 82, zu vermieten. 2998b

Zimmer.

Für Meister Mörks Hotel, Klosterstraße 97, 3 Minuten Bahnhof Alexanderplatz, Zimmer von 1,50 Mark an. 2824b*

Möbliertes Vorderzimmer, ein, auch zwei Herren, Urbanstraße 65, rechter Aufgang II. 2744b

Flurzimmer, freundliche möblierte Schlafstelle. Guski, Oranienstraße 29, vorn IV. †21

Möbliertes Zimmer, 1 oder 2 Herren, vermietet sehr billig Frau Strubelt, Malplaquetstraße 14, vorn II.

Selbständiger alleinstehender Handwerker vermietet leere Küche (einzelne Frau) Hübnerstraße 13, Laden. †59

Freundlich möbliertes Zimmer (auch für 2 Herren geeignet) bei Frau Worm, Tilsiterstraße 20. †59

Kleines möbliertes Zimmer, Hollmannstraße 23, 2. Hof links, Hinz.

Möbliertes Zimmer, zwei Herren, Heilers, Adalbertstraße 20, vorn II.

Freundliches Vorderzimmer als Schlafstelle zu vermieten, Petristraße 8/9, vorn II, Zehnke. 3003b

Möbliertes Zimmer, Kottbuserdamm 16, vorn III, rechter Aufgang, Wiechmann. 2996b

Schlafstellen.

Möblierte Schlafstelle, Herrn. Mielitz, Grünerweg 63, vorn I. †127

Möblierte Schlafstelle, separat, bei Bett, Strelitzerstraße 47, III. *

Möblierte Schlafstelle Wißmannstraße 21, Christiansen. 2864b*

Teilnehmer zur möblierten Schlafstelle Holzmarktstraße 71, IV links.

Möblierte Schlafstelle für zwei Herren, sauber und billig, zu vermieten Nostizstraße 52 IV links.

Möblierte Schlafstelle 2 Herren, Wilsnackerstraße 20, Hof parterre, Schreiber. 2674b

Möblierte Schlafstelle, Herrn, vermietet Driebe, Schönhauser Allee 152, Hof rechts III. †97

Schlafstelle Liegnitzerstraße 35, Hof II, Frau Meeger. †21

Schlafstelle, Herrn, vermietet Schülke, Wienerstraße 1—6, II. Aufgang 4 Treppen. †21

Möblierte Schlafstelle, Herr, allein, sofort zu vermieten Mariannenplatz 9, III links. †21

Schlafstelle mit Kost billig zu vermieten Wiesenstraße 33, Recker. †84

Anständige Schlafstelle bei Sello, Schmidstraße 10 I. 140/9

Schlafstelle vermietet Huwalski, Langestraße 20, vorn II. 140/8

Möblierte Schlafstelle für Herren Moritzstraße 4, IV rechts. 2994b

Schlafstelle, zwei Herren, mit auch ohne Kost. Labedzki, Wrangelstraße 14, zweites Quergebäude IV.

Freundliche Schlafstelle sofort zu vermieten Friedelstraße 44a, Hof parterre. †108

Möblierte Schlafstelle, separat, Witwe Kahlbaum, Putbuserstraße 37

Schlafstelle, separat (Herr), Oranienstraße 157, vorn IV links, Nähe Moritzplatz. †133

Freundliche Schlafstelle für Herren, Frau Ahrend, Memelerstraße 76, vorn II geradezu. 2997b

Freundliche Schlafstelle zu vermieten, Elske, Ackerstraße 166, vorn 3 Treppen. 3002b

Möblierte Schlafstelle, auch mit Kost, Witwe Zorn, Brandenburgstraße 22, Quergebäude III.

Schlafstelle, 2 Herren, Weißenburgerstraße 1, vorn III rechts. 2999b

Separate Schlafstelle, Möstedt, Strelitzerstraße 14, vorn III. †75

Einen neueingerichteten

Barbierladen,

schöne Wohnung mit Zentralheizung, Warmwasserleitung, Entstäubungsanlage, in einer Ansiedelung von 1000 Seelen und starkem Durchgangsverkehr im Zentrum von Rixdorf an einen tüchtigen Fachmann z. 1. 10. 08 preisw. zu vermieten. Sichere Existenz, für tüchtige Anfänger geeignet. Auskunft und Besichtigung täglich von 5 bis 7 Uhr. Rixdorfer Baugenossenschaft **„Ideal"**, Rixdorf, Fuldastr. 55. *

Arbeitsmarkt.

Stellenangebote.

Vertreter gesucht für Magentropfen und Fußschweißmittel. Hohe Provision. Junghänel u. Lehmann, Gößnitz (Sachsen-Altenburg). *

Einen Lackierer oder Maler auf Emailleschilder, welcher mit der Fabrikation derselben vollständig vertraut ist, verlangt sofort H. Bernert, Charlottenburg, Wielandstraße 42.

Presser für Aufwalzmaschine sucht E. Liepmann, Goldleistenfabrik, Charlottenburg, Lützow 9. †126

Kolonnenführer auf Torwege, Gitter und Türen verlangt Schlosserei Blume, Charlottenburg, Schillerstraße 97. †126*

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

Intelligenter junger Mann,
27 Jahre alt, **ehem.** Lehrer, der aus pers. u. pol. Gründen seine Stellung aufgeben mußte, seit 3½ Jahren im Verlags- u. Zeitungswesen tätig, Stenograph u. Korrespondent, mit allen Kontorarbeiten vertraut, des Poln. in Wort u. Schrift mächtig, gewandter Stilist **sucht Stellung.** Berlin u. Vororte bevorzugt, auch Provinz. Gefl. Offerten an Wenzel, Schöneberg, Cheruskerstr. 11 prt., erb. 2593b

Wegen Streik und Differenzen sind gesperrt:

für **Tischler, Maschinenarbeiter, Mechanikarbeiter u. Schlosser**

Schütze u. Freund, Pianomechanikfabrik, in Neu-Lichterberg.

für **Bodenleger:**

Berliner Parkettfabrik **Badmeyer**, Inhaber Kolla! in Tempelhof, Ringbahnstraße, und die Bauten Düsseldorfer Straße, Ecke Pfalzburger Straße, Bau Hauptstraßen- u. Fregestraßen-Ecke, Friedenau.

Norddeutsche Fußbodenfabrik in Hannover.

Die Ortsverwaltung Berlin des deutschen Holzarbeiterverbandes

Verantwortlicher Redakteur: Georg Davidsohn, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.